Zeitschrift: Das Konzept : die Monatszeitung

Herausgeber: Verband der Schweizerischen Studentenschaften VSS

Band: 7 (1978)

Heft: 4

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 03.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

A.Z. 8006 Zürich Weinbergstr. 31 7. Jahrgang Nr. 4 18. April 1978
Kiosk Fr. 1.80

das konzept

mit zürcher student

Erscheint monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Seminarien und andern höhern Schulen der Deutschschweiz: Auflage 32 000

Redaktion:
Bruno Baeriswyl, Ruedi Küng, Rolf Nef
Beat Schweingruber, Liselotte Suter

Adresse: Weinbergstrasse 31,
CH-8006 Zürich, Tel. ✆ (01) 47 75 30

Inserate: Inseratenverwaltung «das konzept», Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich, Tel. ✆ (01) 47 75 30, PC-Konto 80-36651

Abonnemente: pro Jahr Fr. 18.– (Ausl. 22.–), PC-Konto 80-37626

Wer daran gewinnt und wer dabei verliert
Zur neuen Pressefusion in Bern *S. 5*

Journalistiges
Nachtrag zur Affäre Cincera/Demokratisches Manifest von Jürg Frischknecht *S. 6*

Steine aus dem Rechtsweg räumen
Interview mit dem Zürcher Anwaltskollektiv *S. 7*

Das Ja zur Hochschulförderung *S. 9/10*

Wie man vorwärtskommt
Eine lehrreiche Bildergeschichte von W. Erb *S. 11*

Kommunikation mit dem Volk
Filmland Kuba im Vormarsch *S. 15*

Zum Teufel mit den Theorien!
Gespräch mit dem Wissenschaftsanarchisten Paul Feyerabend *S. 17*

«das konzept»-Poster *letzte Seite*

Die Werbemethoden der AKW-Lobby:

«Sicher, sauber, unentbehrlich»

Von Georg Hodel und Liselotte Suter

Um ihre AKW-Projekte gegen eine wachsende Gegnerschaft zu verteidigen, investiert die Elektrizitätswirtschaft enorme Summen in die Werbung für die Kernenergie. Mit Broschüren, Zeitungen in Hunderttausender-Auflage, Plakaten, «Informations»-Pavillons vor A-Werken, Inseraten, Werbespots, Filmen und Tonbildschauen soll der Schweizer Bürger «informiert» und «aufgeklärt» werden. Was dies kostet, kann nicht in Erfahrung gebracht werden. Fest steht nur, dass es sich jährlich um siebenstellige Beträge handelt, die der Stromkonsument und Steuerzahler über die Energierechnung an die Werbeaufwendungen beisteuern muss. Dass er dabei seine eigene geistige Entmündigung durch die trickreiche und ausgeklügelte Werbeagitation der Elektrobranche vorantreiben hilft, soll der folgende Beitrag aufzeigen.

«Damit auch unsere Grosskinder noch einen lebenswerten Planeten bewohnen können» titelte das *Bernische Aktionskomitee für eine gesicherte Energieversorgung* seine mehrfarbige Informationsschrift, welche jedem Berner Bürger in einer Hauswurfsendung schon vor einiger Zeit untergejubelt wurde. *«Neue Energiequellen werden gegenwärtig entwickelt. Bis sie die fossilen Energieträger ablösen können, dauert es noch Jahrzehnte. So lange können wir nicht warten, wenn unsere Grosskinder nicht verhungern sollen. Für die nächsten 40–50 Jahre steht neben beschränkten Erdgasreserven ein einziger wirksamer Ersatz bereit: die Energie aus Kernspaltung. Nutzen wir sie!»*

Mit gezieltem Einsatz von Bild und Text wird der Drohfinger erhoben: Wenn ihr nicht ja sagt zu den Kernkraftwerken, nehmen wir euch den Rasierapparat weg, und ihr müsst wieder mit der Kerze ins Bett.

Elektrowirtschaft: «Die Rechnung geht auf»

Mit solchen Argumentationen versucht die Elektrolobby gleichzeitig Angst, Politik und das Geschäft zu machen: Mit anschaulichen Hinweisen auf die immer zahlreicheren viel- (oder zumindest Behaglichkeit und einen Hauch von Komfort) versprechenden Gebrauchsmöglichkeiten der elektrischen Energie wird der bestehende Bedarf nicht nur gerechtfertigt, sondern auch – diskret – angeregt. Diese verdeckte Energiekonsumsteigerung ist moralisch und politisch viel weniger angreifbar als die direkte Werbung für vermehrten Stromverbrauch, die seit längerer Zeit nicht mehr so recht verfangen will.

So unterstützt denn die Elektrobranche seit letztem Herbst auch tatkräftig die vom Bund getragene nationale Energiesparkampagne. Sie propagiert dort mit grossem Geld das Sparen – sparen mit *elektrischen* Apparaten: Anstatt für den Absorber-Kühlschranktyp wird der Kompressortyp angeboten, der zwar weniger Energie verbraucht, aber um so teurer ist und keine längere Betriebsdauer hat. Für die Elektrowirtschaft geht die Rechnung in jedem Fall auf: Der Mehrprofit durch den Verkauf teurer Produkte tröstet über die allenfalls nicht verkaufte («gesparte»!) Strommenge hinweg. Und jedes neu erworbene elektrische Spielzeug erhöht bei den Stromkonsumenten das Schuldbewusstsein, an der Energieverschwendung ja auch teilzuhaben; man versucht dann konsequent zu sein, einzusehen, dass *wir* diese A-Werke halt einfach brauchen. Nachteile hin oder her, sozusagen aus schlechtem Gewissen.

Das neue Konzept der AKW-Werbung

Die PR-Manager haben ihre «Informationsarbeit» stets mit viel Geld, aber relativ konventionellen, «unpolitischeren» Werbebranchen entlehnten Mitteln betrieben. Zweifel aufkommen am Erfolg dieser kombinierten Energiesparbzw. -konsumkampagnen lassen die Resultate einer bereits Ende 1976 veröffentlichten (als Teil eines etwa 12dickbändigen Wälzers!), aber wenig bekannten Studie, einer «Repräsentativbefragung der schweizerischen Bevölkerung über Energiekonsum, Energieversorgung und Energiepolitik.»

Auf die erste vom Marketinginstitut Explora AG Zürich etwas volksdümmlich gestellte Frage «Was halten Sie von Atomkraftwerken?» reagierten zwar nur knapp die Hälfte mit einer klar ablehnenden Antwort. Als die Sache aber hautnäher wurde, als die Leute zu einem Atomkraftwerk in der Nähe ihres Wohnortes Stellung beziehen mussten, antworteten drei Viertel mit «Unruhe», «Flucht», «Protest».

Diese Reaktion ist für Atom-Lobbyisten nicht eine verständliche, verstandesbedingte, sondern eben ein kopfloses, gefühlsduseliges Verhalten. Kurz: Die Werbefritzen der Elektrobranche haben die Emotionen entdeckt. Naturtechnologie wird durch Sozialtechnologie (Psychologie und Soziologie) abgelöst.

Energiebewusstsein (-konsum) wecken

In den 50er und 60er Jahren hat sich nach der Stromverbrauchsstatistik des Eidg. Amtes für Energiewirtschaft der Anteil des in den Haushaltungen verbrauchten Stroms von rund einem Drittel auf mehr als die Hälfte erhöht. Diese Zunahme des Energiekonsums fällt zusammen mit der expansiven Entwicklung der Werbung im Bereiche der elektrischen Haushaltgeräte. Auffällig ist dabei die Millionenwerbung für «neue» elektrische «Heinzelmännchen», wie Geschirrspülautomaten, Tiefkühltruhen usw. in der vierteljährlich erscheinenden Hauszeitschrift «die Elektrizität» der «Elektrowirtschaft» (= Vereinigung der Stromproduzenten und der Elektrogeräteherstellen), welche, überreicht durch die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich, mit 800 000 Auflage in die Haushaltungen flattert. Man spricht ganz bewusst die «moderne» Hausfrau an, welcher das Arbeiten ausserhalb der Haushaltung erleichtert werden soll, wo sie als Arbeitskraft in der von der Hochkonjunktur durch Personalmangel geplagten Privatwirtschaft dringend benötigt wird.

Gleichzeitig wird auch der bis dahin wenig bekannte neue Energieträger *«Nuklearbrennstoff»* ins Spiel gebracht. Die Schweizerische Vereinigung für Atomenergie (SVA), welche bei der «Bernischen Treuhand» untergebracht ist und in engem Kontakt zum «Vorort», der SIA und weiteren Spitzenverbänden der schweizerischen Wirtschaft steht, beginnt schon zu dieser Zeit ihre «Informationsarbeit» aufzunehmen.

Kurse für Lehrer

In einer ersten Phase konzentriert man sich in der SVA vorerst auf *Schulen,*

Fortsetzung auf Seite 2

Vor zehn Jahren – zwang die Nationale Befreiungsfront Vietnams die Amerikaner an den Verhandlungstisch – versuchte sich das internationale Kapital die nigerianische Provinz Biafra unter den Nagel zu reissen – wurde in China Liu Schao-tschi aus der Partei ausgestossen – wurde in den USA Martin Luther King ermordet und verlor damit die gewaltlose Bürgerrechtsbewegung gegenüber Black Power an Gewicht – marschierten am 21. August Truppen von fünf Warschaupaktmächten in der ČSSR ein – demonstrierten in der ganzen Welt Studenten, teilweise gemeinsam mit den Arbeitern, für mehr Demokratie; in Mexiko, Italien, Polen, Bolivien, Argentinien, Spanien, der BRD, Frankreich und auch in der Schweiz. Vor zehn Jahren, 1968, fand der Pariser Mai statt, der Berliner Vietnam-Kongress und der Zürcher Polizeikrawall vor dem Globus.

Das Jahr 1968 (und das folgende Jahr als «Gärungsphase») haben die heutige Linke entscheidend geprägt. Wir versuchen deshalb in der **«Mai-Zitig»** das Jahr 1968 und seine Ereignisse, die Situation der Linken heute, zu untersuchen.

Wir – das ist **«das konzept»** und der **«Zeitdienst»**, die vor 31 Jahren von Sozialisten, Kommunisten und Gegnern des kalten Krieges gegründete Wocheninformation.

Die **«Mai-Zitig»**, unsere gemeinsame Sonderausgabe zum 1. Mai 1978, wird einen Umfang von rund 30 Seiten (Kleinformat) haben, mit vielen Photos, Dokumenten, Karikaturen und zwei Postern. Auflage: 20 000! 2 Fr. pro Exemplar. (Wiederverkäufer erhalten sie ab zehn Exemplaren zum Preis von 1.50 Franken.)

Wir laden alle «Zeitdienst»- und «konzept»-Freunde, -Leser und -Abonnenten ein, mit dem nebenstehenden Coupon die **«Mai-Zitig»** zum Wiederverkauf zu bestellen (bis spätestens 26. 4. 78).

Jetzt bestellen!

(Einsenden an: «das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich.)

Von der gemeinsam von «das konzept» und «Zeitdienst» herausgegebenen **«Mai-Zitig»** bestelle ich ..... Exemplare zum Verkauf am 1. Mai.

Vorname, Name: _____

Strasse, Nr.: _____

PLZ, Ort: _____

Datum: Unterschrift:

Oben: Original-Shell-Katastrophe («Amoco Cadiz») an der Küste vor Brest.
Unten: Original-BP-Inserat
Sämtliche Zitate oben stammen aus dem Inserat unten.

Fortsetzung von Seite 1

Die Werbemethoden der AKW-Lobby

Theorie- und Praxiskurse für Lehrer an Mittel- und Gewerbeschulen sowie an Schweizerischen Techniken. Vermittlung von Experimentierapparaturen für kernphysikalische Versuche, ja sogar Demonstrationen am Reaktor «Saphir» des Eidgenössischen Institutes für Reaktorforschung (EIR), geleitet von kundigen Nuklearexperten, bildeten den Grundstock dieses aufwendigen Programmes.

Die *zweite Phase* dieses Programmes musste dann allerdings abgeblasen werden, da es offenbar bei Primar- und Sekundarlehrerkreisen nicht auf Gegenliebe stiess. Zu Beginn der 70er Jahre sah sich SVA unter dem zunehmenden Druck von seiten der AKW-Gegner gezwungen, ihre Aktivitäten ganz auf die *Produktion von breitgestreuten Medien* zu konzentrieren. Während dieser Jahre produzierte sie auch ihren eigentlichen Knüller, den *SVA-Werbefilm «Kernkraftwerke»*, der an nahezu allen Schweizer Schulen gezeigt wurde. 1977 schreibt die SVA: «100 Kopien in deutscher, französischer und englischer Sprache sind in der ganzen Welt im Einsatz!»

SVA-Propaganda international gefragt

Tatsächlich scheinen die Aktivitäten der SVA auf *internationales Echo* zu stossen. Aus dem Jahresbericht der Atomenergievereinigung (1972) geht hervor, dass mit der SVA-Broschüre «Kernenergie: sicher, sauber, unentbehrlich, unerschöpflich» (!) *mit über ¾ Mio. die bisher höchste Auflage irgendeiner Informationsschrift im Gebiete der Kernenergie erreicht wurde, eingeschlossen die USA!* Zehntausende von Exemplaren wurden vom Ausland bestellt. In Schweden diente die Broschüre als Grundlage für eine etwas umfangreichere Schrift, und sogar eine grosse amerikanische Elektrizitätsgesellschaft liess sie ins Englische übersetzen und gebrauchte sie als Basis für eigene Aufklärungspublikationen.

Bei der SVA arbeiten heute 10 Personen vollamtlich. Der jährliche Betriebsaufwand stösst an die Millionengrenze (1974: ca. 900 000 Fr., 1976: ca. 830 000 Fr.).

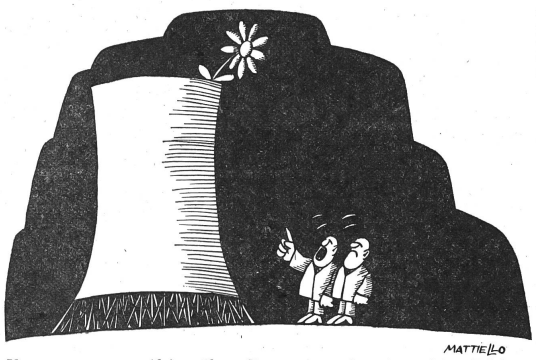
Nicht minder buhlt der Verband der schweizerischen Elektrizitätswerke (VSE) um die Gunst der Stromkonsumenten. Auch er macht sich mit Werbefilmen, Tonbildschauen und gross gestreuten Publikationen für die Kernenergie stark.

Der *VSE-Werbefilm «Energie 2000»* lief im Beiprogramm erfolgreicher Spielfilme und erreichte nach eigenen Angaben rund 600 000 Zuschauer. 27 Werbespots flimmerten in den letzten Jahren über die Bildschirme der Schweizer Fernsehzuschauer. Neuerdings führt der VSE *Fernsehschulungskurse für leitende Persönlichkeiten der Elektrowirtschaft* durch, wohl um ihren Energie-Matadoren ein vorteilhafteres Öffentlichkeitsprofil zu verpassen.

Unter dem Motto «Die Aufklärungsarbeit darf aber nicht nur an den ‹Mann der Strasse› gerichtet sein, sondern muss auch versuchen, jene Meinungsträger zu aktivieren, die am Fortbestehen einer lebenstüchtigen Schweiz interessiert sind . . .» leistet sich der VSE grossangelegte Inseratenkampagnen in der «meinungsbildenden Presse». Eine Kampagne, die nachweislich der Stromkonsument zu berappen hat. Interessant ist auch zu wissen, dass die Strombezüger Brötchengeber für etwa 10 vollamtlich beschäftigte PR-Fachleute ist, die nichts anderes tun, als den Schweizer Bürger in bezug auf AKWs bei guter Laune zu halten.

Am 5. Symposium der UNIPEDE (Internationale Union der Erzeuger und Verteiler elektrischer Energie) fragten sich die Tagungsteilnehmer, ob durch ihre PR-Arbeit, welche sich vornehmlich an den *Verstand der Energiekonsumenten* richte, auch die «stark emotionalisierten Teile der Gesellschaft» berücksichtigt worden seien. Einer der Referenten riet dann auch, die PR-Arbeit *stärker zu emotionalisieren: «Nur wenige Patienten überwinden ihre Angst am Vorabend einer Operation, wenn man ihnen die perfekte Technik des Operationssaales erklärt. Zuversichtliche und trostreiche Worte einer freundlichen Krankenschwester sind dagegen ein erprobtes Mittel.»*

Wenn die Leute den Argumenten der A-Werk-Befürworter nicht immer zugänglich sind, heisst das also: sie sind zu dumm für Erklärungen. Man muss ihnen nur die Angst vor dem Atomstrom nehmen, und alles läuft rund – besonders wenn man der vielleicht doch nicht so ganz radikal ausgerotteten Angst einen neuen «Gegenstand» zuführt. Wenn man die Angst vor den Gefahren der A-Werke verdrängt durch eine von den herrschenden wirtschaftlichen Kreisen offenbar leichter manipulierbare politische Angstlichkeit: *«Alle politischen Radikalen sollten wir durch entlarvende Aussagen von den eigentlichen Bürgerinitiativen zu trennen suchen, um die Solidarisierung abzubauen. Dies erfordert zusätzliche Kontakte mit ‹Multiplikatorgruppen› (Journalisten, ‹Opinion Leaders›) und mit der breiten Öffentlichkeit.»*



Von unserer neuesten Aktion «Flower Power» versprechen wir uns einigen Erfolg.

«Wertvoll ist der persönliche Kontakt»

An einem Symposium in St. Gallen stellte ein PR-Fachmann für die AKW-Werbung dann folgende inhaltlich detaillierten Richtlinien auf:

- Zu Beginn der Arbeit muss die spezifische Situation in der Umgebung des zukünftigen AKWs untersucht werden, insbesondere wie die Bevölkerung strukturiert ist, über welches Wissen und welchen Bildungsstand sie verfügt, welches Ansehen der AKW-Betreiber besitzt und ob mit Widerstand zu rechnen ist.
- Mögliche Zielgruppen für die Öffentlichkeit sind z. B. das Lehrpersonal an Schulen und Hochschulen, Presseleute, Politiker, Pfarrer, Ärzte und Vereinspräsidenten usw. Lehrmittel für den Schulbetrieb, Lehrerseminare sowie Filmspots sollen eingesetzt werden.
- Ein Informationszentrum auf dem AKW-Gelände dürfte die wichtigste und wirkungsvollste Propagandamassnahme sein. Der Zeitpunkt kann nicht früh genug sein . . . der architektonische Aufbau und die Ausstattung des Info-Pavillons müssen ins Auge fallen . . . *sparen wäre nicht am Platz.* Wertvoll ist der persönliche Kontakt, Bürgerversammlungen . . ., um Vertrauen zu gewinnen; sie können aber auch als Ventil dienen, um Argernisse zu bereinigen und unangenehme Vorkommnisse vergessen zu lassen . . . Unter den Besuchergruppen kommt dem Erziehungsbereich, also allen Schulen, Universitäten usw., mit seiner grossen Breitenwirkung besondere Bedeutung zu . . .»

So weit also das PR-Programm der Elektrolobby. Zurzeit ist das Seilziehen um die Atomgesetzrevision und die Atomschutzinitiative im Gang. Die Vorberatende Kommission sieht sich denn auch einer generalstabsmässigen Lobby-Planung von Interessengruppen ausgesetzt, Beeinflussungsversuche werden offen zugegeben. Allerdings scheinen die Parlamentarier nicht so recht «anbeissen» zu wollen, wie kürzlich *Bruno Hunziker, Direktor der Motor Columbus,* bemerkte. Gelingt es nicht, die Vorlagen termingerecht durchzuziehen, dann werden die Abstimmung und der Abstimmungskampf ins Wahljahr 1979 fallen. Die PR-Leute der E-Branche müssen nun in die (entlarvende) Offensive gehen, wenn sie mit der schnell wachsenden Anti-AKW-Bewegung Schritt halten wollen. Ob die 28 Mio. Fr., die ihnen angeblich zur Verfügung stehen sollen, wohl ausreichen? ●

«das konzept» zu AKW

Aktionen der AKW-Gegner 1978
Erfolge und Misserfolge. Wo steht die Bewegung heute? März 78

Bundesrat Graber deckt französische Skandaljustiz
Über die Verurteilung und Folterung von Schweiz. AKW-Gegnern nach der Demonstration in Malville. Okt. 77

Der Widerstand verbreitet sich
Über das zweite Besetzungswochenende in Gösgen. Juli 77

Notizen zu einem langen (Pfingst-) Marsch
Die Ansprache Otto F. Walters an der Schlusskundgebung nach dem Marsch im Wortlaut. Juni 77

Atomenergie gefährdet Menschen, Umwelt und demokratische Einrichtungen
Über die Lagerungs- und Aufbereitungsprobleme und deren Verdrängung durch die pronukleare Propaganda. März 77

das konzept Tip

Unter dem Titel **«Atombetrug»** erschien Ende März dieses Jahres ein Sachbuch, welches eine Fülle bisher nicht veröffentlichter Informationen zu Leibstadt und anderen schweizerischen Atomkraftwerken zugänglich macht. Das Buch enthält eine umfassende Chronik der Auseinandersetzungen um den Bau des AKW Leibstadt von 1963 bis heute, schildert Pannen und Unfälle in den Reaktoren von Würenlingen, Lucens und Beznau I und II, welche in der Tagespresse bisher nie aufgerollt worden sind. Ein spezielles Kapitel stellt anhand von Messungen bei den bestehenden Atomkraftwerken der Schweiz dar, wie stark wir schon beim sogenannten Normalbetrieb eines AKWs durch radioaktive Abgase und Abwässer verseucht werden. Zitate aus einem bisher geheimen Gutachten zum AKW Leibstadt werden ergänzt durch Aufhellungen über die Abhängigkeiten dieser Gutachter. Dass wir den Atommüll nicht mehr ins Ausland abschieben können, ist seit einigen Wochen zur Gewissheit geworden. Informationen darüber und Hinweise auf Alternativen zur Atomenergie runden das Buch ab.

«Atombetrug» ist das Ergebnis einer Gemeinschaftsarbeit von über zwanzig Mitgliedern der «Zürcher Atomkraftwerkgegner (ZAK)», einer Bürgerinitiative in der Stadt Zürich.

Atombetrug» umfasst 148 Seiten, 97 Photos, 37 Zeichnungen und 21 Grafiken und Tabellen.

Bezug des Buches «Atombetrug»: Überweisung von 7.50 Fr. pro Exemplar auf «Postscheckkonto 80-36840, Zürcher Atomkraftwerkgegner-Komitee, Zürich».

HINTERGRUND

«konzept»-Artikel sind keine Eintagsfliegen. Deshalb weisen wir an dieser Stelle auf frühere «konzept»-Berichte hin, welche Hintergrundinformationen für wichtige aktuelle Fragen bieten. Die Nummern sind bei der Administration gegen 1.50 Fr. in Briefmarken erhältlich. «das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich.

Verbot von Sprays

Die Produktion von Sprays mit Fluorkohlenwasserstoffen als Treibmittel wird vom 15. Dezember dieses Jahres an in den USA nicht mehr zulässig sein. Wissenschafter hatten schon seit langer Zeit vor der Zerstörung der Ozonschicht durch die Fluorkohlenwasserstoffe gewarnt. «das konzept» berichtete in Nr. 2/77 über die Gefahren der Sprays, über das profitträchtige Geschäft mit ihnen, über den Widerstand der Spray-Industrie gegen ein Verbot sowie über Alternativen für Sprays. Als erstes Land hat Schweden Sprays mit gefährlichen Treibmitteln verboten, auch Kanada hat ein Verbot durchgesetzt. In der Schweiz ist die Regierung der Ansicht, *Massnahmen drängten sich zur Zeit nicht auf,* aber die Angelegenheit werde verfolgt!

Sparstudie im Nationalrat

fh. Weiterhin geheim bleibt die *Gruner-Untersuchung über die «Finanz- und Steuergesinnung des Schweizervolkes»,* welche im Herbst 1976 von Finanzminister Chevallaz in Auftrag gegeben worden war, obwohl «das konzept» (3/78) die für Chevallaz + Co. höchst unangenehme Studie mit zusätzlichem, unter verstärktem Verschluss gehaltenem Zahlenmaterial publiziert hat.

Peinlich bleibt die Untersuchung für alle Beteiligten: Die *Landesregierung* hat Angst davor, dem Volk seine wahren Finanzwünsche (Sparen beim Militär, Mehrausgaben für Krankenversicherung, Forschung und AHV/IV) zu offenbaren, weil der Willen der Regierten der tatsächlichen Regierungspolitik in den meisten Punkten diametral zuwiderläuft! Auch der Verfasser, *Prof. Erich Gruner* vom Forschungszentrum für schweizerische Politik an der Uni Bern, fürchtet offenbar die Publizierung: Denn Gruner hat die Untersuchung zum überwiegenden Teil dazu missbraucht, die Richtigkeit der Mehrwertsteuer nachzuweisen und die angemessenen Argumente für den zugehörigen Abstimmungskampf zu liefern.

Selten wurde die angeblich «wertfreie» Wissenschaft – in diesem Fall eben ganz direkt vom Staatssäckel abhängig – so offensichtlich in den ausschliesslichen Dienst der Obrigkeit gestellt. *SP-Nationalrat Ernst Eggenberg,* Oberhaupt der EMD-abhängigen Berner Oberländer Metropole Thun und Präsident der nationalrätlichen Militärkommission, will es jetzt genau wissen. In einer Interpellation fragt der Volksvertreter, dem – im Gegensatz zu bürgerlichen Journalisten – der mit Nationalbank-Geldern finanzierte Gruner-Bericht «nicht erhältlich» gemacht wurde, den Bundesrat: *«Wer* entscheidet eigentlich, unter welchen Kriterien vereidigten Parlamentariern Unterlagen vorzuenthalten sind?»

FDP-*Chevallaz* wird sich in dieser Sache also noch vor dem helvetischen Parlament zu verantworten haben. Allerdings: Der Abstimmungskampf für die neue Mehrwertsteuervorlage hat bereits begonnen. Die Meinung des Volkes hat sich wohl seit der ersten Abstimmung im Juni 1977 ebensowenig geändert wie das von bürgerlicher Seite in gehabter Fasson verschnürte Finanzpaket. Kampf und Argumente bleiben sich 1978 gleich.

SPS und Sozialistische Internationale

Sozialistisches Forum

Im Februar brachte «das konzept» einen Artikel von Jean Ziegler zur Sozialistischen Internationale (SI). Wir haben Heinrich Buchbinder* um eine Stellungnahme zur Tätigkeit der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS) in der SI gebeten. Buchbinder beantwortet unsere Fragen nach der Aufgabe der SI, wie die SPS sie sieht, der Rolle der SPS in der SI, und gibt seine Einschätzung vom Artikel Jean Zieglers.

Vorerst: Die SI versteht sich nicht als übernationale Weltpartei mit Weisungsbefugnis an diszipliniert eingeordnete Sektionen. In ihr haben sich die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien zum Erfahrungs- und Meinungsaustausch sowie zum gemeinsamen Handeln zusammengeschlossen. Sie reflektiert somit natürlich auch die Verflechtung Ihrer Mitgliederparteien mit den politischen Verhältnissen im eigenen Land; das politische Konzept einer sozialdemokratischen Regierungspartei ist nicht unbedingt identisch mit der Politik einer sozialistischen Gruppe etwa in den USA oder einer sozialistischen Partei in einem Land der dritten Welt.

echo

Die Aufgabe der SI

Wünschenswert wäre eine solidere politisch-programmatische Grundlage für die Arbeit der SI, die das Fundament abzugeben vermöchte für eine sichtbare Kohärenz der Politik ihrer Mitgliederparteien. Dies zu realisieren ist schwierig, nicht nur wegen der eingangs charakterisierten Struktur der SI: Auch die sozialistische Theorie hat die neue technologische und damit sowohl gesellschaftswie machtpolitische Realität unseres Zeitalters noch keineswegs «aufgearbeitet». Diese Aufgabe wird nur im Zuge der praktisch-politischen Arbeit der SI und Ihrer Mitgliederparteien zu bewerkstelligen sein.

Der Zusammenschluss ihrer Mitgliederparteien zur Internationale ist ein erster wichtiger Schritt auf diesem Weg. Wie anders als durch demokratischen Meinungs- und Erfahrungsaustausch – stets gemessen und überprüft an der praktischen Politik – könnte sonst der notwendige Fortschritt zum programmatisch und theoretisch fundierten politischen Handeln solidarisch verbundener sozialistischer Parteien über die Landesgrenze hinaus zustande kommen?

Die SPS hat von Anbeginn die Rekonstituierung der SI begrüsst und massgeblich gefördert. Walther Bringolf und Hans Oprecht waren Promotoren des organisatorischen Wiederaufbaus der Internationalen am Ende des Zweiten Weltkriegs.

Die Zielsetzung des demokratischen Sozialismus kann letztlich nur durch eine internationalistische Politik Wirklichkeit werden. Selbst die auch heute noch stehenden defensiven Aufgaben – der Kampf gegen die dem Kapitalismus innewohnende Krisengesetzlichkeit, gegen die aus dem bürgerlichen System erwachsenden antidemokratischen und miltaristischen Tendenzen sowie gegen die mannigfachen weiteren Bedrohungen der Demokratie und der Menschenrechte durch den Totalitarismus – lassen sich nur durch übernationale Solidarität und Koordination der gemeinsamen Anstrengungen erfolgreich anpacken.

Zudem steht im Zeitalter der nuklearen und elektronischen Technologie die wahrhaft historische Aufgabe vor der Menschheit, den Krieg als Element der Politik endlich zu überwinden und die modernen technologischen Möglichkeiten zur Überwindung von Not und Furcht, die den meisten kriegsträchtigen Konfliktherden zugrunde liegen, einzusetzen.

Die SPS hat am Parteitag in Interlaken (1972) die Notwendigkeit dieses friedensstrategischen Kampfs für eine sozialistische Weltordnung hervorgehoben; Stab und Instrument dieses Kampfs müsste die Internationale sein.

Die Rolle der SPS

Die SPS ist eine der Mitgliederparteien der SI; ihr kommt die gleiche Stellung wie jeder anderen Mitgliederpartei zu. Sie ist allerdings entschlossen, aktiv an der Konsolidierung der SI mitzuarbeiten und initiativ die Entwicklung und das Handeln der SI zur Stärkung des demokratischen Sozialismus in der Welt zu fördern. Sie unterstützt die Entfaltung der von Willy Brandt konzipierten Entspannungspolitik, zu der es keine vernünftige politische Alternative gibt.

Eine Reihe Konferenzen der SI war durch eigene Beiträge der SPS-Delegationen gekennzeichnet: Beiträge zur entspannungspolitischen Konzeption der Sicherheitspolitik, zur Förderung und Sicherung der Menschenrechte, zur kooperativen Rüstungskontrolle, zur Abwehr der entspannungs- wie sicherheitspolitisch bedenklichen Entwicklung neuer militärischer Technologien (Cruise Missiles, N-Bombe), zur Frage des Terrorismus und nicht zuletzt für eine alternative Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik.

Zieglers Artikel

Die SPS wird wohl hierauf konkret zu antworten wissen.

Ich kann nur drei Dinge festhalten: 1. Die Analyse von Ziegler hat innerhalb der SI weitherum erstaunt: sie wurde als die Arbeit eines nicht ausreichend informierten Journalisten gewertet. 2. Es wird sich lohnen, die Rolle des von Ziegler entdeckten «französischen Pols» einige Monate nach den französischen Wahlen anhand der politischen Realität dannzumal zu prüfen. 3. Befremdlich sind die unqualifizierbaren Anwürfe des Artikelverfassers gegen Exponenten der organisierten Arbeiterbewegung, denen in der BRD immerhin das bleibende Verdienst zukommt, ihre Organisationen zu den bedeutendsten politischen Kräften daheim und international hochgebracht zu haben, was von ihren Kritikern weder für Genf noch für die Schweiz gesagt werden kann.

Heinrich Buchbinder

**Im Vorspann zu Ihrer Ziegler-Publikation lassen Sie mir die Ehre zuteil werden, «der Vertreter der SPS in der SI» zu sein. Ich bin dies nicht, wenngleich ich die SPS an den letzten Bürositzungen der SI vertreten habe: die Geschäftsleitung der SPS bestimmt jeweils ad hoc ihre Delegation nach Massgabe der Zuständigkeit für die vordergründig zu behandelnden Fragen. Heinrich Buchbinder*

Sie haben im März verpasst

– Exklusiv-Dokument über den Sparwillen der Schweizer Bevölkerung. Der Bundesrat will von nichts wissen.

– Ausblick auf die Aktionen 1978 der AKW-Gegner

– Hintergründe des Russell-Tribunals in der BRD

– Eine Erzählung des afrikanischen Schriftstellers S. Badian über die afrikanische Elite, die sich gegen das Volk wendet.

Für 1.50 Fr. in Briefmarken bei der Redaktion zu haben, Weinbergstr. 31, 8006 Zürich.

Name,

Vorname:

Strasse, Nr.:

PLZ, Ort:

das konzept

Redaktion und Administration: Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich. Schweiz. Telefon ☎ (01) 47 75 30, PC-Konto 80-37626.

Redaktion: Bruno Baeriswyl, Ruedi Küng, Rolf Nef, Beat Schweingruber, Liselotte Suter.

Redaktionsstelle Bern: Fredi Hänni, Tel. (031) 25 88 05

Artikel geben jeweils die Meinung des Verfassers wieder.

Nachdruck nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet.

Für unverlangt zugesandte Unterlagen kann keine Verantwortung übernommen werden.

Herausgeber: Verein «das konzept» (Mitglieder: Verband der Schweizerischen Studentenschaften, Studentenschaft der Universität Zürich, Verband der Studierenden an der ETH Z).

Erscheinungsweise: Monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Lehrerseminaren, Musikkonservatorien, Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk. Auflage 32 000.

Inserate: Inseratenverwaltung «das konzept», Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich. Tel. ☎ (01) 47 75 30, PC-Konto 80-36651
1-sp-mm-Zeile – .62 Fr. (übliche Rabatte)

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich

Mitarbeiter-Sitzung: 21. 4. 78
Weinbergstr. 31, 12 Uhr
Redaktionsschluss: Nr. 5: 28. 4. 78
Inseratenschluss: Nr. 5: 5. 5. 78

EVANGELISCHE HOCHSCHULGEMEINDE ZÜRICH

Wir können eben auch nicht

ERKLÆREN

**wie gut die EHG ist,
da musst du schon selber
kommen und ausprobieren.
Und wenn du durchaus nicht willst,
dann lies wenigstens
die schönen Sprüche auf dieser Seite,
dann hast du etwas
zum Nachdenken.**

WO MAN UNS FINDET

Haus am Lindentor, Hirschengraben 7,
8001 Zürich, T 32 87 55

Zu einem
persönlichen Gespräch
nehmen wir uns immer gern Zeit. Wer uns nicht verpassen will, telefoniert zuerst oder macht im Vorbeigehen am Hirschengraben 7 etwas ab.

MITARBEITER

- Doris Müller-Hunter, Sekretärin
  Höfliweg 20, 8055 Zürich, T 33 63 89
- Hans-Adam Ritter, Pfarrer
  Voltastrasse 58, 8044 Zürich, T 47 88 78
- Hans-Ulrich Schmutz, Naturwissenschaftler ETH
  Haldenweg 7, 8320 Fehraltorf, T 97 74 35
- Kurt Straub, Sozialarbeiter
  Schwellistrasse 9, 8052 Zürich, T 50 14 29

ASSISTENTEN

- Gustav Etter, Theologie
- Alfred Göldi, Architektur
- Lukas Hohl, Theologie
- Monica Rutishauser, Psychologie

Die Evangelische Hochschulgemeinde ist getragen von der Zürcher Reformierten Landeskirche; sie steht allen offen.

Unsere katholischen Partner sind am anderen Ende des Hirschengrabens zu finden, Nr. 86, T 47 99 50:
P. Dr. W. Schnetzer, P. Dr. W. Heierle und
P. Dr. A. Ziegler.

ZITATE

Der Schweizer steht früh auf, aber er erwacht spät. Nello Celio

Der Begriff Schizophrenie wurde 1908, beziehungsweise 1911 von Eugen Bleuler in Zürich eingeführt. Es kann kein Zufall sein, dass die Schizophrenie in der Schweiz, und innerhalb der Schweiz in Zürich, begründet wurde. Die Bewusstseinsspaltung zwischen Puritanismus und einem Erwerbs- und Besitzdenken, wie es schon im Alten Testament verflucht wurde, hat ja zumindest eine gute protestantische Tradition. Walter Vogt, 1977

**In der Eitelkeit seiner Dialektik behält er sich jede Entscheidung vor, bis er zu keiner imstande ist, und hält das für Denken.
Er handhabt seine Säge abwechselnd von zwei Seiten. Was er zerschneidet, besteht nicht mehr.
Sein Sägemehl ist manchmal geistreich.** Elias Canetti, 1971

Manches nämlich, was man in der Politik als Vernunft und Erfahrung bezeichnet, ist oft wenig anderes als eine Form der Resignation. Willi Ritschard, 1978

In der Zärtlichkeit leuchtet Versöhnung auf, ein Funke vielleicht der grossen, der möglichen Versöhnung zwischen Gott und den Menschen, zwischen den Menschen untereinander, zwischen Menschen und Natur, zwischen Geist und Materie. Kurt Marti, 1976

Leute, die ich nie werde erlösen können, auch durch die kräftigste Ruhe nicht, aus ihrem fürchterlichen Bescheidwissen, aus ihrer unwürdigen Illusionslosigkeit. Peter Handke, 1976

Ein junger Mönch wendet sich an Franz von Assisi: «Vater, es wäre mir ein grosser Trost, einen Psalter zu besitzen; der Generalminister hat es mir zwar erlaubt, aber, Vater, ich möchte ihn doch nur mit Eurem Wissen haben.» Der selige Franz erklärte ihm: «Wenn du erst einmal einen Psalter hast, wird es dich gelüsten, auch ein ganzes Brevier zu haben; und hast du ein Brevier, so wirst du bald auf dem Katheder sitzen wollen wie ein gewichtiger geistlicher Herr und wirst deinem Bruder sagen: «Hole mir mein Brevier.» Franz von Assisi, 1181–1226

Das eigentliche Exil Israels in Ägypten war, dass sie es ertragen gelernt hatten. Rabbi Canoch von Alexander, gest. 1870

STUDENTEN FOYER

Halb am Zürichberg, an der **Voltastrasse 58**/Ecke Hochstrasse (für Faule: Tram 5 oder 6), steht das Studentenfoyer. Für Pausen und Picknicks sehr zu empfehlen, besonders im Sommer, wenn die Linde blüht und später der Lavendel. Kleine Küche, viele Sessel, Gartenstühle.

In der Altstadt, Nähe Obergericht und Kunsthaus, ist das Foyer **Hirschengraben 7** zu finden: ein gemütlicher Treffpunkt mit Kleinküche für schwarzen Kaffee oder rasche Mittagessen, mit ein paar Tageszeitungen, dem «Spiegel» und der «Leserzeitung».

Gruppen können abends an der Voltastrasse 58 einen Raum reservieren (am Hirschengraben 7 nur ausnahmsweise für Feste und so) T 32 87 55.

1. FOYER VOLTASTRASSE
2. EHG
3. KATHOLISCHES AKADEMIKERHAUS
4. UNI
5. ETH

Vollständiges Programm der Aktivitäten der EHG im SS 78. Doppelbogen aus der Zeitung herausnehmen und an die Wand hängen.

EVANGELISCHE
HOCHSCHULGEMEINDE
Hirschengraben 7
8001 Zürich
T 32 87 55

MELDETALON

Ich bin an den Veranstaltungen der EVANGELISCHEN HOCHSCHULGEMEINDE interessiert, insbesondere an:

- ○ Frauengruppe
- ○ Sommeruni
- ○ Wochenenden

Datum: _____

○ Arbeitsgruppen: _____

_____

○ andere Veranstaltungen: _____

Name: _____

Vorname: _____

Fak./Abt.: _____ Sem: _____

Studienadresse: _____

Telefon: _____

Heimadresse: _____

ausschneiden und senden an:
EVANGELISCHE HOCHSCHULGEMEINDE
Hirschengraben 7, 8001 Zürich, T 32 87 55

treff punkt FLOHMARKT

Die billigsten Kontakt- und Kleininserate weit und breit!

Kleininserat: 5 Zeilen **10 Fr.**
Kontaktinserat: 5 Zeilen **15 Fr.** (inkl. Chiffregebühr)
(Weitere Zeilen 2 Fr./Zeile à 30 Zeichen)

Talon ausfüllen und einsenden an: Inseratenverwaltung «das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich. Betrag (min. 10/15 Fr.) auf Postscheckkonto 80-36 651, Inseratenverwaltung «das konzept», 8006 Zürich, einzahlen oder Banknote beilegen. Ihr **Inserat erscheint nach Überweisung des Betrags.** Falls Text länger als gegebenes Feld, pro zusätzliche Zeile à 30 Zeichen 2 Fr. einzahlen. Unter dieser Rubrik werden keine kommerziellen Inserate angenommen.

Name und Adresse:

treff punkt Kontaktinserate

Einsendeadresse für Zuschriften auf Chiffre-Inserate:
Chiffre-Nr., «das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich

ZH: Charmante, hübsche Fachlehrerin (30/170) sucht einen warmherzigen, intelligenten, sozialkritisch denkenden u. **für den Menschen engagierten Mann** für eine ernsthafte Liebesbeziehung. Chiffre A 437.

BE: Student (25) fragt sich, ob es eine solche Frau überhaupt gibt: sie ist lieb, zärtlich, intelligent und selbständig und möchte eine Partnerschaft aufbauen. Ich möchte zu ihr unbedingt ja sagen können und hoffen, dass sie das auch zu mir sagen kann. Aber sie sieht neben einer Freundschaft **noch andere Lebensinhalte . . .** Danke für jede Zuschrift. Chiffre D 440.

SG/ZH: Student (26/177), blond, schlank, vielseitig interessiert, sucht sehr gut aussehenden, **kultivierten u. anspruchsvollen Freund,** auch Ausländer. Beidseitige Diskretion Voraussetzung. Bitte nur Zuschriften mit Bild. Chiffre C 439.

Als Korrektiv zu meiner Verbürgerlichungs- und Abstumpfungstendenz suche ich **Austausch mit jungem, aufgestelltem Typ,** der Sehnsucht (oder Notwendigkeit) nach Geborgenheit, Verständnis und Sicherheit verspürt, was eben nur ein bereits «Etablierter» bieten kann. Ich bin 33jährig, interessiere mich für Politik, arbeite an meiner Emanzipation und suche vor allem einen Freund. Ich freue mich auf Deinen Brief. Chiffre B 438.

Kleininserate

Zoom-Teleobjektiv für Minolta, 85–205 mm, Marke «Admiral», 1:3,8, mit Minolta-Bajonett, praktisch neu, wegen Kamerawechsels für nur 200 Fr. (neu im Discount ca. 500 Fr.). Tel. (01) 47 33 34, am besten morgens oder abends.

MOJON'S ARMY-SHOP

Sofort zugreifen:

U.-S.-ARMY-Schlafsack

Fabrikneu, wasserdicht, sehr dick gefüttert, waschbar. **Nie mehr kalt haben.** Ideal für Übernachtungen im Freien. 3,5 kg schwer, 230 cm lang. Spitzenprodukt zu Schlagerpreis:

Brutto **89 Fr.**

zuzüglich 6 Fr. Versandspesen. Passende Traghülle dazu (fakultativ): 7 Fr. Sofortversand mit Einzahlungsschein. Rückgaberecht.
Studentenrabatt: 5%; ab 100 Fr. 10%.
Bestellen oder Prospekt anfordern.

NICOLAS MOJON & CO. AG
Bethlehemstr. 114, 3018 Bern
Tel. ✆ (031) 55 33 66

Weiterhin führen wir u. a. im Schlafsacksektor:
- Warme **Decken-Schlafsäcke** (ohne Kapuze). Zwei bilden auf Wunsch einen Doppel-Schlafsack.
- Original-**Schweizer Armee-Schlafsack.**

Sie suchen in Zürich
möbl. Zimmer oder
möbl. Wohnung?
Rufen Sie uns an, wir können Ihnen bestimmt verschiedene interessante Angebote unterbreiten. Keine Gebühren!

dcvo Verwaltungs AG, 8039 Zürich
Todistr. 48, Tel. 202 73 11

Erfahrene **Korrektorin/Sekretärin** redigiert, korrigiert und stellt Reinschriften und druckfertige Offsetvorlagen her (IBM-Kugelkopf) von
Dissertationen, Publikationen, Manuskripten usw.
Mehrjährige Erfahrung mit wissenschaftlichen Texten, exaktes Arbeiten; sorgfältige, vorschriftsgemässe Ausführung. **Liselotte Wildi,** Tel. (01) 825 02 65.

ALZIRE
oder der neue Kontinent

ein Film von THOMAS KOERFER
mit
FRANÇOIS SIMON ROGER JENDLY
RÜDIGER VOGLER

- **Ein Spiel über die Bitterkeit der der Macht – hier wie dort**
- **Ein Film über die Sehnsucht nach unserer verlorenen Wildheit**
- **Ein kunstvoller Widerstreit zwischen Leben und Spiel**
- **Eine Groteske über die Herren Rousseau und Voltaire**
- **Eine Geschichte für Schaulustige!**

Demnächst im
Studio **NORD-SÜD** Zürich
Studio **KINO CAMERA** Basel

ZYTGLOGGE ZYTIG
Monatszeitung für Buch und Bühne

Mit Beiträgen über Literatur, Theater, Film, Musik, Kunst, Architektur und Spielplan Schweiz.

In Ihrer Buchhandlung und am Kiosk erhältlich. Einzelnummer Fr. 1.50.

Ich bestelle 1 Abonnement Zytglogge Zytig.
Name: _____
Adresse: _____
PLZ Ort: _____
Unterschrift: _____

Bitte ausschneiden und einsenden an: Druckerei Dürrenmatt AG, Pavillonweg 2, 3012 Bern, Telefon 031 23 89 00.

Der Neuntausend-Jazz+Blues-Plattenladen

Wir bieten Ihnen sofort eine gut bezahlte Stelle an.

Temporär-Arbeit

Können Sie Maschine schreiben?
Haben Sie Buchhaltungskenntnisse?
Für Einsätze von einer oder mehreren Wochen

Besuchen Sie uns
MILITÄRSTR. 36 - ZÜRICH - TEL. 242 59 50

Auffahrt Pfingsten

SSR-Städtereisen

Amsterdam **375–395 Fr.**
3.–7. 5./11.–15. 5. Flug, 4 Übernachtungen mit Frühstück, Transfers, SSR-Reiseleiter

Istanbul **450 Fr.**
4.–7. 5./12.–15. 5. Flug, Hotel, Transfers, SSR-Reiseleiter

Paris **205–270 Fr.**
3.–8. 5./12. 5.–16. 5. Bahnfahrt (ab Zürich/Basel Couchettes) Stadtrundfahrt, Übernachtungen mit Frühstück

Florenz **170–210 Fr.**
3.–8. 5./12.–16. 5. Bahnfahrt (Couchettes), Hotel, SSR-Reiseleiter

Venedig **190–220 Fr.**
3.–7. 5./12.–16. 5. Bahnfahrt, 4 Übernachtungen mit Frühstück, halbtägige Inselrundfahrt, SSR-Reiseleiter

Rom **205–225 Fr.**
3.–8. 5./12.–16. 5. Bahnfahrt (Couchettes), Unterkunft, Stadtrundfahrt, SSR-Reiseleiter

Wien **230 Fr.**
3.–7. 5./12.–16. 5. Bahnfahrt mit Couchettes, Übernachtungen mit Frühstück, SSR-Reiseleiter

Côte d'Azur **200 Fr.**
3.–7. 5./12.–16. 5. 5tägige Plauschfahrt mit dem Sundecker-Bus an die Französische Riviera. Detailprogramm verlangen.

SSR-Reisen
Zürich, Bern, Basel, St. Gallen, Chur, Luzern und Solothurn
Telefonverkauf: 01/242 31 31

anders als anders
Reisen für junge Leute.

Zum Schulanfang:
Grosses, interessantes Elco Schüler-Quiz mit 300 tollen Preisen!
Hopp, hopp, hopp, auf zum Elco Studio-Shop!

In Papeterien und Schreibwarenabteilungen liegen für Sie – gratis – bereit:
1. Teilnahmekarten mit Fragen und Bedingungen.
2. Aufgabenheft mit Stundenplan.
3. Origineller Kleber.
4. ein illustrierter Prospekt mit dem ganzen Elco-Schulprogramm.

Lassen Sie sich bei dieser Gelegenheit das frische, farbenfrohe Elco Studio-Schulsortiment, erweitert durch viele nützliche Neuheiten, zeigen.

Sie sind dabei, wenn Sie sofort hingehen und nicht jünger als 12 und nicht älter als 25 Jahre sind. Einsendeschluss: 16. Mai 1978.
Die Teilnahmekarten können ohne Kaufverpflichtung in Papeterien und Schreibwarenabteilungen bezogen oder schriftlich direkt bei uns angefordert werden.

Elco wünscht Ihnen viel Spass, Glück und Erfolg im neuen Schuljahr.

Dies sind die Hauptpreise im Elco Schüler-Quiz:
1.–3. Preis
1 Bonanza-Rennvelo oder 1 Mofa
4.–12. Preis
1 Bonanza-Fahrrad

In den Kantonen mit Herbstschulanfang wird der Wettbewerb wiederholt.
Jeder Schüler ist nur einmal teilnahmeberechtigt.

ELCO

Elco Papier AG
Basierstrasse 274/276 4123 Allschwil 1

Die neueste Schweizer Zeitungsehe: «Berner Zeitung»

Wer daran verdient und wer dabei verliert

Von unserem Berner Korrespondenten Fredi Hänni

«Ich kann Ihnen sagen, dass wir mit dem bis heute Erreichten zufrieden sein dürfen.» In solcherlei Selbstzufriedenheiten schwelgte *Peter Dällenbach, Verleger der «Berner Nachrichten»* («BN») im September 1977 in seiner Firmenzeitung über den Geschäftsgang der «BN». Ein halbes Jahr später erfuhren die «lieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter» aus heiterem Himmel: Die Fusion der «BN» mit dem «Berner Tagblatt» («BT»), der reaktionären Postille der Berner Patrizier, zum Pressegiganten «Berner Zeitung» war praktisch beschlossene Sache. Heute steht fest: Die «neue» Gazette wird zwar vornehmlich von «BN»-Kräften gemanagt werden, politisch werden aber die «BT»-Mannen den Ton angeben. Das alte Lied – im Schweizer Konzentrationskonzert bleiben allemal die Leser ohne Stimme.

Düstere Aussichten auf dem eidgenössischen Pressemarkt: Von den mehrheitlich abonnierten Tageszeitungen (den Boulevard-«Blick» ausgeklammert) wird die *«Berner Zeitung» («BeZ»[1]*, Bern, Münsingen, Langnau) mit einer Auflage von 120 000 Exemplaren nach dem Zürcher *«Tages-Anzeiger»* zweitgrösster helvetischer Pressekoloss sein. Sicher ist bereits: Die «BeZ» wird am rechten Rand des politischen Spektrums angesiedelt sein. Nur *«liberal-bürgerliche» Kommentare* werden geduldet, die die «BeZ»-Verleger schon zum voraus bestimmt haben.

«Der Bund» als (linkere) Alternative!?

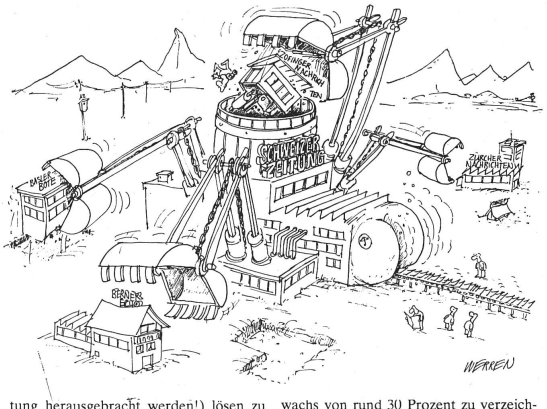
Der konservative Berner *«Bund»* meldete sich am Tag nach der Fusionsmeldung denn auch mit der Eigenwerbung *«die Alternative»*. Das hat «Bund»-Chef *Paul Schaffroth* rasch verstanden: Die «BeZ» wird noch weiter rechts stehen als sein freisinniger «Bund».

Opfer der Zeitungsheirat wurde «BN»-*Chefredaktor Hermann Battaglia,* der aus den Schreibstuben auf den Posten des Marketing-Chefs verbannt wird. Battaglia, ehemals Chef der sozialdemokratischen «Berner Tagwacht», wurde die seit seiner «BN»-Anstellung aufgekündigte SP-Mitgliedschaft zum Verhängnis. Die «BT»-Aktionäre wollten sich nicht mit dem Gedanken einer blassrosa angehauchten «BeZ»-Chefredaktion anfreunden, obwohl sich Battaglia mehrmals in Wort und Tat von seiner linken Vergangenheit distanziert hatte . . .

Die betroffenen Setzer, Drucker, Journalisten hatten zum Zusammengehen der beiden Zeitungen wie üblich nichts zu sagen. Sie wurden nach der «Nacht-und-Nebel-Aktion» (Schweizerische Journalisten-Union SJU) vor faktisch vollendete Tatsachen gestellt und mit mündlichen Zusicherungen abgespeist, die wohl realistischerweise gar nicht eingehalten werden können. *«Durch die Zusammenlegung sollen die Arbeitsplätze in den selbständig bleibenden Herstellungsbetrieben und in den Redaktionen der beiden Zeitungen erhalten . . . und gesichert werden»,* hiess es im «BeZ»-Fusions-Communiqué. Wie wenn eine Fusion automatisch Arbeitsplätze «erhalten und sichern» würde!

Wie viele Arbeitsplätze gehen flöten?

Das Gegenteil wird – ohne in Schwarzmalerei zu machen – der Fall sein. In den Betrieben Bern, Münsingen und Langnau werden in Kürze die neuen Techniken (Fotosatz) eingeführt werden, schon nur um die riesigen technischen Probleme (jeden Abend soll an drei zum Teil mehr als 30 Kilometer auseinander liegenden Druckorten die gleiche Zeitung herausgebracht werden!) lösen zu können. Was die Einführung des Filmsatzes bedeutet, wissen die Typographen am besten: Verminderung der Arbeitsplätze, Beschäftigung von billigerem Hilfspersonal ohne Berufslehre.



Dabei hatte für die Arbeitsplatz-Jongleure der *«BeZ» keinerlei wirtschaftliche Notwendigkeit* zur Fusion bestanden. Noch im September 1977 hatte «BN»-Verleger Dällenbach im ausschliesslich von ihm bestrittenen Hausmitteilungsblatt den «guten Gang» der «BN» gepriesen, wodurch «die Verbesserung der Liquidität und die Erhöhung des Gewinns» erzielt worden sei. In Zahlen: Die «BN» gewannen im ersten Jahr ihres Erscheinens dank liberalem Image mehr als 3000 Abonnenten (Nettozuwachs). Gegen Jahresende wurde ein gegenüber dem Jahresbudget um 1,2 Mio. Franken höherer Gewinn errechnet – dies trotz aufwendigen Werbekampagnen! Auf der Inseratenseite war ein Zuwachs von rund 30 Prozent zu verzeichnen gewesen (gesamtschweizerischer Zuwachs 1977: 10 Prozent).

Fusionen sind rentabel . . .

Damit hatte der «BN»-Verlag den Beweis erbracht, dass sich eine Fusion (die «BN» sind das Produkt der Ende 1976 zusammengelegten «Tages-Nachrichten» und «Berner Zeitung») auch in den Bilanzen äusserst fruchtbringend niederschlägt. Die günstige Verhandlungsposition gegenüber dem seit Jahren infolge erstarrter Verlagspolitik und langweiliger Aufmachung von einem massiven Leserrückgang gezeichneten «Berner Tagblatt» war geschaffen.

Eines allerdings hatte das «BT» in die Waagschale zu werfen: einen ansehnlichen Anteil am *Berner Inseratekuchen.* Das dahinvegetierende «BT» ging nämlich (ähnlich wie die «Basler Nachrich-

Fortsetzung auf Seite 6

[1] *Wie bei der Basler Zeitungsfusion hat sich die «Beamten-Zeitung» (BZ) bereits gegen die Verwendung ihres Kürzels verwahrt. In der Beamtenstadt Bern wird man die Kunden zumindest in dieser Frage nicht vergraulen wollen . . .*

Korrupt und gefügig

Hat man in der Schweiz je von einem Journalisten-Arbeitskampf gehört? Nein. Dabei hätte es in letzter Zeit genügend Anlass zu einheitlichem Auftreten gegen Verleger gegeben. Konzentrations- und Monopolisierungsprozesse, verbunden mit ständigen Verletzungen minimaler arbeitsvertraglicher Bestimmungen, hätten in anderen Branchen längst aktive Gewerkschafter auf den Plan gerufen.

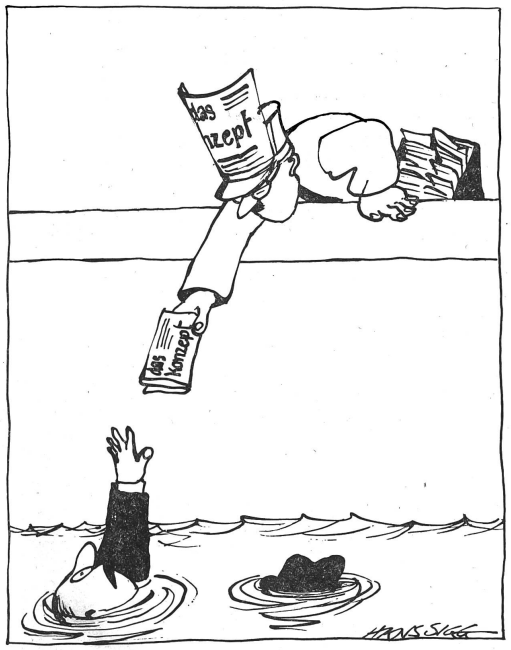
Doch Journalisten sind ein korrumpierter Berufsstand; sie lernen bald, dass sie sich bei allerlei Einfluss-Reichen ins richtige Licht zu stellen haben. Beim Verleger, indem in permanenter (Selbst-) Zensur der verordneten «Grundhaltung» nachgeschrieben wird; beim lokalen Potentaten, der Informationen nur dem ihm Wohlgesinnten weitergibt. Dazu die zum Alltag gehörende Bestechung: Allein das Ritual einer landläufigen Pressekonferenz gibt hinreichend Aufschluss über das Innenleben von Journalisten und ihrer spendablen Gastgeber. Spaltenraum kostet, wenn auch oft nur ein Schnitzel mit Pommes-frites.

Redaktorinnen/-toren stammen meist aus der Unter- oder Mittelschicht. Das Gefühl, zu jenen zu gehören, welche in diesem vielbeschworenen Rechts-Staat etwas zu sagen haben, hebt manchen Schreiberling für Stunden einige Stufen empor. Da bleibt kein Raum für Solidarität untereinander oder gar zu den Setzern, Druckern, Speditionsfrauen.

Das wissen auch die Verleger: Klassenkampf von oben. Das dutzendfach erprobte Schauspiel wiederholt sich derzeit auf den Redaktionen von «Berner Tagblatt» und «Berner Nachrichten». Beim «BT» lacht man sich über den eintretenden Rechtsrutsch insgeheim ins Fäustchen, während «BN»-Redaktoren bereits ängstlich um sich schauen: Bleibt für mich ein Plätzchen?

Die Ellenbogen werden gespitzt. Der Zynismus feiert Urständ. Und von oben grüssen sie hämisch: Die nächste Runde kommt bestimmt. *Fredi Hänni*

PS. Es gibt hoffnungsvolle Anstrengungen Richtung gewerkschaftliche Organisation der Journalisten: in der Schweizerischen Journalisten-Union (SJU, Sektion des VPOD) und im Syndikat schweizerischer Medienschaffender (SSM). Ziel ist eine Industriegewerkschaft Medien.



Du hast «das konzept» schon oft gebraucht*. Jetzt braucht «das konzept» Dich** – damit Du es auch künftig brauchen* kannst.

Die Studenten der Uni Zürich haben bis anhin «das konzept» mitfinanziert. Durch das schikanöse Vorgehen der Zürcher Behörden gegen die Studentenschaft – Aufhebung der Zwangsmitgliedschaft, drohende Auflösung usw. – fehlen dem «konzept» in diesem Jahr zehntausend Franken. Und im nächsten Jahr zwanzigtausend. Dieses Geld müssen wir anderweitig aufbringen, wenn «das konzept» weiter existieren soll.

Da – trotz unserem erfreulichen Aufwärtstrend – leider keine Bank und keine Grossfirma Geld in unsere Zeitung investieren will, müssen wir uns an unsere Leser wenden. Zum Beispiel an Dich**.

Mit einem Jahresabonnement für 18 Franken bekommst Du «das konzept» jeden Monat nach Hause geliefert. Acht Franken zahlst Du an die Umtriebskosten Deiner elf Nummern, und zehn Franken zahlst Du an das, was drinsteht. Das sind die Nettoeinnahmen, die wir brauchen, damit die Zeitung überhaupt erscheinen kann. Tausendmal diese zehn Franken brauchen wir also dieses Jahr zusätzlich. Tausend neue Abonnenten. Jetzt.

Wenn Du darauf bestehst, «das konzept» weiterhin an Deiner Schule aufzulesen, statt es zu abonnieren, dann kannst Du uns auch einfach zehn Franken sonst spendieren. Als Deinen solidarischen Beitrag. Oder fünf Franken. Aber dann solltest Du noch eine(n) andere(n) dazu bewegen, so viel zu zahlen. Denn fünf Franken brauchen wir zweitausendmal. Unser PC: 80–37626. Aber denk daran: nächstes Jahr kommen wir wieder. Nächstes Jahr brauchen wir wieder Geld. Also abonnierst Du uns doch besser gleich.

*Du brauchst «das konzept» . . .

- weil es fast die einzige Zeitung ist, die Dich kritisch, engagiert, unabhängig, profiliert und fundiert über Dinge in unserem Land informiert, die Dir von der übrigen Presse vorenthalten werden
- weil es die einzige Zeitung ist, in der Du so viele Cartoons und Karikaturen politisch engagierter Zeichner findest
- weil es die einzige Zeitung ist, die – beispielsweise – nicht nur beständig für eine liberale Abtreibungsregelung kämpft, sondern Dir mit einem Merkblatt und einer Ärzteliste auch direkt hilft, wenn Du (oder Deine Freundin) mit einer unerwünschten Schwangerschaft konfrontiert bist
- weil es die einzige Zeitung ist, in der Du unter 50 000 Leserinnen und Lesern gratis Reisepartner finden kannst
- weil es Dir noch viel mehr bietet
- weil es die Zeitung von jungen Leuten für eine kritische Generation ist

Was Dir «das konzept» alles bietet, können wir Dir nicht auf einer halben Seite sagen. Aber jeden Monat auf zwölf Seiten. Du musst uns nur abonnieren.

** Dieser Aufruf richtet sich in erster Linie an die **Angehörigen der Hochschulen Zürich** (wo der Regierungsrat die Aufhebung der studentischen Zwangskörperschaft beschlossen hat), **Bern** (wo der Regierungsrat der Studentenschaft die Finanzautonomie entzogen hat – und damit die Möglichkeit, ans «konzept» zu zahlen), **Basel** (wo der Regierungsrat die Studentenschaft längst aufgelöst hat), **Freiburg** und **St. Gallen,** sowie an die Angehörigen der **Schweizer Techniken** und **Lehrerseminarien,** die «das konzept» beziehen können, ohne dass sich ihre Organisationen an der Herausgabe beteiligen.
Gemeint sind aber auch alle sonstigen Leser, denen der Weiterbestand unserer Zeitung am Herzen liegt.

Wenn Du uns jetzt abonnierst und etwas Glück hast, schenken wir Dir ein Billett nach Moskau.

Entgegen einem gängigen volkstümlichen Spruch ist es fast unmöglich, ein Billett «Moskau einfach» zu kriegen. Deshalb, und weil dort ja auch nicht alles glänzt, haben wir ein Billett «Moskau retour» besorgt. Und damit Du nicht nur auf dem Roten Platz schnell eine Schokolade trinken kannst, offerieren wir Dir vier Tage in Moskau und vier Tage in Leningrad, Nächte inbegriffen, und Vollpension ebenfalls.

Eine SSR-Reise «Natascha» (8 Tage Moskau/Leningrad, alles inbegriffen, im Oktober 78) im Wert von 790 Fr. wird unter jenen ausgelost, die jetzt abonnieren und ihr Abonnement bis spätestens 15. Mai 1978 bezahlt haben (Datum der Bar- oder Postscheckzahlung).

Gestiftet wird «Natascha» vom SSR und vom «konzept».

Jahresabonnement 18 Fr.
ab jetzt bis Ende Jahr 12 Fr.
Unterstützungsabonnement 30 Fr.
ab jetzt bis Ende Jahr 24 Fr.

Ich bestelle ein Abonnement «das konzept»
☐ *Normalabonnement bis Dezember 1978 für 12 Fr. (Ausland 16 Fr.)*
☐ *Unterstützungs-Abo 1978 für 24 Fr. (Ausland 28 Fr.)*
☐ *Geschenkabonnement (Name des Beschenkten hier eintragen, Adresse für Rechnung auf Zeitungsrand)*
Wenn ich bis zum 15. Mai 1978 bestellt habe, nehme ich an der Verlosung der Russlandreise teil.

Vorname, Name
Adresse
PLZ, Ort
Beruf *Datum*

Talon einsenden an: **«das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich**
Schicken Sie bitte Gratis-Probenummern an: dk 78/4

Fortsetzung von Seite 5

ten» vor der Übernahme durch die «National-Zeitung») an den Krücken finanziell potenter Inserenten, denen die Existenz des rechtsstehenden Patrizierorgans am Kapitalistenherzen lag. Das durch Subventionen solcher Art am Leben gebliebene Blatt (nebenbei: das «BT» hat eine bis in jüngere Zeit nie ganz bewältigte braune Vergangenheit) konzentrierte denn seine Interessen in den Verhandlungen auf die *politische* Seite des Unterfangens – nach dem Motto: Das Business schmeissen die anderen, wir brauen die rechte (= richtige) Politik dazu.

Patrizier mit Kapital

An der Spitze des «BeZ»-Verwaltungsrats werden je ein «BN»- und ein «BT»-Mann stehen: *Hans Kellerhals, Direktor der Papierfabrik Deisswil,* garantiert die guten Beziehungen zur Zulieferindustrie, während der adelige *Bern-Burger Charles von Graffenried* mit seinen über 60 weiteren Verwaltungsratsmandaten die Sache des *Grosskapitals* (unter anderem Losinger Bau) und seiner zahlreichen Briefkastenfirmen vertreten wird. Merke: «Im Sinne des liberal-bürgerlichen Gedankengutes stützt sie (gemeint ist die «BeZ») eine starke Landesverteidigung, die soziale Marktwirtschaft, eine gesunde Landwirtschaft und eine prosperierende Industrie (aus: «Publizistische, politische und ideologische Grundhaltung der Berner Zeitung»).

«Operation Forte»

Die «BeZ» ist im Sandkasten geboren worden. Schon im letzten Herbst wurde von Bald-«BeZ»-Verleger Dällenbach in generalstabmässiger Manier das Planspiel «Operation Forte» in Szene gesetzt. «Forte» sah zwei Varianten vor: Fusion oder Verbesserung der bestehenden Zeitung. Seit dem 21. März ist gewiss: Die Variante «Berner Zeitung» hat den Krieg gewonnen.

das konzept Tip

In dieser Spalte stellt die Redaktion lesenswerte Publikationen ausserhalb der kommerziellen Produktion vor.

Pressefreiheit als Verlegerfreiheit

Unter dem Titel «So ging die National-Zeitung kaputt» liefert die Schweizerische Journalisten-Union (eine Sektion des VPOD) in einer jetzt erschienenen Broschüre eine exakte Chronologie der Entwicklung der einstmals linksliberalen «National-Zeitung» zum rentableren Fusionsblatt «Basler Zeitung». Der Autor Max Jäggi schildert die schrittweise Abschaffung der einst als modellhaft gepriesenen Mitsprache der Redaktion, die Entlassung von missliebigen Redaktoren, die Entwicklung zur Fusion mit den «Basler Nachrichten». Ebenso Gewicht legt er auf die Rolle der Gewerkschaften, die sich für eine liberale Haltung der Zeitung, für Mitbestimmung und zuletzt nur noch für die Erhaltung der Arbeitsplätze einsetzten.

Die Broschüre ist zu beziehen bei der Schweizerischen Journalisten-Union (SJU), Postfach 10, 8127 Forch, oder durch Vorauszahlung auf PC 80–36 447 (SJU, Zürich). Preis 11.90 Fr.

Neue Alternativmagazine

«Le Rebrousse-poil» («Gegen den Strom») nennt sich ein neues Alternativmagazin aus der Westschweiz, das aus dem Zusammenschluss des «Résistant à la Guerre» (Zeitung der Internationalen der Kriegsdienstgegner) und des «Combat non-violent» (Zeitung des Zentrums Martin Luther King, einer Dienstverweigerergruppe in Lausanne) entstanden ist. Die erste Nummer beschäftigt sich hauptsächlich mit Fragen des gewaltlosen Widerstandes, der Ökologie, der Selbstverwaltung, dem Antimilitarismus und der Dienstverweigererfrage. «Le Rebrousse-poil» erscheint zwölfmal jährlich und ist zu 20–50 Fr. zu abonnieren bei «Rebrousse-poil», Av. Béthusy 56, 1012 Lausanne.

Parallel dazu ist in der Deutschschweiz aus dem Zusammengehen des «Kriegsdienstgegners» (Internationale der Kriegsdienstgegner) und den «Pax-CH-Informationen» (Schweizer Friedensrat) das antimilitaristische Monatsmagazin «virus» entstanden. Eine weitere Zusammenarbeit mit nahestehenden Organisationen ist vorgesehen. Scheinreform in der Militärjustiz, ein Interview mit Hansjörg Braunschweig und Berichte über die internationalen Abrüstungskonferenzen sind Schwerpunkte der ersten Nummer. Das Jahresabonnement kostet 20 Franken. Adresse: «virus», Postfach 3258, 8023 Zürich.

Alternativkatalog Nr. 3

Der dritte und letzte schweizerische *Alternativkatalog* ist zurzeit im Druck und wird Ende April im Buchhandel erhältlich sein. Das fast 300 Seiten starke Werk enthält wertvolle Informationen über die Schweizer Alternativszene. Hauptthemen dieses Bandes: Freiheit und Unterdrückung, Wirtschaft, Produktion, Recht, andere Kulturen und Entwicklung. Daneben beinhaltet der dritte Band viele Ergänzungen zu den beiden ersten Katalogen.

Bestellungen an: *Dezentrale, 36, rue Pierre Péquignat, CH-2900 Porrentruy*

Bücher, Bücher . . .

Bibliografische Information heisst eine Broschüre, welche dreimal jährlich eine ausgezeichnete Übersicht über die Literatur zur Arbeiterbewegung, zum Marxismus, Sozialismus, zu revolutionären und Befreiungsbewegungen und zur dritten Welt gibt. Herausgeber ist die Int. Association of Labour History Institutions. Erhältlich bei der Pinkus-Genossenschaft Zürich, Froschaugasse 7, 8001 Zürich (Postfach, 8025 Zürich).

AKW-Informationsausstellung

Als unabhängige Gruppe hat der Verein Alte Mühle Merenschwand eine Informationsausstellung über Atomkraftwerke zusammengestellt, die er gegen einen Unkostenbeitrag AKW-Gegner-Gruppen, Schulen, Parteien, kirchliche Organisationen, Jugendgruppen, Umweltschutzorganisationen und weitere interessierte Gruppen zur Verfügung stellt. Kontaktadresse: Verein Alte Mühle, 5634 Merenschwand, Tel. (056) 8 36 05.

Nachtrag zur Affäre Cincera–EMD

Journalistiges

Auch hierzulande wird es gerne und immer öfter gesungen, das Hohelied des Recherchier-Journalismus. Woodward und Bernstein gelten als Vorbilder. Ich mag es schon bald nicht mehr hören, dieses eifrige Geschwätz vom Recherchieren, das durch den journalistischen Alltag nicht gedeckt ist. Ich glaube nicht, dass ein helvetisches Watergate durch die Presse ans öffentliche Licht gezerrt würde.

Nehmen wir ein handfestes Beispiel. All die Cincera-Affären, über die die Presse jeweils gross und anfangs geil berichtet hat, sind nicht durch die Presse entdeckt worden, sondern durch eine Bürgerinitiative. Dabei hätten Journalisten mit dem Zeitungsprestige im Rücken die weitaus günstigeren Recherchier-Voraussetzungen als das Demokratische Manifest.

Auf die jüngste Enthüllung, die gemeinsamen Computerspiele zwischen dem frrreisinnigen Oberrrstleutnant aus Zürich und Gnägis EVD-Mikrofilm-Datenbank Midonas, wäre jeder halbwegs recherchierende Journalist vor dem Manifest gestossen. Wenn . . . Letzten November legte das DM in seinem Pressedienst unter Beilage von Beweisen dar, weshalb die offizielle Darstellung zu Midonas und insbesondere zur Mikrofilm-Kassette 84 nicht stimmen konnte. Hätte darauf ein Journalist bei den Midonas-Leuten weitergebohrt – er wäre just bei jener Geschichte fündig geworden, welche am 31. März in allen Zeitungen stand. Doch welcher Journalist und welche Zeitung finden es nötig, die bedenkliche Verfilzung zwischen privaten und staatlichen Denunziokratien durch hartnäckiges Recherchieren aufzudecken?

Der Durchschnittsjournalist spielt hierzulande noch immer die Statistenrolle des Chronisten – Loblieder aufs Recherchieren hin oder her. Er berichtet als Chronist, was andere Rechercheure für ihn berichten. Das «Recherchieren» beschränkt sich im Durchschnittsfall auf ein Telefon an die andere Seite, damit man auch ja schön ausgewogen ist. Der Midonas-Fall ist ein Schulbeispiel dafür, welch absurde Blüten der Ausgewogenheitsjournalismus treiben kann.

Erinnern wir uns kurz an die Beweislage: Das Manifest war diesmal in der komfortablen Lage, über Ersthand-Informationen zu verfügen. Alles, aber auch wirklich alles, was zur Zusammenarbeit Cincera–EMD gesagt wurde (siehe «Leserzeitung» vom 30. März), stützte sich auf hochoffizielle Midonas-Dokumente und auf Aussagen von Midonas-Verantwortlichen. Also alles klar? Weit gefehlt! Auf die manifesten Enthüllungen reagierte Gnägis EMD mit einer Dementi-Konferenz. Dort wurde von Obersten, die wohl nie rot werden, die abstruse Version verbreitet, bei den inkriminierenden Unterlagen handle es sich bloss um Spielmaterial, unverbindliche Computerspiele – sozusagen um Exhibitionismus, allenfalls Petting, aber aufs ganze sei man ganz, ganz sicher nicht gegangen.

Anderntags standen in der Presse jene stereotypen Floskeln, die in solchen Fällen zum Ritual geworden sind: «Behauptung gegen Behauptung», «Aussage gegen Aussage» usw. Das Ritual kann bei beliebigen Inhalten durchgeführt werden. Denn vom Inhalt einer Sache wird bei diesem Formaljournalismus bequemerweise abstrahiert. Ein Dementi kann noch so lächerlich und unsinnig sein – «Behauptung» und «Behauptung» werden einander gleichwertig gegenübergestellt. Auch wenn jeder Journalist, der sich mit der Materie befasst hat, weiss, für welche Behauptung die vorliegenden Fakten sprechen – der Leser erfährt nicht, welches die plausiblere, durch Fakten gedeckte Version ist. Von Formaljournalisten wird berichtet, nicht gewichtet. Fachidiotie gibt es halt auch im Journalismus.

Blenden wir zu einem anderen Beispiel zurück. Als das DM zu Dutzenden Karteikarten aus Cinceras Archiv mit nichtöffentlichen, erschnüffelten Personalinformationen vorlegte, wurde in der Regel nicht geschrieben, Cincera registriere Erschnüffeltes. Nein, ausgewogen wurde formuliert: «Das DM behauptet, Cincera registriere Personen, was von Cincera dementiert wird.» Behauptung gegen Behauptung, Beweise hin oder her.

Nebst den Ausgewogenheitsfetischisten gibt es nach wie vor die Verdrängungskünstler. Da wird tief in die journalistische Trickkiste gegriffen – wenn man nur nicht über die Fakten schreiben muss. Da werden zuhauf abschwächende Anführungszeichen verstreut, damit man von «Beweisen» und nicht von Beweisen schreiben kann. Da wird lässig «Nichts Neues!» ausgerufen und «die alte Platte» bemüht. Da wird auf die «Fischer im trüben» gezielt, wobei die Kritik seltsamerweise die Fischer und nicht das Trübe meint. Oder da werden die Enthüller zu Kranken gemacht, zu «Monomanen» mit «verbissener Wut».

Noch plumper jene Gazetten, die das Unangenehme einfach aus ihren Spalten verbannen. Ein Zürcher Weltblatt, das laut Werbung «besser informiert», referierte lediglich die EMD-Variante. Und ein Berner Tagblatt, das stark im Kommen ist, brachte bloss wenige Zeilen über eine SPS-Forderung zum Thema – sonst nichts. Die Presse, vierte Gewalt . . .

Jürg Frischknecht

PS: Zugegeben, es gab erfreuliche Ausnahmen. Doch für einmal interessierte mich die Herde der schwarzen Schafe.

SSS STUDENTEN SCHREIB-SERVICE

Reinschriften/Dissertationsdruck
Telefon (01) 32 00 88

STUDENTEN-SCHREIB-SERVICE
Sonneggstrasse 26
8006 Zürich

Reinschriften: Dissertationen, Lic.- und Sem.-Arbeiten. Vorschriftsmässig und druckfertig ab Manuskript, auf IBM-Kugelkopf-Maschinen mit Film- und Korrekturband, 20 verschiedene Schriften inkl. Zeichen und Symbole.

Dissertationsdruck: Als Spezialisten bieten wir: Fachgemässe Ausführung, kürzeste Lieferfristen, günstigste **alles-inklusive-Preise** (inbegriffen: Verkleinerung der Vorlage, Offsetdruck, farbiger Umschlag, Titelsatz, Zusammenstellen und Rückenleimen)

Schnelldruck

(von einer Vorlage)	1-seitig	2-seitig
	Fr.	Fr.
30 Exemplare	4.50	9.--
50 Exemplare	5.50	10.50
100 Exemplare	7.50	14.50
500 Exemplare	28.--	52.--
1000 Exemplare	40.--	73.--

Öffnungszeiten: Mo–Fr 08.30–11.30 / 13.00–17.00

Fotokopien
Telefon (01) 47 35 54

KIOSK SONNEGG 25
Sonneggstrasse 25
8006 Zürich

Fotokopien: – Normal 20 Rp. – mit Legi 15 Rp.
Kopien auf Normalpapier (Xerografisches Verfahren)

Öffnungszeiten: Mo–Fr 08.30–18.30 / Sa 10.00–13.00

Wer im Flitzer gern mal sitzenbleibt.
Wer Schirm und Schutz gewährt – und nutzt.
Wem daher auch der Regen zum Vergnügen wird.
Wer das Echte liebt – der raucht Gauloises.
Würzig und unverwechselbar im Tabak.

GAULOISES

Interview mit dem Zürcher Anwaltskollektiv

Steine aus dem Rechtsweg räumen

Wie teuer und schwierig es ist, zu seinem Recht zu kommen, hat Jürg Frischknecht aus eigener Erfahrung geschildert. Dass der Rechtsweg für die sozial Schwachen unserer Gesellschaft steinig ist, bestätigt uns auch das Anwaltskollektiv Zürich, welches nun schon über drei Jahre Erfahrung hat. Das Kollektiv ist aber selbst gerade ein praktischer Versuch, die Benachteiligung durch den Justizapparat für breite Schichten aufzuheben: durch prononciertes Engagement, insbesondere auch durch die Rechtsauskunft. Trotzdem ist für das Anwaltskollektiv die Frage nicht zum vornherein geklärt: ob es sich lohnt, sich in der Justiz zu engagieren. Die Redaktion

das konzept: Es ist eine Volksweisheit: Sich mit der Justiz einzulassen ist eine Geldfrage. Die Spiesse sind nicht für alle gleich lang, aber nicht nur, was das Geld anbelangt. Wie seht ihr eure Aufgaben und eure Problematik?

Anwaltskollektiv: Die Forderung «Zerstört den Justizapparat» wird von der Mehrheit der lohnabhängigen Klasse nicht verstanden, ja sogar als kontraproduktiv aufgefasst, weil für sie Institutionen wie etwa Arbeitsgericht, Mietgericht, Sozialversicherungsgericht soziale Errungenschaften ihrer Geschichte sind. Diese zu zerstören ist für sie widersinnig.

Das Gespräch mit dem Anwaltskollektiv führten Jürg Frischknecht und Ruedi Küng.

Davon müssen wir in unserem Beruf zwangsläufig ausgehen. Das heisst, wir müssen die Möglichkeiten, welche sich durch diese Errungenschaften ergeben, und den Spielraum in der Rechtsanwendung ausnützen. Anderseits stellen wir fest, dass immer mehr Konflikte nicht mehr auf der Ebene solcher Institutionen ausgetragen werden. Die strukturelle Gewalt wird immer intensiver, das Netz der sozialen Kontrolle engmaschiger. Stichwort: Verrechtlichung der Politik.

Die wirtschaftlichen Einheiten (Betriebe, Immobiliengesellschaften usw.) werden grösser. Dadurch konzentriert sich die Erfahrung, Konflikte zu regulieren. Diese Erfahrung fliesst dann in die internen Reglementierungen, Gesamtarbeitsverträge, Kollektivverträge auf Betriebsebene, Statuten usw. und in deren Organe. Dies ist aber eine ambivalente Situation: Einerseits sind diese Institutionen Errungenschaften, anderseits werden sie teilweise von der gesellschaftlichen Entwicklung überholt.

Wer und wie viele Leute sind auf ein Anwaltskollektiv, wie ihr es seid, angewiesen? Erfüllt ihr so etwas wie die Funktion einer «juristischen Poliklinik»?

Unser Zielpublikum sind die Unter- und Nichtprivilegierten. So vertreten wir Arbeiter und Angestellte gegen Unternehmer, Mieter gegen Vermieter, Angeklagte gegenüber einem überbordenden Strafanspruch des Staates usw. Unsere Erfahrungen zeigen, dass in diesen Schichten ein grosses Bedürfnis nach rechtlicher Versorgung besteht. Dieses Bedürfnis versuchen wir zu befriedigen.

Wie erklärt ihr euch dieses Bedürfnis?

Einen der Gründe sehen wir in der Vereinzelung des Menschen, in der Schweiz extrem verbreitet: Jeder – auf sich selbst gestellt – sieht sich vermehrt mit den Auswirkungen der sturkturellen Gewalt konfrontiert. Will er in dieser Auseinandersetzung aktiv seine Interessen wahrnehmen, so bleibt ihm praktisch nur der Rechtsweg offen.

Wenn ihr den einzelnen auf diesem Rechtsweg unterstützt, so bleibt ihr völlig systemimmanent.

Wir leisten im Anwaltskollektiv Anwaltsarbeit. Damit arbeiten wir auf der Ebene des Rechts. Wenn wir einen Prozess führen, dann müssen wir diesen auf Grund der bestehenden Gesetzesbestimmungen gewinnen. Dies schränkt stark ein. Eine systemimmanente Arbeit, die sonst aber in diesem Ausmass kaum wahrgenommen würde.

Weshalb nicht?

Wir müssen dabei drei Bereiche unterscheiden:
– Einmal verursacht ein Anwaltsbüro relativ hohe fixe Spesen. Zudem ist das Anwaltseinkommen normalerweise überdurchschnittlich hoch. Folge ist, dass z. B. Forderungsprozesse mit kleinem Streitwert kaum vor Gericht durch Rechtsanwälte geführt werden. Im Strafbereich liegt die Entschädigung der amtlichen Verteidiger unter dem üblichen Anwaltstarif.
Die beruflich ausgerichtete Organisationsform der Rechtsanwälte führt weiter dazu, dass viele Leute vor den Anwälten Angst haben und ihre Hilfe deswegen gar nicht in Anspruch nehmen. Diese sog. Schwellenangst heisst oftmals Angst vor einer allzu hohen Rechnung und Angst, gar nicht verstanden zu werden.
– Zweitens: Auch der Justizapparat hat seine Art und Weise, Rechtssuchende abzuschrecken: Die Prozesskosten können sehr hoch sein; der Rechtssuchende gerät in eine ihm völlig fremde Welt: Er findet sich routinierten Justizbeamten gegenüber, er hat keinerlei Kenntnis, keine Vorstellungen, wie diese Welt der Justiz funktioniert, und fühlt sich daher oftmals überfordert.
Drittens: Die Gesetze benachteiligen – von ihrem Inhalt her – die Arbeiter und Angestellten, d. h. sie sind parteiisch.

Habt ihr Beispiele dafür?

Ja, viele. Anzuführen ist etwa die fristlose Entlassung eines Arbeiters, wenn der Arbeitgeber eine juristische Person ist: Hier kann die Arbeitgeberseite als Zeuge einvernommen werden, während die Aussagen des Arbeiters nicht als Zeugenaussage gelten und damit nicht die gleiche Beweiskraft haben wie jene des Arbeitgebers.

Ein anderes Beispiel ist das Versicherungsvertragsgesetz: In mehreren Punkten ist dies ein typisches Lobby-Gesetz der Versicherungsgesellschaften. Der Versicherungsnehmer ist den vorgedruckten Versicherungsbedingungen hoffnungslos ausgeliefert.

Dies sind hauptsächliche Punkte, weshalb die Wahrnehmung und Durchsetzung der Rechte der Arbeiter und Angestellten in vielen Fällen scheitern muss.

Was habt ihr dem entgegenzustellen?

Als wir das Anwaltskollektiv vor drei Jahren gründeten, wollten wir wissen, ob kollektive Arbeit politisch wirksamer ist als die Arbeit eines Einzelanwaltes mit seiner Sekretärin.

Das bestätigte sich: Die Kosten verteilen sich auf viele, informationsintensive Zusammenarbeit ist möglich, die Arbeit wird damit rationeller. Als Kollektiv haben wir aber auch grössere Möglichkeiten, Prozesse zu führen, an denen ein grundsätzliches Interesse im Sinne der Rechtsentwicklung besteht, die aber ein einzelner allein wegen der hohen Kosten nicht führen kann.

Entsteht dabei nicht ein Konflikt zwischen dem übergeordneten Interesse (Rechtsentwicklung) und demjenigen des Klienten? Ich denke dabei an ein «Verheizen» des Klienten.

Damit nicht die Gefahr des «Verheizens» aufkommt, ist es nötig, dass die Angelegenheit mit dem Klienten genau besprochen wird. Der Prozess wird nur dann durchgezogen, wenn der Klient damit einverstanden ist. Die meisten dieser Verfahren wie z. B. die verschiedenen Beschwerden an die Europäische Menschenrechtskommission wurden mit politisch bewussten Klienten durchgeführt. Das muss man beachten.

Uns als juristischen Laien fällt als erstes an eurem Kollektiv die Rechtsauskunftsstelle auf. Was hat diese Stelle für eine Bedeutung?

Wir richten diese Dienstleistung ein, weil sie die wichtigste Grundlage zur rechtlichen Versorgung möglichst vieler Leute darstellt. Die Rechtauskunft ist nur deshalb möglich, weil wir als Kollektiv arbeiten.

Ihr erfüllt also als Kollektiv eine wichtige Funktion:

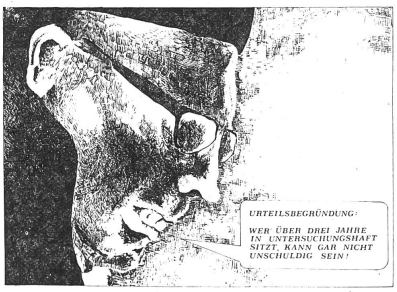
Wir können uns aber nicht einfach damit begnügen, zu sagen, es ist gut, dass die Linken und die Leute mit wenig Geld wissen, dass wir sie verteidigen und beraten. Die Frage, ob unsere Arbeit nur im Interesse des bürgerlichen Staates steht und nur in diesem Interesse erledigt werden kann – diese Frage müssen wir uns jeden Tag stellen.

Adressen

Bern: Büro Hammer, Haller, Nuspliger, Montbijoustr. 22, 3011 Bern (031/25 25 38). Das Büro (drei Anwälte und zwei Sekretärinnen) ist demokratisch organisiert (Löhne, Entscheidungen in Angelegenheiten des Büros). Die Tarife werden nach einem Schlüssel (innerhalb des Dekretes des Grossen Rates) nach Einkommen der Klienten abgestuft.

Basel: Büro Dr. H. Lüscher, Philippe Zogg, Picassoplatz 8, 4051 Basel (061/23 94 18). Wenden innerhalb den Bestimmungen der Baselstädtischen Anwaltskammer einen Sozialtarif an.

Das Anwaltskollektiv **Zürich** hat sein Büro an der Badenerstrasse 89, 8026 Zürich, (01/241 24 33).



Sozialarbeit im Dilemma: Anpassung oder Verelendung

Damit sie wieder funktionieren

Von unserem Mitarbeiter Jürgmeier

Immer wieder geraten Sozialarbeiter unter Beschuss, werden sie als verkappte Linksextremisten diffamiert. Schwierigkeiten an verschiedenen Schulen für soziale Arbeit, Entlassung von Sozialarbeitern aus politischen Gründen – insbesondere in Jugendhäusern – dokumentieren dies. Auch wird bei sozialen Institutionen zuerst gespart. Die Stadt Zürich zum Beispiel hat kürzlich einen Teil der Beiträge an die Schule für Soziale Arbeit gestrichen. Den Schülern droht jetzt eine hundertprozentige Erhöhung der Schulgelder. Bedeutet all dies, die Mächtigen hätten kein Interesse an der Sozialarbeit? Dient Sozialarbeit nicht der Erhaltung, sondern der Veränderung unserer Verhältnisse? Anhand von Literatur und Gesprächen mit Sozialarbeitern hat Jürgmeier einige kritische Bemerkungen zu diesen Fragen zusammengestellt. In der nächsten Nummer veröffentlichen wir Stellungnahmen und Erfahrungen von Sozialarbeitern (-innen). *Die Redaktion*

Sozialarbeit dient der Anpassung derjenigen Menschen, die bisher nicht den herrschenden Normen unterworfen werden konnten. Wer in unserer Gesellschaft auffällig wird – durch Kriminalität, Verwahrlosung, Drogenabhängigkeit, psychische Erkrankung, Behinderung usw. –, der wird an soziale Institutionen weitergeleitet. Aus diesen wird er erst wieder entlassen, wenn er sich den «normalen» Lebensformen angepasst hat. Er wird wieder in dasjenige soziale Umfeld integriert, das ihn zum «Sozialfall» machte und mit einiger Wahrscheinlichkeit zum «Rückfälligen» machen wird.

Der Sozialarbeit haftet der Hauch von *Ineffizienz* an. Um sich zu rehabilitieren, um produktiv zu werden, muss Sozialarbeit ihre gesellschaftliche Wirksamkeit dadurch sichtbar machen, dass sie die Menschen wieder funktionstüchtig macht; das bedeutet vor allem, sie wieder als Arbeitskräfte verfügbar zu machen.

Sozialarbeit macht abhängig

Mehr und mehr ist der Mensch gefährdet, von sozialen Institutionen *abhängig* zu werden. Die Sozialarbeit, die in befähigen sollte, sein Leben wieder selbst zu gestalten, entlässt ihn allzu häufig nicht mehr aus ihrem Einflussbereich. Ein konkreter Grund dafür besteht im Leistungsnachweis, den viele Sozialarbeiter gegenüber ihrem Arbeitgeber erbringen müssen. In den Zürcher Jugendsekretariaten beispielsweise sind die Sozialarbeiter verpflichtet, jährlich 120 Fälle zu führen (in Basel 60). Die Folge davon: Erziehungsaufsichten, Betreuungen verschiedenster Art werden auch dann weitergeführt, wenn sie längst abgeschlossen werden könnten, nur damit der betroffene Sozialarbeiter Ende Jahr genügend «laufende Akten» vorweisen kann.

Schmidbauer zeigt zudem in seinem Buch «Die hilflosen Helfer» (Rowohlt 1977) auf, dass vor allem auch die Helferpersönlichkeit die «Klienten» an einer wirklichen Verbesserung im Sinne von mehr Selbstbestimmung hindert. Denn: Die Emanzipation des «Klienten» – wie die Betroffenen in der Helfersprache genannt werden – würde den Sozialarbeiter erübrigen. Schmidbauer formuliert es sehr pointiert: *«Wenn es dem Klienten gutgeht, geht es dem Helfer schlecht.»* Er weist auf einen Teufelskreis hin: Der Sozialarbeiter stützt den Betroffenen, weil dieser so schwach sei; der Betroffene aber ist so schwach, weil er vom Sozialarbeiter gestützt wird.

Sozialarbeit verschleiert

Die Schwierigkeiten, mit denen die Menschen zu kämpfen haben, die mit Sozialarbeit in Kontakt kommen, sind gesellschaftlich bedingt. Aber: Sozialarbeit behandelt diese sozialen Missstände als *individuelles* Versagen. Sie sieht das Veränderungsbedürftige oft nur beim einzelnen. Nicht die Wohn- und Arbeitsbedingungen werden als krankmachend entlarvt und entsprechend verändert, sondern jene Minderheit, der es nicht auf Anhieb gelingt, sich ihnen zu unterwerfen und «normal» zu funktionieren. Diese Minderheit, die da auffällig wird, muss nachträglich mit Sozialarbeit, Psychotherapie, Psychopharmaka diesen Wohn- und Arbeitsbedingungen unterworfen werden. Wo dies nicht gelingt, werden Menschen in soziale Ghettos eingewiesen. *Sozialarbeit schützt unsere Gesellschaft vor sozialer Unruhe, vor dem sozialen Zusammenbruch.* Sie verpflastert die grössten Wunden, die durch unsere gesellschaftlichen Verhältnisse verursacht werden.

Soll also die Hilfe am einzelnen, diese Feuerwehrarbeit, dieses Flickwerk, das letztlich gesellschaftliche Missstände verschleiert und damit betoniert, eingestellt werden? Bis sich die Verelendung zur sozialen Krise – zur Revolution, wie einige hoffen – auswächst? Verelendung aber nützt niemals den direkt Betroffenen – denn: Es ist ihre persönliche Verelendung. (Gewiss, auch die Einzelhilfe, die heute das individuelle Los einzelner mildert, schadet letztlich wiederum *einzelnen,* weil die von ihr unangetasteten sozialen Randbedingungen immer wieder individuelle Störung bewirken müssen.) Die erhofften sozialen Unruhen würden sich – bei den bestehenden Machtverhältnissen – kaum im Sinne der erhofften Veränderung auswirken.

Sozialarbeit kommt nicht um das Dilemma herum, Einzelhilfe weiterzuführen. Im Interesse der Benachteiligten und Unterprivilegierten – und leider auch im Interesse der Herrschenden. Allerdings muss sie sich mit einer *Sozialpolitik* verbünden, die die Veränderung des engeren und weiteren sozialen Umfelds des Menschen zum Ziel hat.

In die soziale Umgebung des einzelnen eingreifen

Diejenigen Sozialarbeiter, die an einer Veränderung der gesellschaftlichen Situation interessiert sind, sehen für die Sozialarbeit nur sehr wenig Möglichkeit, in dieser Richtung wirksam zu werden: Eine liegt in der *Gemeinwesenarbeit,* die da ansetzt, wo die soziale Störung beim einzelnen noch nicht zu ausgeprägten Schwierigkeiten geführt hat. Gemeinwesenarbeit versucht, Bürgerinnen und Bürger vermehrt miteinander in Kotakt zu bringen, ermutigt sie, über gemeinsame Probleme miteinander zu sprechen und sich für gemeinsame Bedürfnisse (Kinderspielplatz, autofreies Quartier, Freizeitzentrum usw.) zu organisieren. Hier wird versucht, den einzelnen aus seiner Isolation herauszuführen und ihm das Erlebnis zu vermitteln, dass er gemeinsam mit anderen etwas bewirken kann. Auch gegenüber mächtigen Institutionen.

Von der Sozialarbeit zur Sozialpolitik

Im Rahmen der Gemeinwesenarbeit arbeiten Sozialarbeiter intensiv mit Behörden und Institutionen zusammen. Sie versuchen, in Kommissionen (Planung, Verkehr, Schule usw.) kleine Schritte zur Verbesserung der sozialen Bedingungen zu erreichen. Hier versucht die eine oder der andere auch, mit Hilfe von Gesprächsführung und gruppendynamischen Techniken bei den Mächtigen selbst keine Veränderungen zu bewirken.

Diese Strategie kann allerdings nur erfolgreich sein, wenn es zur Zusammenarbeit mit denjenigen kommt, die sich zur direkten Konfrontation mit den Mächtigen entschieden haben. Denn die Hoffnung, dass diese gesellschaftlichen Bedingungen durch die mit Gruppendynamik, Persönlichkeitsbildung, Kreativitätstraining usw. bearbeiteten Machthaber selbst geändert werden, ist eine Illusion. Sozialarbeit muss verknüpft werden mit einer Sozialpolitik, die eingreift in die grundlegenden gesellschaftlichen Verhältnisse.

Anpassung der Wirtschaft an die menschlichen Grundbedürfnisse, befriedigende Arbeitssituation, andere Wohnverhältnisse, Demokratisierung von Wirtschaft und Politik usw., dies alles wären wesentliche Beiträge dafür, dass der Mensch sich besser entfalten könnte. Diese Veränderungen kann die Sozialarbeit jedoch nur in Zusammenarbeit mit allen anderen Kräften, die an einer wirklichen Verbesserung der Lebenssituation Benachteiligter interessiert sind, erreichen, mit Gewerkschaften, Bürgerinitiativen, Parteien usw.

«das konzept» wird in nächsten Nummern über Projekte, die dem hier aufgezeigten Ansatz folgen, vorstellen. Bisher haben wir über alternative Psychiatrie berichtet, vgl. die Nrn. 10/74, 6/75 (gegen je 1.50 Fr. in Briefmarken bei der Redaktion).

Fürsorge im Wohlstand

Mein Traum ist eine Fürsorge ohne jede Wohltätigkeit, und eine Gesellschaft, wo die Wohltätigkeit überflüssig wäre . . .

Ich bin dazu da, die Geldpumpe in Gang zu bringen, wenn jemand sein Recht nicht bekommt, wenn er mit Geldentzug bestraft wird, weil er krank, arbeitsunfähig oder arbeitslos ist, wenn er eine armselige Rente bezieht, wenn eine Frau ihre Kinder allein aufziehen muss. Ein klug ausgedachtes System, das die Fortdauer einer Politik des sozialen Unrechts gewährleistet; einer Politik der Almosen, die der Staat, und der niedrigen Löhne, die der Arbeitgeber zahlt. In diesem System bin ich ausserordentlich nützlich: ich erleichtere das schlechte Gewissen der Profitgesellschaft, indem ich ihre «Abfälle» wiederbrauchbar mache: jene ihrer Mitglieder, die sie zerstampft und weggeworfen hat; ich soll unmenschliche Methoden «humanisieren» und allgemeingültige Probleme individuell behandeln.

*

Ich muss gestehen, dass ich meinen ganzen Mut zusammenraffen muss, um morgen meine Sysiphusarbeit wieder aufzunehmen. Meine Klienten kranken an ihrer Mittellosigkeit, an ihrem Mangel an Kultur, an der Bürokratie, an der irrsinnigen Lebensweise in Gesellschaft und Familie. Ich bin ein Arzt, der eine Diagnose stellen kann, aber nur Beruhigungsmittel zur Verfügung hat.

Ich kann nicht nur nichts ändern an dem chronisch-materiellen Elend meiner Klienten; ich kann ihnen auch keine Erniedrigung ersparen. Das Geld beeinträchtigt meine Beziehungen zu ihnen und ihr Verhalten mir gegenüber. Oft sind sie aggressiv oder unterwürfig, aber immer sind sie verlegen, wenn sie zu mir kommen, und ich geniere mich ihretwegen.

In gewisser Weise erkaufe ich mir das Vertrauen meiner Klienten, und es kommt vor, dass ich es verliere, wenn ich nicht einen entsprechenden Preis dafür zahle.

*

Mein Büro ist eine Art Beichtstuhl oder eine – dilettantische – psychoanalytische Beratungsstelle, und ich bin vom Erfolg dieser Art der Aussprache keineswegs überzeugt. Für meine Klienten, die hauptsächlich an ihrer Einsamkeit kranken, ist mein Büro vielleicht auch nur eine Isolierzelle, die sie ebenso einsam wieder verlassen.

Ich glaube, man müsste versuchen, auch Probleme der Intimsphäre kollektiv zu behandeln, besonders solche, die an gesellschaftliche Verhältnisse gebunden sind. Nichts erleichtert einen mehr, als festzustellen, dass man mit seiner physischen oder psychischen Mühsal nicht allein dasteht.

*

Unsere Arbeit wäre erfolgreicher, wenn wir uns über den einzelnen «Fall» hinaus mit den grossen Problemen global befassten: Fremdarbeiter, Rentner, Frauen, Jugendliche; wenn wir an die Ursachen herangingen und nicht immer nur an die Folgen. Wenn ich solche Vorschläge mache, wird mir immer vorgeworfen, ich «mache Politik». Politik und Fürsorge seien zwei unvereinbare Dinge.

Politik machen wir alle, seit eh und je; als Fürsorgerinnen befolgen wir eine gewisse politische Richtung, die die Machthaber im Staat uns vorschreiben. Unablässig sind wir bestrebt, für unsere Klienten erträglich zu gestalten, was in Wirklichkeit unerträglich ist, weil es ihrer Menschenwürde widerspricht.

*

Es geht nicht darum, eine Hilfstechnik zu vervollkommnen: ich möchte neuartige Beziehungen zu meinen Klienten herstellen, alle Schranken zwischen ihnen und mir zu Fall bringen. Ich möchte sie davon überzeugen, dass ich voll und ganz auf ihrer Seite bin, dass ich mit ihnen kämpfen will für eine gerechtere und menschlichere Gesellschaft.

Madeleine Prudhomme

Textauszug aus dem Buch «Fürsorge im Wohlstand – ein Bericht aus Frankreich», das 1977 im Verlag Frauenpolitik in deutscher Übersetzung herausgekommen ist. Die Autorin, Madeleine Prudhomme, zieht nach 30jähriger bewusster Sozialarbeit Bilanz: 120 S., 9.30 Fr.

Die Frage der Vereinigung Koreas

Das Manöver, «zwei Koreas» zu fabrizieren, muss verhindert werden

Das koreanische Volk ist eine homogene Nation. Die grösste Sehnsucht unseres Volkes ist deshalb die Herbeiführung der nationalen Vereinigung.

Wir bestehen darauf, dass die Frage der Vereinigung Koreas selbständig, ohne fremdländische Einmischung und nicht durch einen Krieg, sondern auf friedlichem Weg gelöst werden muss. Ausserdem halten wir es für erforderlich, die Vereinigung

Auszug aus dem Interview des Präsidenten der KDVR mit dem Chefredaktor der französischen Zeitung «Le Monde»

des Landes auf der Grundlage des gesamtnationalen grossen Zusammenschlusses, ungeachtet der Unterschiede bezüglich der Ordnung und der Religion, herbeizuführen.

Die drei Prinzipien zur Vereinigung des Heimatlandes – Selbständigkeit, friedliche Vereinigung, grosser nationaler Zusammenschluss –, auf denen wir bestehen, sind bereits in der Welt verkündet worden; sie sind in weitem Masse bekannt.

Es kann natürlich bei der Lösung der Frage der Vereinigung unseres Landes verschiedene Schwierigkeiten geben. Die Vereinigung unseres Landes kann aber durchaus herbeigeführt und muss auch unbedingt verwirklicht werden, denn das ganze Volk in Nord- und Südkorea hat den einmütigen Wunsch nach Vereinigung.

Zurzeit bestehen im Norden und im Süden unseres Landes gesellschaftspolitische Ordnungen, die sich voneinander unterscheiden; hier leben Menschen mit unterschiedlichen Ideen und Religionen. Mag es unter diesen Bedingungen nicht möglich sein, unverzüglich die Vereinigung bezüglich der Ordnung und Ideologie sowie Religion zu verwirklichen, so wollen wir aber in erster Linie die nationale Vereinigung erringen. Es geht vor allem darum, zur Vereinigung der Nation zu gelangen. Wir erachten die Vereinigung bezüglich der Ordnung und der Ideologie wie auch der Religion als eine zweitrangige Frage.

Das koreanische Volk ist eine homogene Nation; ihm gehören die gleichen Landsleute mit einer gemeinsamen Sprache und einer gleichen Geschichte an; deshalb kommt es vor allem darauf an, ungeachtet der Ordnung und der Religion, der Ideologie und des Ideals die Vereinigung der Nation zu erzielen.

Es ist möglich, dass innerhalb eines Landes zwei Ordnungen bestehen, die sich voneinander unterscheiden, dass es in einer Nation Menschen gibt, deren Ideen und Ideale verschieden sind. Geht man von dem Prinzip aus, dass alles der Erfüllung der höchsten nationalen Aufgabe – der Vereinigung des Landes – untergeordnet wird, so können die Unterschiede bezüglich der Ordnung, der Ideen und Ideale durchaus überwunden werden.

Wir halten es für den vernünftigsten Weg zur nationalen Vereinigung, dass unter Beibehaltung der im Norden und im Süden bestehenden zwei Ordnungen die Konföderation durchgeführt wird.

Wir bestehen auf der Bildung einer gesamtnationalen konföderativen Regierung, und zwar auf der Grundlage, dass wir die sozialistische Ordnung Südkorea nicht aufzwingen und auch die südkoreanischen Herrscher davon absehen, ihre Gesellschaftsordnung uns aufzubürden, ungeachtet der Ordnung und Religion, der Ideen und Ideale.

Sie haben in Ihrer Frage die Konföderation, auf der wir bestehen, mit der Konföderation in Verbindung gebracht, von der einst in Deutschland die Rede war. Doch die von uns vorgeschlagene Nord-Süd-Konföderation unterscheidet sich in ihrem Charakter grundsätzlich davon. Die Nord-Süd-Konföderation, die wir durchführen wollen, hat zum Ziel, eine ewige Spaltung der koreanischen Nation in zwei Teile zu verhüten und das Land auf dem Prinzip des grossen nationalen Zusammenschlusses ohne jegliche Vorbedingungen auf friedlichem Wege zu vereinigen, einer fremdländischen Aggression gegen Korea Einhalt zu gebieten und die volle Souveränität und Unabhängigkeit unserer Nation zu sichern.

Wir treten mit aller Entschiedenheit gegen die Spaltung unseres Landes in «zwei Korea» auf. Die Durchführung der Nord-Süd-Konföderation entspricht voll und ganz den gemeinsamen Interessen der ganzen Nation.

Für unsere Nation ist es sehr viel nützlicher, wenigstens die Konföderation durchzuführen und

Kim Il Sung
Präsident der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik

somit zur nationalen Vereinigung zu gelangen, als dass unser Land in «zwei Korea» geteilt bleibt.

Die Durchführung der Konföderation ermöglicht es, das gegenseitige Verstehen zwischen dem Norden und dem Süden weiter zu beschleunigen und den grossen nationalen Zusammenschluss zu festigen. Das ist auch von grosser Bedeutung für den Schutz unseres Landes vor einer ausländischen Aggression.

Der zuverlässige Schutz des Heimatlandes vor einer ausländischen Aggression ist nur durch den nationalen Zusammenschluss und die Vereinigung möglich. Unser Land war in der Vergangenheit infolge der ausländischen imperialistischen Aggression 36 Jahre lang Kolonie eines fremden Landes. Es kann geschehen, dass unsere Nation erneut von fremden Ländern überfallen und ihr ein Leben in kolonialer Sklaverei aufgezwungen wird, wenn sie die Vereinigung nicht erreicht und weiterhin gespalten bleibt.

Auch in der Hinsicht, die Spannung in Korea zu beseitigen und zum Frieden und zur Sicherheit in der Welt beizutragen, ist es von grosser Bedeutung, dass die Nord-Süd-Konföderation durchgeführt und der nationale Zusammenschluss erreicht wird.

Heute besteht das grösste Hindernis für die Lösung der Frage der Vereinigung unseres Landes in der Okkupation Südkoreas durch die USA-Truppen, die Truppen eines fremden Landes.

Wir haben bereits zum wiederholten Mal erklärt, dass wir nicht gewillt sind, den «Süden zu überfallen» und Südkorea unsere Ordnung aufzuzwingen. Unter dem Vorwand der Abwendung eines erfundenen «Angriffs gegen den Süden» halten jedoch die USA-Truppen nach wie vor Südkorea besetzt, was auf die Verhinderung der Vereinigung unseres Landes abzielt.

Unser Volk wird die Frage der Vereinigung des Landes durchaus selbständig auf friedlichem Wege lösen können, wenn die USA-Truppen aus Südkorea abziehen und in der südkoreanischen Gesellschaft die Demokratie zur freien Tätigkeit der Bevölkerung gewährleistet wird.

Unser Land verfügt über eine grosse Bevölkerungszahl, fruchtbare Felder und ist sehr reich an Bodenschätzen. Unser Volk kann einen reichen und starken, souveränen und unabhängigen Staat aufbauen und ein Leben in Wohlstand führen, ohne jemanden beneiden zu müssen, wenn nur die Vereinigung des Landes herbeigeführt wird.

Wir glauben fest daran, dass die selbständige friedliche Vereinigung Koreas entsprechend dem gemeinsamen Wunsch der ganzen Nation ganz bestimmt verwirklicht werden wird.

Als nächstes fragten Sie mich nach meiner Meinung zur Politik der Carter-Administration bezüglich der Frage des Abzuges der USA-Bodentruppen aus Südkorea. Ich möchte dazu einiges sagen.

Bei seinen offiziellen Wahlversprechungen erklärte Carter, dass er die USA-Truppen aus Südkorea abziehen werde. Wir erachten diese offiziellen Versprechungen Carters als positiv. Denn mit dem Abzug der USA-Truppen aus Südkorea wird eines der Probleme gelöst, die ein Hindernis für die Vereinigung unseres Landes darstellen.

Nach der Machtübernahme wird jedoch von der Carter-Macht erklärt, dass die USA-Truppen innerhalb von 4 bis 5 Jahren etappenweise aus Südkorea abziehen werden. Das steht nach meiner Ansicht in gewissem Grade im Widerspruch zu den offiziellen Versprechungen, die Carter bei den Wahlen abgegeben hat. Die Amtszeit des Präsidenten beträgt in den USA 4 Jahre, und die Erklärung über den etappenweisen Abzug der USA-Truppen aus Südkorea innerhalb von 4 bis 5 Jahren ist gleichbedeutend damit, dass die USA-Truppen aus Südkorea nicht abziehen werden, solange Carter Präsident bleibt. Ein Zeitabschnitt von 4 bis 5 Jahren ist zu lang.

Man spricht auch davon, dass man selbst im Falle des Abzuges der USA-Truppen aus Südkorea keinen vollständigen Abzug vornehmen, sondern die Luftwaffe belassen wolle. Ich glaube nicht, dass das richtig wäre. Auch die Luftwaffe gehört zu den Streitkräften. Das Weiterbestehen der USA-Luftwaffe in Südkorea bedeutet praktisch, dass die USA-Truppen nicht vollständig aus Südkorea abgezogen werden. Carter selbst hat natürlich davon nicht gesprochen; das sind Ausserungen seiner Untergebenen.

Es kann jedoch festgestellt werden, dass er jetzt im Hinblick auf eine Frage unzweideutig seine offiziellen Wahlversprechungen verletzt.

Bei seinen offiziellen Wahlversprechen erklärte Carter, dass er gegen jene Macht auftreten werde, die die Menschenrechte mit Füssen tritt. Mit der Erklärung, sie sei gegen jene Macht, die die Menschenrechte unterdrückt, wendet die Carter-Macht jetzt anderen Ländern gegenüber Drohungen und Erpressungen an. Doch sie schweigt gegenüber Südkorea, wo die Unterdrückung der Menschenrechte ihre äusserste Grenze erreicht hat. Mehr noch: Die Carter-Macht verstärkt immer mehr die militärische «Hilfe» für Südkorea und unterstützt die südkoreanische «Macht» politisch und wirtschaftlich. Was ist es sonst, wenn das keine Verletzung der offiziellen Versprechungen sind, die er bei den Wahlen abgegeben hat, er werde gegen die Macht auftreten, die die Menschenrechte unterdrückt!

Ausserdem wird in unserem Land die Spannung der Lage durch die USA verschärft. Die USA setzen weiter hochfliegende Flugzeuge zu Luftaufklärungen über dem nördlichen Teil der Republik ein. In Südkorea stiften sie jeden Tag Unruhen mit ihren Kriegsübungen. Unter Einsatz der Flugzeuge, die auf Okinawa stationiert sind, setzen die USA Bombardierungsmanöver in Südkorea fort. Überall gibt es Bombardierungsmanöverplätze für die USA-Truppen. Aber warum sollten sie in Südkorea Bombardierungsmanöver durchführen? Ich denke, damit handelt die Carter-Administration den offiziellen Wahlversprechungen zuwider, denn sie hat damals erklärt, sie werde für die Entspannung in Korea ihre Truppen aus Südkorea abziehen.

Wie Sie sicherlich in unserem Lande selbst gesehen haben, gibt es heute in unserem Lande keine «Bedrohungen des Südens durch einen Überfall». Im Gegenteil, wir sind aggressiven Bedrohungen ausgesetzt. Während wir dem friedlichen Aufbau nachgehen, setzen die USA militärische Manöver fort, führen Bombardierungsübungen durch, wofür sogar Flugzeuge aus anderen Ländern auf der koreanischen Halbinsel eingesetzt werden.

Mit einem Wort, es gibt zwischen den offiziellen Wahlversprechungen Carters und den gegenwärtigen praktischen Handlungen der Carter-Administration gewisse Differenzen. Da aber Carter erst vor kurzem an die Macht kam und er noch Zeit hat, seine offiziellen Wahlversprechungen künftig zu verwirklichen, verfolgen wir weiter seine Politik.

Memorandum der Regierung der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik (Auszug)

Die Vereinigung Koreas ist das einmütige Bestreben und die Sehnsucht des ganzen koreanischen Volkes und der friedliebenden Völker der ganzen Welt. Im Gegensatz zur Forderung der heutigen Zeit tragen jedoch die auf die Verewigung der Spaltung Koreas gerichteten Machenschaften der inneren und äusseren Spalter zur Fabrizierung von «zwei Koreas» noch offeneren Charakter. Die Regierung der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik veröffentlicht dieses Memorandum, da sie es zur Verhütung der Gefahr einer ewigen Spaltung des Landes sowie zur Beschleunigung der Vereinigung als notwendig betrachtet, die Machenschaften der inneren und äusseren Spalter zur Fabrizierung von «zwei Koreas» vor der ganzen Welt vollständig zu entlarven.

Die Fabrizierung von «zwei Koreas» – die Grundlage der Politik der USA gegenüber Korea

Teile und herrsche! Das ist ein beliebtes Verfahren der Imperialisten. Nachdem die USA 1945 Südkorea okkupiert hatten, verwandelten sie es in ihre Kolonie und zimmerten unter Missbrauch des Namens der Uno die südkoreanische Marionettenmacht zusammen. Anstatt eine Lehre aus dem Koreakrieg zu ziehen, fuhren die herrschenden Kreise der USA nach dem Krieg fort, die Aggressions- und Kriegspolitik gegenüber Korea zu verstärken und stifteten die südkoreanischen Machthaber zur «Vereinigung durch den Sieg über den Kommunismus» an. Aber auch diesem finsteren Plan zur «Vereinigung durch den Sieg über den Kommunismus», der darauf gerichtet war, mit Waffengewalt die Herrschaft über ganz Korea zu errichten, war es nicht beschieden, realisiert zu werden.

Angesichts der von Tag zu Tag wachsenden Macht der KDVR und des revolutionären Kampfes der Völker Asiens gerieten die USA immer tiefer in eine passive Lage. Im Zusammenhang damit erhoben sich in den USA immer lauter Stimmen, die es für notwendig erklärten, die Politik der USA gegenüber Asien und in bezug auf die Verewigung der Spaltung Koreas zu «revidieren». Insbesondere mit der Veröffentlichung der «Nixon-Doktrin» traten die herrschenden Kreise der USA Anfang der siebziger Jahre in die Etappe des offenen Handels für die aktive Durchführung der Machenschaften zur Fabrizierung von «zwei Koreas» ein.

Sofort nachdem 1972 in Korea die Gemeinsame Erklärung des Nordens und des Südens veröffentlicht worden war und der Dialog zwischen dem Norden und dem Süden begonnen hatte, hetzten die USA, die den Dialog für das günstigste Mittel zur Fabrizierung von «zwei Koreas» hielten, die südkoreanischen Machthaber aktiv dazu auf, nicht den Weg der Vereinigung, sondern den Weg der Spaltung zu beschreiten.

Die südkoreanischen Machthaber, die allen im Dialog zwischen dem Norden und dem Süden von unserer Seite vorgebrachten rationellen und realen Vorschlägen durchweg entgegentraten, veröffentlichten schliesslich im Juni 1973 eine sogenannte «spezielle Erklärung» und gingen so weit, die «Politik» der Festigung und Verewigung der Spaltung des Landes offen vor der ganzen Welt zu erklären. Die Machthaber der USA und Japans verbargen nicht, dass diese verräterische Handlung Pak Dschong His mit ihrer Anstiftung begangen worden war. Das Ziel der USA, die Spaltung Koreas zu verewigen, besteht darin, Südkorea für immer als Kolonie und Militärstützpunkt zu behalten sowie unter Ausnutzung dieses Sprungbretts die Herrschaft über Asien und die ganze Welt zu verwirklichen. Die Machenschaften der früheren Machthaber der USA zur Fabrizierung von «zwei Koreas» werden von den heutigen Machthabern der USA fortgesetzt.

Heute posaunen die inneren und äusseren Spalter aus, es sei notwendig, eine «internationale Atmosphäre» für die Fabrizierung von «zwei Koreas» zu schaffen. Gerade zu diesem Zweck haben sie die Doktrin der «Anerkennung des Nordens und des Südens über Kreuz» aufgestellt. «Anerkennung über Kreuz» bedeutet, dadurch «zwei Koreas» zu schaffen, dass der Norden und der Süden Koreas von den sozialistischen und den kapitalistischen Ländern «über Kreuz anerkannt» werden. Diese «Erfindung» zur ewigen Spaltung ist ein Werk der Regierung Ford.

Die «Doktrin vom Eintritt in die Uno», gerichtet auf die Legalisierung der Spaltung

Die derzeitigen südkoreanischen Machthaber greifen zu allen möglichen Machenschaften, um die von den USA und Japan angezettelte «Anerkennung über Kreuz» zu verwirklichen. Indem sie schwätzen, dass die «Herstellung von Beziehungen zu den kommunistischen Ländern Osteuropas mit unterschiedlicher Ordnung und unterschiedlichen Idealen Politik» sei, posaunen sie aus: «Wir begrüssen auch die Anerkennung des Nordens und des Südens über Kreuz durch den Westen und die kommunistischen Länder.» Die Anhänger der «Doktrin der Anerkennung über Kreuz» sagen heute zu ihrer Rechtfertigung, dass eine «internationale Regelung» durch die Grossmächte den Frieden in Korea «garantieren» und ein «rationeller Weg» zur Lösung der Frage der Vereinigung Koreas sein wird. Das ist eine völlig unhaltbare Logik. Die Frage der Vereinigung Koreas ist eine innere Frage des koreanischen Volkes, in die sich ein Dritter nicht einmischen darf. Die Ursache dafür, dass die Spannung in Korea bis heute anhält und dass Korea immer noch gespalten ist, besteht nicht darin, dass es an einer «internationalen Regelung» fehlt, sondern darin, dass sich äussere Kräfte einmischen und spalterische Machenschaften in bezug auf unser Land unternehmen.

Indem die Spalter zu dem Versuch greifen, über die Uno «zwei Koreas» zu schaffen, rechnen sie darauf, die Spaltung Koreas zu legalisieren, und wenden die, heute allgemein praktizierte Gepflogenheit an, dass jedes in die Uno als unabhängiger Staat aufgenommenes Land die internationale Anerkennung seiner Existenz und seiner Position erhält. Aus diesem Grunde waren die Spalter unermüdlich bemüht, die «gleichzeitige Aufnahme» Nord- und Südkoreas «in die Uno» oder die «separate Aufnahme» Südkoreas «in die Uno» zu erreichen. Diese Verfahren zur ewigen Spaltung mittels der Uno gehen ausnahmslos beide nicht vom Ziel der Vereinigung Koreas, sondern vom Ziel der Verewigung seiner Spaltung aus. Die Spalter sagen, die Aufnahme Südkoreas in die Uno wird ein «realer Weg» zur Vereinigung Koreas sein. Das ist jedoch nur Sophistik, die das Ziel hat, die spalterischen Machenschaften zu tarnen. Ihr wahres Ziel ist es, durch die Aufnahme Südkoreas in die Uno die Koreanische Demokratische Volksrepublik zu zwingen, in die Uno einzutreten. Die von den Spaltern unternommenen Versuche, mittels der Uno «zwei Koreas» zu schaffen, sind ausnahmslos unrecht. Wenn der Norden und der Süden Koreas getrennt in die Uno eintreten, dann wird Korea, das sein einheitlicher Nationalstaat war, zu zwei Staaten werden, die international allgemein anerkannt sind, und die Spaltung Koreas wird für immer gefestigt sein. Das heisse Streben des koreanischen Volkes wird dann letzten Endes nicht verwirklicht werden, die Spaltung wird für unbegrenzte Zeit weitergehen, in Korea wird die Lage nicht stabilisiert, und es werden nur eine ständige Spannung und Kriegsgefahr geschaffen.

Die Regierung der KDVR hat bereits wiederholt ihre umwandelbare Position erklärt, die darin besteht, dass sie nicht vor der Vereinigung in die Uno eintreten darf, sondern erst nach der Vereinigung oder höchstens nach der Einführung einer Konföderation als eines einzigen Staates unter dem Staatsnamen «Konföderative Republik Korjo».

Unter dem Vorwand der «Version vom Gleichgewicht der Kräfte» verstärken jetzt die inneren und äusseren Spalter ununterbrochen die Streitkräfte in Südkorea. Die Vereinigten Staaten, die Südkorea militärische «Hilfe» in einer Höhe von 6 Milliarden 847,3 Millionen Dollar gewährt haben, planen jetzt, die «militärische Hilfe» unter dem Vorwand der «Kompensation» für den Abzug der Landtruppen der USA noch mehr zu erhöhen.

Wie alle Tatsachen beweisen, sind die Versuche der Spalter, die Rüstung zu verstärken, darauf gerichtet, die Spaltung Koreas «gewaltsam» zu verewigen, und werden letzten Endes zum Ausbruch eines neuen Krieges in Korea führen. Die Versuche der Anhänger der «Version vom Gleichgewicht der Kräfte», «zwei Koreas» zu schaffen, machen sich auch klar darin geltend, dass sie für die «Koexistenz des Nordens und des Südens» sowie für einen «Nichtangriffsvertrag» eintreten.

Korea muss unbedingt vereinigt werden

Die Versuche der inneren und äusseren Spalter, «zwei Koreas» zu fabrizieren, stehen im vollen Widerspruch zum Willen und zum Bestreben unseres Volkes und der friedliebenden Völker der Welt, die einmütig die Vereinigung Koreas wünschen. Die Regierung der KDVR und das ganze koreanische Volk verurteilen kategorisch die Machenschaften der inneren und äusseren Spalter zur Schaffung von «zwei Koreas», die auf die ewige Spaltung des Landes und der Nation gerichtet sind, als unerträgliche Schmähung des koreanischen Volkes, als eine grobe Verletzung der nationalen Würde und Souveränität. Korea wird für sich immer eins sein, es gehört den Koreanern. Es gibt keinerlei Ursachen und Gründe dafür, dass das einheitliche Korea auf ewig in «zwei Koreas» gespalten bleibt. Das koreanische Volk ist von altersher eine einheitliche Nation, es ist ein weises Volk mit einer fünftausendjährigen Geschichte, das in einem Lande, auf einem Territorium, mit einer Sprache, mit einer Kultur und mit ein und denselben Sitten und Bräuchen gelebt hat.

Wahrhaft ist die Spaltung des Landes und der Nation für alle Koreaner das grösste Leid, das das Herz beklemmt. So gross das Unglück und das Leid sind, die die vergangene Geschichte der Spaltung verursacht hat, stören doch heute die inneren und äusseren Spalter in jeder Weise die Vereinigung Koreas und versuchen, unser heimatliches Territorium und unser Volk gleichen Blutes für immer zu trennen. Wo ist ein grösseres Verbrechen als dieses zu finden? Nur dann, wenn Korea vereinigt wird und sich als ein einheitlicher Staat entfaltet, wird in dieser Region der Herd der Spaltung und des Krieges beseitigt, wird der Frieden in Asien und in der ganzen Welt bewahrt und gefestigt werden. Die Welt muss unbedingt und noch energischer die Vereinigung Koreas anstreben.

Die Regierung der KDVR und das ganze koreanische Volk wenden sich an die Regierungen und die Völker der sozialistischen Länder, an die Regierungen und Völker der nichtpaktgebundenen Staaten sowie an die Regierungen und Völker aller friedliebenden Länder der ganzen Welt mit dem heissen Appell, alle Versuche der inneren und äusseren Spalter, «zwei Koreas» zu schaffen, entschieden zurückzuweisen und gegen sie aufzutreten, Versuche, die auf eine ewige Teilung des einheitlichen Koreas gerichtet sind wie die «Doktrin der Anerkennung über Kreuz» und die «Doktrin der Aufnahme in die Uno». Sie richten an sie den Appell, den Koreanern aktiv zu helfen, ihr Land selbständig und auf friedlichem Weg mit eigenen Kräften zu vereinigen.

Pjongjang, am 1. Februar 1978

Hochschulförderung JA

Die Zukunft unseres Landes sichern

In meinem ersten Kommentar zum erfreulichen Resultat der Volksabstimmung über die 9. AHV-Revision habe ich darauf hingewiesen, dass manche Jungen mit ihrem Ja wesentlich zur Sicherung der Altersvorsorge in unserem Land beigetragen haben. Damit verband ich einen Aufruf an die ältere Generation, am kommenden 28. Mai mit einem Ja zum Hochschulförderungs- und -forschungsgesetz gleichsam als Gegenleistung dafür einzutreten, dass die Ausbildungsmöglichkeiten unserer Jugend in den kommenden besonders schwierigen Jahren voll gewahrt bleiben. Im gleiche Sinn möchte ich unsere Stimmbürgerinnen und -bürger um ihr wohlwollendes Verständnis bitten, wenn nun Verbände der Studenten gewissermassen in eigener Sache mit einer Abstimmungszeitung zu diesem Gesetz an sie herantreten. Ich finde es ausserordentlich erfreulich, dass diejenigen, die heute schon einen gesicherten Studienplatz an den Hochschulen besitzen, für eine vorausschauende Gesetzgebung mit der Wahrung des freien Zugangs zu den Hochschulen als ein Hauptanliegen kämpfen wollen.

Unsere angehenden Ärzte, Lehrer und Ingenieure traten dabei nicht nur aus persönlichem Interesse für diese Vorlage ein. Das Gesetz dient neben der Sicherung eines zahlenmässig ausreichenden Bildungsangebotes auch der Erhaltung der Leistungsfähigkeit der schweizerischen Forschung. Gewiss sehen manche der heutigen Studierenden die Bedeutung einer schweizerischen Forschung auf internationalem Stand für ihre berufliche Zukunft. Unseren Platz in der Spitzengruppe der forschenden Nationen zu erhalten liegt aber auch im wohlverstandenen Landesinteresse. Unseren heutigen Wohlstand verdankt unser rohstoffarmes Land neben der Arbeitsamkeit und Zuverlässigkeit unseres Volkes zu einem bedeutenden Teil seinem Ideenreichtum und seiner Erfindungsgabe. Wie in allen anderen Industriestaaten muss auch bei uns der Bund tatkräftig beim Tragen der immer höheren Forschungskosten mithelfen. Als verantwortungsbewusste Bürgerinnen und Bürger haben die Studenten erkannt, dass das neue Gesetz wichtige Instrumente für einen sinnvollen und sparsamen Einsatz der öffentlichen Gelder bei der Unterstützung der Forschung und ganz allgemein aller Hochschultätigkeiten im Dienste der Öffentlichkeit enthält.

Ich hoffe sehr, dass unser Volk diesen Einsatz unserer Jugend für eine ausreichende und zweckmässige Bildungs- und Forschungspflege und Forschungsförderung des Bundes zu schätzen weiss. Mit einem Ja zum Hochschulförderungs- und -forschungsgesetz stärken Sie, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, das Vertrauen dieser Jugend in unserem Staat und helfen mit, die Zukunft unseres Landes zu sichern!

Hans Hürlimann,
Bundesrat

Solidarität für alle Lernenden!

Wissen und Forschung sind keine Produktionsfaktoren. Sie sind Grundlage der Fähigkeit des Menschen, sich selber zu sein, innengeleitet statt aussengeleitet seine sachliche und gesellschaftliche Umwelt zu erfahren und zu gestalten. Aus diesem Grund müssen die Mittel für die Bildung und Forschung nach Bedürfnis der Lernenden und nicht nur nach kleinlichem ökonomischem Kalkül verteilt werden.

Dies gilt aber für alle Lernenden – für Hochschüler wie Lehrlinge. Eine gute Bildung, Ausbildung und Forschung ist speziell in einem so reichen Land wie der Schweiz ein grosszügig zu erfüllendes Menschenrecht. Hier spielt man nicht Anlehrlinge, Berufsschüler, Lehrlinge und Hochschüler gegeneinander aus. Die ganze Schweizer Bevölkerung muss solidarisch sein für alle Lernenden!

Beat Kappeler, Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes SGB
Mitglied des Schweizerischen Wissenschaftsrates

Die Hochschulen für die Aufgaben von morgen rüsten

Die verfassungsrechtliche Basis für eine gesamtschweizerische Hochschulpolitik ist schmal, und der politische Spielraum ist eng. Auf der einen Seite kann der Bund seine Vorstellungen lediglich an Subventionsbedingungen knüpfen, und auf der andern Seite sind alle Entscheidungen auf den Konsens aller direkt Beteiligten (Kantone, Hochschulen) angewiesen. Unter diesen schwierigen Voraussetzungen schafft das neue Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Forschung den heute bestmöglichen Rahmen, um unsere zehn Hochschulen für ihre grossen Aufgaben von morgen (Lehre und Forschung) zu rüsten. Am 28. Mai 1978 muss unsere Generation deshalb ein Ja zugunsten einer künftigen Generation in die Urne legen.

Rolf Deppeler, Sekretär der Schweizerischen Hochschulkonferenz.

Was will das HFG?

Das Gesetz bezweckt:

a) die Förderung der kantonalen Hochschulen und der Forschung
b) die Koordination des schweizerischen Hochschulwesens
c) die **Wahrung des freien Zugangs zu den Hochschulen** in Zusammenarbeit mit allen Kantonen. (Art. 1)

Zeigt die Planung, dass in der Schweiz die verfügbaren Studienplätze für einzelne Studienrichtungen nicht ausreichen, so beantragt der Bundesrat der Bundesversammlung die erforderlichen zusätzlichen Massnahmen und Mittel.

Die Bundesversammlung kann insbesondere beschliessen, an die zusätzlich erforderlichen Aufwendungen für neue Studienplätze einen Beitrag von höchstens 60–70% zu leisten. (Art. 18)

Für neue Hochschulen kann die Bundesversammlung die Ansätze für die ersten acht Betriebsjahre um höchstens 10% erhöhen. (Art. 38, Abs. 3)

Wir unterstützen das HFG!
Helfen Sie mit!
PC 30–24513
Aktion für das Hochschulförderungs- und Forschungsgesetz, Bern

Herausgeber:

Verband der Schweizerischen Studentenschaften (VVS)/Verband der Schweizerischen Medizinstudenten (VSM)/Verband der Schweizerischen Rechtsstudenten (VSR)/Verband der Studierenden an der ETH (VSETH)/Studentenschaft der Universität Zürich (SUZ)/Studentenschaft Bern (SUB)/Studentenschaft Basel (StUB)/Association Générale des Etudiants de Fribourg (AGEF)

Produktion: «das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich, Druck: Tages-Anzeiger, Zürich

Hochschulförderung JA

- weil die geburtenstarken Jahrgänge die gleichen Bildungschancen haben sollen wie die heute Studierenden
- weil die Ablehnung des HFG wichtige im Entstehen begriffene Hochschulen (Luzern, Aarau, Ausbau der medizinischen Akademie in St. Gallen) blockiert
- weil keine nachweisbare Gefahr eines Akademikerüberschusses besteht, der Anteil der Studenten an der Gesamtbevölkerung ist in der Schweiz kleiner als in allen vergleichbaren Ländern
- weil durch Zulassungsbeschränkungen im Hochschulbereich das eigentliche Problem – die Schaffung neuer Arbeitsplätze für die geburtenstarken Jahrgänge – nicht gelöst wird. Jene, die man heute von der Universität abweist, werden sich morgen um Lehrstellen bemühen, welche bisher den Absolventen von Sekundarschulen vorbehalten waren. Verhinderte Hochschüler verdrängen die Lehrlinge aus den guten Stellen
- weil im Falle der Einführung einer Zulassungsbeschränkung (Numerus clausus) zu befürchten ist, dass die kantonale Herkunft über die Studienberechtigung entscheidet
- weil jede Zulassungsbeschränkung die Konkurrenz bereits an der Mittelschule entscheidend verschärft.

Es geht nicht allein um die Universitäten

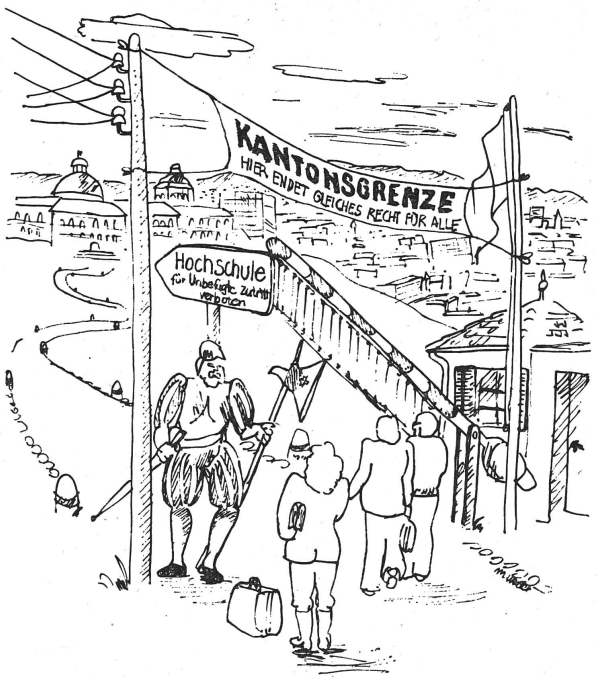
Der ganze Bildungsbereich – von den Primarschulen über die Mittelschulen und die Berufsschulen bis zu den Hochschulen – ist heute zu einem beliebten Objekt der Sparpolitik geworden.

Der Rotstift wird eben immer dort zuerst angesetzt, wo man am wenigsten Widerstand erwartet, das heisst, wo keine mächtigen Lobbies dahinterstehen.

Jetzt wird über die Universitäten abgestimmt. Aber sollten diejenigen Kreise, die das Referendum ergriffen haben, Erfolg haben, so werden sie auf alle andern Schulen losgehen.

Es geht nicht darum, ob mehr für die Universitäten und weniger für die Volksschulen. Es geht um mehr oder weniger Geld für alle Stufen unseres Bildungssystems.

Soll nur studieren, wer im richtigen Kanton wohnt?



oder: Grenzen wie zu alten Zeiten

Auch wenn das Bildungswesen Sache der Kantone ist, so sind sich im Prinzip doch alle einig; jedes Kind, gleich wo es wohnt, soll in der Schweiz die gleichen Bildungsmöglichkeiten haben.

Leider ist dieser Grundsatz bis heute noch nicht vollständig verwirklicht. Immer noch kommen aus einigen Gegenden wesentlich weniger Studenten als aus andern. Ein Kind vom Land oder aus den Bergen hat heute immer noch schlechtere Aussichten auf einen Studienplatz als eines aus der Stadt.

Regionale Unterschiede

Anteil der Maturanden 1975 an der 13jährigen Bevölkerung 1970

Westschweiz: 14,1%
Deutschschweiz: 7,4%
Hochschulkantone: 10%
Nichthochschulkantone: 6,4%

Hier kann es nur Verbesserungen geben, wenn die Universitäten angemessen ausgebaut werden, und zwar unter Mithilfe des Bundes.

Denn die Hochschulkantone – davon gibt es heute acht – sind nicht länger bereit, die Kosten für auswärtige Studenten zu übernehmen, wenn die Nicht-Hochschulkantone keinen Beitrag leisten. Jedoch muss der Bund, wie es das neue HFG vorsieht, eine solche Zusammenarbeit zwischen den Kantonen aktiv unterstützen.

Es besteht die Gefahr, dass zukünftig die Studenten nach dem Wohnort ihrer Eltern ausgewählt werden, dass die Tore der Universitäten für Studenten aus den Nicht-Hochschulkantonen verschlossen bleiben. Das muss und kann verhindert werden!

Mit dem neuen Hochschulförderungsgesetz kann eine wirksame Barriere gegen die Diskriminierung von Studenten aus den Nichthochschulkantonen errichtet werden.

Besonders wichtig ist dies, weil gerade die Nichthochschulkantone, die ländlichen und Berggegenden hier einen Nachholbedarf haben. Dem muss Rechnung getragen werden. Die Schulzeugnisse aus allen Kantonen müssen gleichwertig bleiben.

Keine regionalen und kantonalen Diskriminierungen – keine Maturanden zweiter Klasse – Hochschulförderungsgesetz JA.

Wird genug für unsere Gesundheit getan?

Ärgern Sie sich auch, wenn Sie stundenlang im Wartezimmer Ihres Arztes warten müssen? Oder haben Sie überhaupt einen Hausarzt?

In ländlichen Gebieten gibt es heute nach wie vor zuwenig Allgemeinpraktiker, die der Familie in allem, was die Gesundheit betrifft, mit Rat und Tat zur Seite stehen und stehen können, weil sie ihre Patienten und ihre Angehörigen gut kennen. Der gleiche Mangel herrscht auch in den Arbeiter- und Aussenquartieren der grossen Städte. Darüber können auch nicht abstrakte Zahlenhaufen hinwegtäuschen. Denn zwischen Modeärzten und solchen, die es wirklich braucht, macht die Statistik keinen Unterschied.

Besonders krass ist der Mangel auch bei den Frauen- und Kinderärzten. Was nützt es, wenn in den «guten» Quartieren der Grossstädte davon ein Überfluss herrscht? Gerade für eine Mutter mit Kleinkindern ist ein langer Weg zum Arzt eine Zumutung.

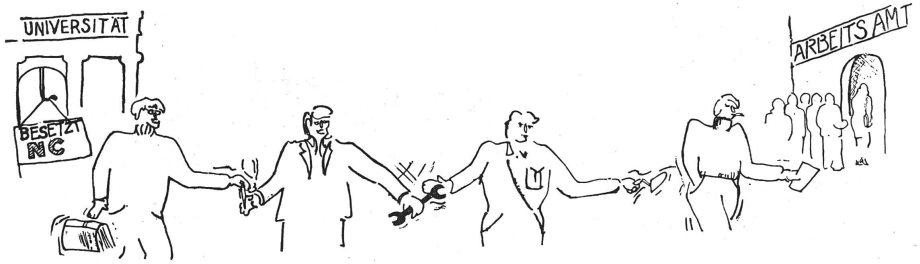
Viel mehr Ärzte braucht es aber auch für die Präventivmedizin. Vorbeugen ist besser als heilen! Mit einer Verbesserung der Versorgung im Gesundheitsschutz, also bevor wir noch krank werden, können auch die unmässigen Kosten gesenkt werden.

Von einem Ärzteüberfluss, wie man hie und da hört, kann eigentlich keine Rede sein. Und doch besteht eine grosse Gefahr, dass gerade die Zahl der Medizinstudenten gesenkt wird, wenn den Universitäten die notwendigen Mittel nicht zufliessen. Das HFG kann hier nötige Abhilfe schaffen.

Zum Schutz der Volksgesundheit – ein Ja zum HFG!

Umweltschutz braucht Forschung

Die Zerstörung unserer Umwelt ist in den letzten Jahren zu einem zentralen Problem geworden. Eine unabhängige und weitsichtige Forschung ist Grundlage für den Umweltschutz, für eine umweltgerechte technische und wirtschaftliche Entwicklung.
Die Umweltforschung braucht ein JA zum HFG.



Soll das Recht des «Stärkeren» gelten?

Was geschieht, wenn – als Folge von Zulassungsbeschränkungen an den Hochschulen – mehr junge Leute als heute eine Lehrstelle suchen?

Geburtenentwicklung und Studentenzahlen

Der Vergleich von *Studienanfängern* und *Geburtenzahlen* zeigt folgende Entwicklung:

Jahr	Studien-Anfänger	Geburten vor zwanzig Jahren
1968	8000	87 000
1976	10 100	88 000
1982	12 000–12 700	104 000
1984	11 800–12 300	112 890
1987	10 800–11 600	107 400

- Der Anteil der Studierenden pro Jahrgang steigt nicht an. Er betrug 1970 7,2%, 1974 8,8% und sinkt seither. Zum Vergleich: in Deutschland beträgt er rund 20%.
- Von einem entstehenden Akademikerproletariat kann nicht die Rede sein, zumal gleichzeitig die Zahl der Lehrabschlüsse ständig zunimmt.

Die normale Entwicklung o h n e Zulassungsbeschränkungen wird so aussehen: In den kommenden Jahren werden die Angehörigen geburtenstarker Jahrgänge Ausbildungsmöglichkeiten suchen. Deshalb müssen sowohl an den Hochschulen als auch in den Betrieben neue Lehrstellen und Studienplätze eingerichtet werden. Bis 1981 werden 14 000 neue Lehrstellen – das sind 10% des heutigen Bestands –, bis 1985 12 000–16 000 neue Studienplätze benötigt. Betriebe und Hochschulen werden Mühe haben, allein schon dieses Ziel zu erreichen.

Die F o l g e n von Zulassungsbeschränkungen an den Hochschulen sind deshalb klar abzusehen: Abgewiesene Mittelschüler werden dank ihrer besseren Vorbildung weitere ohnehin knappe Lehrstellen beanspruchen. Jene, die heute eine Lehre beginnen können, werden dann zu Tätigkeiten gezwungen sein, die weder ihren Fähigkeiten noch ihren Neigungen entsprechen. Das ist der Verdrängungseffekt, den eine Ablehnung des HFG auslösen wird. Er betrifft gerade jene, die nicht an einer Hochschule studieren.

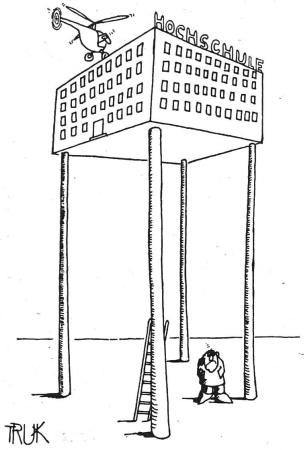
Die Gegner des HFG sagen nun, die Schweiz brauche mehr unqualifizierte Arbeitskräfte, also Hilfsarbeiter. Sie übersehen dabei, das unser Land seinen Wohlstand über weite Strecken ihren qualitativ hochstehenden Produkten verdankt und dass sie diese Qualität nur erreicht, wenn jedermann die Möglichkeit hat, eine Arbeit auszuüben, die seinen Fähigkeiten entspricht.

Mit der Chancengleichheit wär's vorbei

In den vergangenen Jahren sind die Mittelschulen – parallel zu den Berufsschulen – ausgebaut worden. Neue, vor allem ländliche Gebiete wurden erschlossen, und auch die Angehörigen der unteren Schichten erhielten vermehrt Gelegenheit, eine ihren Fähigkeiten entsprechende Ausbildung zu bekommen. Zulassungsbeschränkungen an den Hochschulen, mit denen im Fall einer Ablehnung des HFG zu rechnen ist, würden nicht nur Mittelschüler aus Nichthochschulkantonen, sondern auch die Jugendlichen aus ländlichen Gebieten oder den unteren sozialen Schichten treffen.

- Erstens: Der Anteil der Studenten an der Bevölkerung ist regional sehr verschieden. In der Deutschschweiz, vor allem in Nichthochschulkantonen, ist der Anteil der Mittelschüler an der Gesamtzahl der Jugendlichen am niedrigsten. Wenn nun Studenten aus Nichthochschulkantonen bei der Zulassung benachteiligt werden, dann trifft dies vor allem **Maturanden aus ländlichen Gebieten,** die eben erst erschlossen wurden.
- Zweitens: Auch in den Hochschulkantonen werden von Zulassungsbeschränkungen eher Maturanden aus **unteren sozialen Schichten** betroffen. Nicht weil sie weniger begabt sind. Sie haben nur, weil sie oft nebenher arbeiten müssen, zuwenig Zeit, sich auf Prüfungen vorzubereiten. Ihnen würden Prüfungen gleich zu Beginn des Studiums am meisten Schaden zufügen.
- Drittens: Mit Zulassungsbeschränkungen werden nicht nur Maturanden von der Hochschule ferngehalten, sondern es entsteht in den **Schulen** gleichzeitig ein **Leistungsdruck,** weil bereits Primarschüler sich auf die Selektionen vorbereiten.

Die sozialen Folgen von Zulassungsbeschränkungen dürfen nicht unterschätzt werden. Auch deshalb brauchen wir das HFG.



Kt. Zürich: Volksbegehren für öffentliche Lehrwerkstätten

Wider den Meisterprofit

Lehrstellen werden knapper, die Ausbildung der Lehrlinge verschlechtert sich. Darum hat die Revolutionäre Marxistische Liga im Kanton Zürich allen Arbeiterorganisationen, den Frauenbefreiungsbewegungen und linken Jugendorganisationen einen Vorschlag für eine kantonale Volksinitiative unterbreitet, die im wesentlichen die Errichtung von öffentlichen Lehrwerkstätten verlangt: für Lehrstellenlose, für solche Jugendliche, die keine passende Lehrstelle fanden, und für Erwachsene, die sich um- oder weiterschulen wollen.

rk. In diesem Frühling bewarben sich 3000 Volksschulabgänger beim Schreinermeisterverband des Kt. Zürich um eine Lehrstelle. Zur Verfügung stehen aber nur 80 Lehrstellen. Zürcher Banken und Versicherungen «wählen» die Lehrstellenbewerber mit Aufnahmeprüfungen der *Mittelschulen* aus. Solche kaufmännische Lehren *«bleiben heute den guten Sekundarschülern vorbehalten»*, meint Betriebspsychologe Kindlimann in der «NZZ». Mädchen haben keineswegs eine «freie Berufswahl»: z. B. machen nur 19 Mädchen eine Lehre in der Metallbranche.

Lehren nehmen zu, Stellen werden knapper

Von der grossen Lehrstellennot profitieren heute auch die Kleinunternehmer, welche die Jugendlichen als direkte Lohnkonkurrenz gegen die Erwachsenen missbrauchen: Im Kanton Zürich nahmen die Verkäufer(innen)-Lehren 1975/1976 um 19% zu, die Lehren im Gastgewerbe um 45%, im Coiffeurgewerbe um 25%! Die Berufsaussichten sind aber schlecht: In der Lebensmittelbranche *verschwanden von 1972 bis 1976 ein Drittel der Läden!* Die Zukunft dieser Lehrlinge heisst somit Arbeitslosigkeit oder eine berufsfremde Arbeit.

Die Forderung nach öffentlichen Lehrwerkstätten trifft demnach den neuralgischen Punkt in der Berufsausbildung: Sie trifft die beinahe vollkommene Alleinherrschaft der Unternehmer über den Lehrstellenmarkt und über die gesamte Berufsausbildung.

Um aber die wichtigsten Forderungen – z. B. zwei Schultage für alle Lehrlinge, gewerkschaftliche Kontrolle über die betriebliche Lehrlingsausbildung, garantierte Weiteranstellung nach der Lehre – durchsetzen zu können, ist es nötig, dieses Monopol zu brechen.

Drohung mit Boykott

Die Unternehmerverbände und ihre Parlamentarier drohen dagegen mit einem organisierten Lehrlingsausbildungsboykott. In der Nationalratsdebatte Ende 1977 über das neue Berufsbildungsgesetz war diese Drohung das «Hauptargument» der bürgerlichen Nationalräte gegen alle gewerkschaftlichen Forderungen. Öffentliche Lehrwerkstätten können aber sowohl den Mangel an guten Lehrstellen beheben als auch den Ausbildungsboykott durch die Unternehmer erschweren. Sie können aber auch eine positive Konkurrenz gegen schlechte Ausbildung privater Lehrbetriebe sein; bestehende öffentliche Lehrwerkstätten in Basel, Zürich, Bern usw. zeigen, dass sie eine gute Ausbildung bieten können.

Immer mehr Angelernte

Die Tausenden von Jugendlichen, die heute eine Lehre in zukunftslosen Branchen absolvieren, die nur eine Anlehre oder überhaupt keine Lehre machen, werden als Lohndrücker angestellt und je nach Wirtschaftslage wieder entlassen. Sie werden zu einer neuen Arbeitskraftreserve und treten somit an die Stelle der heimgeschickten Immigranten und Frauen. Der Bundesrat gibt in der Botschaft zum neuen Berufsbildungsgesetz auch offen zu, warum die Anlehre gesetzlich geregelt wurde: *«Es muss damit gerechnet werden, dass im Zuge des Abbaus der ausländischen Arbeitskräfte . . . vermehrt einheimische Angelernte benötigt werden.»*

Dass der Bundesrat ganz im Sinne der Unternehmer handelt, zeigt das neueste Beispiel im Baugewerbe: Der Unternehmerverband des Baugewerbes will gegen den Widerstand der Gewerkschaft Bau und Holz eine anderthalbjährige Maurer-Anlehre einführen. Damit verfolgen sie das Ziel, mit einer neuen Schicht von halbqualifizierten Arbeitern die Löhne auf dem Baugewerbe zu drücken und die Errungenschaften des Gesamtarbeitsvertrages zu unterlaufen.

Die Initiative für öffentliche Lehrwerkstätten wird also ein Mittel sein, diese schwerwiegenden Folgen der heutigen Lehrlingsausbildung aufzuzeigen. Sie sieht auch vor, dass die öffentlichen Lehrwerkstätten auch von Erwachsenen benützt werden können. Angesichts der strukturellen Krisen im Bau- und Druckgewerbe, die ganze Berufe (z. B. Setzer) zum Verschwinden bringen, bleibt für viele Lohnbhängige nur noch eine grundlegende Umschulung auf einen anderen Beruf offen. Ebenso haben viele entlassene Frauen nur durch Weiter- oder Umschulung eine Chance, wieder arbeiten zu können.

Aus dem Initiativtext

Der Kanton ergreift alle geeigneten Massnahmen, um jenen Jugendlichen und Erwachsenen beiderlei Geschlechts, die keine passende Lehrstelle bzw. Schulungs- oder Umschulungsmöglichkeit finden, eine vollwertige, zukunftsoffene Berufsbildung zu sichern.

Insbesondere errichtet und betreibt er an mehreren Orten des Kantons Lehrwerkstätten bzw. entsprechende Ausbildungsstätten, welche die Berufsbildung in mehreren wichtigen Branchen und Berufen vermitteln.

Die Lehrwerkstätten stehen den Ausbildungswilligen unabhängig vom besuchten Schultypus offen.

Zur Finanzierung der Massnahmen gemäss Paragraph 1 und 2 dieses Gesetzes wird ein Fonds eröffnet, dem jährlich mindestens 10 Mio Franken zuzuweisen sind.

Ausbildungs- und Arbeitsplatzsituation – Zweifel an der Biga-Version:

Biga-Beruhigungspille für die Jugend

Von Urs Hänsenberger, Vorstandsmitglied VSS

Der Lehrstellenmarkt hat sich gegenüber 1976 stark verbessert; die Lehrverhältnisse haben erstmals die 150 000er-Grenze überschritten, die Beschäftigungssituation für Hochschulabsolventen sei weder besser noch schlechter als für andere Arbeitssuchende – so tönte es Ende März an der Pressekonferenz des Biga aus dem Bundeshaus. Viel Kosmetik verhinderte dabei die notwendige Relativierung der dort präsentierten nackten Zahlen, allzu viele Tatsachen wurden von Biga-Direktor Bonny geflissentlich übersehen.

Mit rund 3500 Arbeitslosen unter 24 Jahren, 26,7 Prozent der Arbeitslosen, schneidet die Schweiz in der OECD-Statistik relativ gut ab. Nach einem Einbruch im Lehrstellenmarkt im Jahre 1976 ist heute wieder ein Aufwärtstrend festzustellen. Allzuviel Optimismus wäre aber fehl am Platz, weil sich aus so kurzfristigen Änderungen auf dem Arbeits- und Lehrstellenmarkt keine eindeutigen Trendprognosen ablesen lassen. Zudem werden bis zum Jahr 1981 die Lehrstellensuchenden jährlich noch um etwa 3000 zunehmen.

Selbst wenn es gelingen sollte, allen künftigen Schulabgängern einen *Ausbildungsplatz* zu verschaffen, so ist damit noch keineswegs gesichert, dass diese Jugendlichen nach vollendeter Ausbildung dann auch einen *Arbeitsplatz* finden.

Es entspräche durchaus unternehmerischer Ausbildungspolitik, nach dem Export von über 300 000 ausländischen Arbeitskräften die Jugendlichen als *billige Arbeitskräfte* zu missbrauchen: Unter 20 Jahren sind nur 3,9%, aber von 20 bis 24 Jahren 22,8 Prozent der Jugendlichen arbeitslos. Allerdings gilt es bei diesem Vergleich zu berücksichtigen, dass viele der unter 20jährigen sich in einer nicht direkt vom Arbeitsmarkt abhängigen schulischen Ausbildung befinden (etwa Lehrerseminar). Eine umfassende Untersuchung über die *Qualität* der Berufslehrgänge und des Mehrangebots an Lehrstellen gäbe hier wohl mehr Aufschlüsse. Dass die Arbeitgeber nicht gewillt sind, den Lehrlingen eine möglichst breite und gute Qualifikation zu vermitteln, davon zeugt zumindest das *neue Berufsbildungsgesetz*.

Im Rahmen einer Untersuchung über die *Beschäftigungssituation der Hochschulabsolventen* befragte ein Unterausschuss der Biga-Arbeitsgruppe im Sommer 77 über 6000 Akademiker, die 1976 ihr Studium abschlossen, nach ihren Erfahrungen auf dem Arbeitsmarkt. Rund zwei Drittel antworteten.

2,5 Prozent waren unfreiwillig stellenlos, 2,5 Prozent ohne Stelle, aber mit fester Stellenzusage, 14 Prozent nicht berufstätig oder vorwiegend in Weiterbildung, und 81 Prozent waren berufstätig, wovon 7 Prozent nicht im gewünschten zeitlichen Ausmass. Überdurchschnittlichen Schwierigkeiten begegneten Frauen, Ausländer und Westschweizer. Letztere wohl auch deshalb, weil die französische Schweiz einen weitaus höheren Akademikeranteil aufweist. Hier nun direkt auf ein drohendes *«Akademikerproletariat»* schliessen zu wollen, falls die Universitäten ihre Kapazitäten um die durch die geburtenstarken Jahrgänge notwendig gewordenen zusätzlichen 12 000–16 000 Studienplätzen erweitern, wäre falsch. Die Westschweiz absorbiert gesamthaft viel mehr Akademiker. Es stellt sich also die Frage nach den Möglichkeiten der Deutschschweiz. Auch die Prognosen des Schweizerischen Wissenschaftsrates zeigen, dass der Anteil Akademiker in den von ihnen bevorzugten Funktionsstufen und Berufsfeldern bis 1985 bei erwarteten Mahrabsolventen gesamtschweizerisch nur unwesentlich um etwa 2,5 Prozent steigen wird, also keineswegs von einer kommenden Überakademisierung gesprochen werden kann, wie das etwa ein Dr. Fischer tut. Dies gilt es besonders im kommenden Abstimmungskampf um das HFG neben andern Aspekten ständig zu bedenken.

VSS
Verband der Schweizerischen Studentenschaften
Erlachstrasse 9
3012 Bern
Tel. (031) 23 28 18

Zur Beschäftigung der Hochschulabsolventen im Mai-«konzept»

Zum Hochschulförderungsgesetz (HFFG)

Antikapitalistische Bildungspolitik

Haben die kantonalen Studentenschaften und ihr Dachverband, der VSS, jeglichen Mut zu einer antikapitalistisch ausgerichteten Bildungspolitik verloren? – Die Frage stellt sich demjenigen, der die HFFG-Kampagne dieser Organisationen genauer unter die Lupe nimmt*: Pragmatismus und sog. «Realpolitik» herrschen vor, kaum ein Wort wird über die Hintergründe und Ziele des HFFG verloren, Kritik daran nur in den Nebensätzen angetönt.

Unserer (der Bresche-Hochschulgruppe ZH, die Red.) Ansicht nach böte aber gerade das HFFG der Studentenbewegung Gelegenheit, grundsätzliche Fragen der bürgerlichen Bildungspolitik auf breiterer Ebene aufzuwerfen. Auch wir sind überzeugt, dass es in erster Linie darum geht, das HFFG an der Volksabstimmung durchzubringen. Unsere Fragen beginnen aber dort, wo VSS und lokale Komitees meinen, alle *Klassenfragen* aus der Kampagne herausstreichen zu müssen, um grösseren Einfluss auf die Volksmeinung zu haben. Eine solche Politik scheint uns völlig verfehlt: erstens ist es eine Illusion, zu glauben, mit unseren kleinen finanziellen Mitteln einen solchen Einfluss ausüben zu können; zweitens – und das ist der entscheidende Punkt – vermag nur eine *kämpferische antikapitalistische Kampagne* bei diesen «breiten Bevölkerungsschichten» ein Bewusstsein über die bürgerliche Bildungspolitik entstehen zu lassen.

Sogenannte «Finanzknappheit» des Bundes

Eine antikapitalistische Bildungspolitik im Rahmen der HFFG-Kampagne müsste folgende Elemente einschliessen:

- Der gesellschaftliche Hintergrund des Gesetzes: Entsprach der massive Ausbau der schweizerischen Bildungsinstitutionen dem Bedürfnis des Schweizer Kapitalismus nach qualifizierten Arbeitskräften, so versucht das HFFG heute, auf die chronische Finanzknappheit einerseits und die steigende Studentenzahlen andrerseits eine Antwort zu geben: Relativ verminderte Bundesausgaben für das Hochschulwesen sollen so gezielt eingesetzt werden, dass die kapitalistische Wirtschaft in einem möglichen Wiederaufschwung nicht Gefahr läuft, über zuwenig Arbeitskräfte oder über eine gegenüber dem Ausland minderwertige Forschung zu verfügen.
- Nur weil ein Mangel an qualifizierten Arbeitskräften auftreten *könnte*, will das Bürgertum Zulassungsbeschränkungen verhindern.

Achsen der Kampagne

Trotz Rezession und gegen die bürgerliche Sparpolitik sagen wir ja zum Ausbau der Stipendien, zur staatlichen Finanzierung von beruflichen Umschulungskursen und zur Erwachsenenbildung; ja zur Errichtung öffentlicher Lehrwerkstätten; ja zum HFFG! Wir wenden uns gegen NC und verschärfte soziale, regionale und geschlechtliche Diskriminierung: Öffnung der Hochschulen für *alle* Studierwilligen!

Die private, kapitalistische Forschung soll von denen bezahlt werden, die davon profitieren. Die hohen Einkommen müssen radikal besteuert werden.

Bresche Hochschulgruppe ZH, RML

* Vgl. die zwei Seiten dazu in dieser Nr.

Wie man vorwärts kommt

von Walter Erb

Erste Lektion

Lehrstellensucher mit ungenügender Schulbildung üben mit Vorteil im voraus (zweimal täglich) den Bückling so lange, bis die hier abgebildete, verkrampft, gequält und unzufrieden wirkende Stellung elegant und wie ohne Anstrengung vorgeführt werden kann.

Zweite Lektion

Beim Empfang des Lohnes öffne man den Zahltagsbeutel nicht vor den Augen leitender Personen des Betriebes, um nachzuprüfen, ob alles stimmt. Man unterlasse nicht, deutlich hörbar mehrmals zu danken, unterlasse aber das Nachkontrollieren!

Dritte Lektion

Demut und Bescheidung ist das erste Gebot des Vorankommens. Es sei deshalb empfohlen, die 15 Min. Znünipause statt zur Stärkung des Körpers zur Kräftigung des Geistes auszunützen. Es muss allerdings darauf geachtet werden, dass der Direktion diese Handlungsweise zu Ohren kommt: sie wird solches nicht ohne Genugtuung vermerken.

Vierte Lektion

Es soll Menschen geben, die denken und sprechen können (was dem Vorwärtskommen nicht unbedingt förderlich ist). Um auch diese zum Schweigen zu bringen, nennt man sie vorsorglich Schwätzer, Stänkerer, Nörgler.
Wem aber diese Bezeichnungen immer noch nicht genug Angst machen, sei empfohlen, vor Arbeitsbeginn eine Binde vor den Mund zu knüpfen.

Fünfte Lektion

Um auch ausserhalb des Arbeitsplatzes die erwünschte konforme Gesinnung zu demonstrieren, nehme man so oft wie möglich die hier abgebildete Stellung ein. Denn: Auch die in der Freizeit geäusserte Meinung kann den Vorgesetzten bekannt sein.

Résumé

Wer sich diese Lektionen zu Herzen nimmt und alle weiteren Handlungen im Geiste dieser Ratschläge ausführt, hat die Chance, bei eventuell unumgänglichen Rationalisierungsmassnahmen nicht der erste zu sein, der entlassen wird.

Uni Genf: Seltsame Anstellungspraxis bei den Assistenten

Versprechungen statt Assistentenlohn

Von Frank Garbely

Längst bedeutet ein Universitätsdiplom kein Freibrief mehr für Karriere, sondern zeigt eher den ersten Gang auf ein Stempelbüro an. Insbesondere für Sozialwissenschafter fehlen Arbeitsplätze. Um so mehr stürzen sie sich auf die wenigen Assistenzstellen, und um so härter wirkt sich Willkür in der Job-Verteilung aus. Frank Garbely schildert die Situation an der Uni Genf.

Im Herbst 1977 schrieb das Soziologische Institut der Uni Genf Assistenzstellen aus. Nicht weniger als 25 Kandidaten bewarben sich. Obwohl es nicht an qualifizierten Anwärtern mangelte, fiel die Wahl auf zwei Studenten. Angestellt dürfen sie allerdings nicht werden, denn das Uni-Reglement schreibt für Assistenten mindestens das Lizentiat vor. Trotzdem arbeitet einer der Studenten bereits als Assistent. Die Auserwählten werden mit Versprechungen hingehalten, die Abgewiesenen verstehen die Welt nicht mehr. «Wenn sie eine gute Liz-Arbeit schreiben, werden sie je halbtags angestellt», versprach Prof. Girod, Leiter des Soziologischen Instituts. Mit der Zensur «ungenügend» erhielten die Assistenten in spe ihre Arbeiten zurück und schreiben seit Anfang dieses Jahres an einer Neufassung.

Sie sind zu alt

Einer der glücklosen Bewerber – ein Diplomsoziologe, der längere Zeit mit dem bekannten Soziologen Balandier über Afrika zusammenarbeitete – wurde abgewiesen: «Er wies zu gute Qualifikationen auf und sollte sich besser nach einer Professur umsehen», urteilte der Institutsleiter. Mehrere Kandidaten bemühten sich bereits früher – nach einem Lizentiat bei Prof. Girod – um eine Assistenzstelle. «Sie können nicht berücksichtigt werden, da sie zu wenig Forschungserfahrungen und unzureichende Kenntnisse in quantitativen Forschungsmethoden vorweisen.» Girods Empfehlung folgend, versuchten sie ihre Mängel in einem Nachdiplomstudium auszumerzen. Die erneute Bewerbung wurde mit dem «schlagenden» Argument abgelehnt: zu alt, ein Altersunterschied zwischen Studenten und Assistenten wirkt sich oft negativ aus und sollte vermieden werden.

Stellen verschenkt

Seit die Krise auch den Wissenschaftern das Jammern beibrachte, streiten sich Professoren und Institutsleiter um Forschungsprojekte und bangen um ihre Budgets. Nicht so am Soziologischen Institut der Uni Genf. Zwei Lehrstellen waren frei geworden, nachdem Professor Bassand einem Ruf nach Lausanne folgte und der Lehrbeauftragte Rouiller in Pension ging. Das Soziologische Institut verzichtete auf eine Neubesetzung und tritt die frei gewordenen Stellen – mit dem Einverständnis des Institutsleiters Girod – an das Politologische Institut ab. Am Politologischen Institut freut man sich über diese unerhofften Geschenke. Eine Assistentin des beglückten Institutes: «Zwischen unserm Chef, Prof. Sidjanski, und Prof. Girod gab es eine Absprache. Girod erhofft für später eine Gegenleistung: nachdem er einige unliebsame Elemente aus seinem Institut entfernt hat.»

Daran mag jedoch niemand glauben. Grund: Prof. Sidjanski blitzte am prestigeträchtigen und vom persischen Schah subventionierten «Institut de hautes études internationales» ab und klammert sich nun mit all seinem Ehrgeiz an das Politologische Institut.

Nichts überstürzen

Nicht genug der grosszügigen Vorsorge. Der rührige Institutsleiter hält noch eine volle Assistenzstelle in Reserve. Seit längerer Zeit blieb sie unbesetzt. Eine Ausschreibung wird vorderhand nicht ins Auge gefasst.

Professor Girod, befragt nach seiner Anstellungspraxis, findet daran nichts Aussergewöhnliches. «Wir versuchen, die uns anvertrauten öffentlichen Gelder bestens auszunützen. Eine überstürzte Anstellungspraxis würde diesem Prinzip zuwiderlaufen.»

Auch U. Windisch, Lehrbeauftragter und Erfolgssoziologe, stört sich nicht sonderlich an der seltsamen Anstellungspraxis, obwohl er wissen will: «Mindestens in einem Fall wird es zu einer Entlassung aus politischen Gründen kommen.»

Warum setzen sich die Betroffenen mit wenig Herz und noch weniger Erfolg zur Wehr? Die Assistenten fürchten um ihre Brötchen. Und seit die Studentenschaft 1968/69 ihre universitären Institutionen abschaffte und sie nicht wieder ersetzte, hat die Universität Genf eine beinahe totale Demobilisierung erreicht. Die äusserst kurze Studiendauer – 3 Jahre nicht bloss für die Sozialwissenschaften – verstärkt diesen Trend zur politischen Leerstelle.

Immerhin. Am Soziologischen Institut fehlt nur noch der berühmte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt.

Militärjustiz

Prozess wegen Solidarität mit Streikenden

skz. 1976 unterschrieben Soldaten einer jurassischen Kompanie einen Solidaritätsaufruf für die streikenden Arbeiter von Matisa. Dem Kommandanten, Hauptmann Steiner, passte dies nicht, und er suchte einen Vorwand, um dagegen einschreiten zu können. Er fand diesen Vorwand in einem lächerlichen Vorfall: Im gleichen WK wurden einige Soldaten erwischt, als sie einen Pornofilm im Duschraum anschauten. Der Kadi beschlagnahmte das Filmmaterial. Die Soldaten verlangten daraufhin Garantie für dessen Rückerstattung. Sie leisteten passiven Widerstand, indem sie sich weigerten, ins Turnen zu gehen. Steiner pickte drei Soldaten heraus, die gar nicht an der Vorführung des Pornofilms beteiligt gewesen waren, die er aber verdächtigte, «Anführer» der Solidaritätsaktion gewesen zu sein. Er übergab die drei dem Untersuchungsrichter, um sie wegen «Meuterei» bestrafen zu lassen.

Das Verfahren wurde lange hinausgezögert: Der Prozess wurde auf den 29. 11. 1977 angesetzt. SP, PdA, RML, sozialistische und kommunistische Jugend, Soldatenkomitee, Frauenbefreiungsbewegung führten eine Kundgebung in Neuenburg durch, worauf der Prozess verschoben wurde. Das neue Datum des Prozesses wurde nun auf den 21. April festgesetzt.

Spots

«In Losone TI montiert Margherita Zanoni täglich 9 Stunden vorfabrizierte elektronische Schaltelemente. Sie ist immer bester Laune, denn die Ovomaltine aus dem Automat gibt ihr die nötige Energie», heisst es wörtlich in den Inseraten der Schoggimilchfabrikanten. Und: «Tagsüber einige Becher aus dem Automaten – und ich fühle mich auch abends noch frisch und kann meine Freizeit geniessen. Salute!» – Ovo-Mampf statt Arbeitskampf, ein Wander-Wunder-Produkt.

*

Anlässlich der Wahl Alt-Bundesrat Bruggers zum Volksbank-Präsidenten meinte der Vize-Präsident des Verwaltungsrates, Carl E. Scherrer, die Banken seien bisher in der Politik «eindeutig untervertreten» gewesen. Der Gute hat natürlich recht, fristen doch die Banken ein ach so kümmerliches Leben am Rande der grossen Politik, von wo ihnen jede Einflussnahme aber auch ganz und gar nicht gelingen will. Fragt sich nur, wie es kommt, dass unsere Banken dermassen florieren, obschon Männer an ihren Spitzen stehen, welche ohne mit der Wimper zu zucken, solche Fehleinschätzungen vertreten können.

*

Heft 1/78 von «Schule und Elternhaus», das vom Schulamt der Stadt Zürich herausgegeben wird, befasst sich mit Drogen und Suchtgefahren. Dagegen ist nichts einzuwenden . . ., wenn nicht in diesem Heft ein Artikel stünde: «Wer fordert, der fördert.» Darin heisst es: «Die Verwöhnung beginnt in der Wiege», «die Babys geniessen schon an der Mutterbrust ein arbeitsloses Einkommen»(!): und deshalb werden sie dann eben später anfällig für Drogen. «Ohne Fleiss, kein Preis», denn «Stress muss sein». «Die sträfliche Missachtung von Zucht und Mass haben Zuchtlosigkeit und Masslosigkeit heraufbeschworen.» Wohingegen solche Artikel an unmässige Unzucht grenzen!

Liebe «konzept»-Leser,

wir sind Maler und gehören der ARHA (Architektur und Handwerk) an. Das ist eine kollektiv organisierte Arbeitgemeinschaft.

Wir suchen Malerarbeiten.

Wir nehmen auch Kleinstaufträge an.

Wir führen Arbeiten auch gemeinsam mit unseren Kunden durch.

Wir können unsere Preise nach den finanziellen Möglichkeiten unserer Kunden richten.

ARHA
Malerarbeiten
Predigerplatz 50
8001 **Zürich**

Tel. (01) 69 27 50
(01) 56 15 70
(052) 23 16 23

COPY-CORNER
FOTOKOPIEN UND DRUCKSERVICE
Seilergraben 41 8001 Zürich
Tel. 01/32 49 34 PC 80-27780

Öffnungszeiten
Mo–Fr 08.30–18.30 / Sa 10.00–13.00

Fotokopien	– Normal	20 Rp.	–Verkleinerung	30 Rp.
	– mit Legi	15 Rp.	– mit Legi	25 Rp.

Kopien auf Normalpapier (Xerografisches Verfahren)

Schnelldruck (ab einer Vorlage)	1-seitig	2-seitig
Reinschriften		Dissertationsdruck
30 Ex.	4.50	9.–
50 Ex.	5.50	10.50
100 Ex.	7.50	14.50
200 Ex.	15.–	28.–
300 Ex.	21.–	38.–
350 Ex.	23.–	42.–
400 Ex.	25.50	44.50
500 Ex.	28.–	52.–
1000 Ex.	40.–	73.–

Wer eine Zeitlang temporär arbeitet, sammelt viel Erfahrung in kurzer Zeit. Wir suchen:

kaufm. Angestellte

adia interim

Färberstrasse 6, 8008 Zürich
Tel. 01/320 820

DISSERTATIONEN
druckt exzellent von DIN A4-Vorlage auf DIN A5-Format

bei Expl.	DM pro Seite
70	3.30
100	3.45
150	3.65
200	3.85
300	4.25

BÖNECKE
Lieferung erfolgt jeden Dienstag und Freitag.
3392 Clausthal-Zellerfeld
Fach 29 Ruf 05323/3525
Frachtverbilligung Raster billigst!
Angebot anfordern

Die ERKLÄRUNG VON BERN

sucht für die deutsche Schweiz eine(n)

hauptamtliche(n) Mitarbeiter(in)

für entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit mit Schwergewicht in wirtschaftspolitischen Fragen.

Voraussetzungen:
- Gute Kenntnisse im Bereich der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
- Fähigkeit, Zusammenhänge einfach darzustellen, publizistische Erfahrung
- Erfahrung und Engagement in Fragen der dritten Welt
- Praktische Erfahrung im eigenen Beruf
- Sprachkenntnisse
- Bereitschaft zur Teamarbeit
- Freude an der Arbeit mit Gruppen und der Durchführung von Aktionen

Das Sekretariat ist in Zürich, dort muss mindestens ein Teil der Arbeit geleistet werden.
Stellenantritt auf **1. Juli 1978** oder nach Übereinkunft

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen und Referenzen sind bis Ende 1978 zu richten an die **Präs. des Deutschschweiz. Komitees der EvB, Ursula Walter, Pfeffingerstr. 78, 4053 Basel.**

Badeferien in Griechenland

Agistri
3 Wochen, Bungalow-Dorf direkt am Meer, Exkursionen, viele Sportmöglichkeiten, **740–915 Fr.**

Paros
2–3 Wochen, weite Strände, verträumte Buchten, Ausflüge mit Schiff, Bus oder zu Fuss, **655–875 Fr.**

Antiparos
3 Wochen, unsere Ferien für totale Erholung in einem autofreien Fischerdorf, **710–840 Fr.**

Inseln sammeln
1- bis 2wöchige Kreuzfahrt im Ionischen Meer auf Motorjacht. **765–1355 Fr.**

Verlang den Badeferienprospekt!

BON Bitte schickt mir gratis den Badeferienprospekt.

Name/Vorname
Strasse
PLZ/Ort
Beruf Jahrgang

Schick diesen Coupon an SSR-Reisen, Postfach, 8023 Zürich, oder ruf einfach an, Tel. (01) 242 31 31.

SSR-Reisen
Zürich, Bern, Basel, St. Gallen, Chur, Luzern und Solothurn
Telefonverkauf: 01/242 31 31

anders als anders
Reisen für junge Leute.

M-O-S
Offiziersuniformen nach Mass
von der Uniformenfabrik **F. Müller,**
9499 Oberschan SG
Tel. (085) 5 12 40

Jeden Montag Massnahme und Anprobe durch einen Fachmann im

Magi's Jeans Shop,
Weinbergstr. 15, Zürich 1, Tel. (01) 34 94 43.

Zu J. Zieglers Buch über den Tod

«Der Tod findet einfach nicht mehr statt»

Von Jürg Helbling

In diesem Buch Zieglers geht es um den Tod. Aber – warum über den Tod schreiben? Gibt es nicht wichtigere Dinge, über die man schreiben sollte? Und – ist der Tod nicht einfach etwas, was irgendwann notwendigerweise kommt und mir ein Ende setzt, worüber sich aber nicht weiter nachzudenken lohnt?

Ich glaube, es ist die Aufgabe eines linken Intellektuellen, die «Natürlichkeit» und Selbstverständlichkeit der Dinge zu zerstören, zu zeigen, dass und *wie* diese Ideologien sind, wie sie mit dem Rest der Gesellschaft im Kontext des Klassenkampfes zusammenhängen. Und eben, der Tod ist nicht natürlich. *«Dieses Ereignis (der Tod) widerfährt allen Menschen aller Klassen und aller Nationen, doch es widerfährt ihnen in bestimmten sozialen Situationen, es ist für jeden einzelnen durch seine Zugehörigkeit zu einer Klasse, Familie, Nation, Kultur und Religion festgelegt.»*

«Was mich an ihm (Ziegler) frappierte, das war der aufrichtige, warmherzige Einsatz für Gerechtigkeit und gegen Unterdrückung, auch seine scharfsinnige Analyse der Situation in Afrika, wie sie damals und in jenem Fall vorlag. Sein soziales Engagement ist ohne Zweifel echt. (. . .) Die Art, wie ihn einige Söldlinge der Grossfinanz im Ton der moralisch-wissenschaftlichen Entrüstung mit scheinheiligem Augenaufschlag verreissen wollen, ist mir sehr verdächtig. Mein Gott, was sich da jeweilen alles als wissenschaftlich und objektiv ausgeben will, wenn einer den Mut hat, die Wahrheit zu sagen.»

Pfarrer Peter Vogelsanger, Pfarrer am Fraumünster, an Prof. Dr. iur. Werner Kägi, Ord. Professor für Staatsrecht an der Univ. Zürich.

Ziegler analysiert die Beziehungen der Lebenden (d. h. der Gesellschaften) zum Tod, der einen Teil der Gesamtideologie der jeweiligen Gesellschaft darstellt und der besteht aus Ideen über den Tod, den verschiedenen gesellschaftlichen Praktiken, die sich mit ihm beschäftigen, und den Institutionen, in denen er stattfindet. Ziegler analysiert diese Beziehungen in zwei Kulturen: der euroamerikanischen und der afrobrasilianischen: zwei Tode.

Der Tod könnte revolutionär sein

Aber welche Bedeutung hat der Tod? Ziegler schreibt: *«Der Tod schenkt uns das Leben, denn der Tod macht mir die Endlichkeit meiner Existenz bewusst. Er verleiht jeder meiner Handlungen eine unvergleichbare Würde und jedem Augenblick seine Einmaligkeit. Er hebt mich aus der verrinnenden Zeit hervor.»* Ohne das Sterben bliebe die menschliche Existenz sinnlos, und all unser Tun, unser Denken und unsere Träume wären durch Gleichgültigkeit gekennzeichnet. Die Freiheit des Lebens erfordert also die Existenz des Todes.

Der Tod könnte etwas Revolutionäres, Kritisches an sich haben. Dies zeigt sich indirekt – am Stellenwert, den er in der bürgerlichen Ideologie hat. *«Mit Hilfe des Bildes vom natürlichen und universalen Tod, das sie (die Bourgeoisie) pflegt und den beherrschten Klassen aufzwingt, verbietet sie ihnen, sich ein Bild zu schaffen und als wahr zu erklären, das ihre eigene Todeserfahrung spiegelt, das ihrer Klassenerfahrung entspricht und dessen antagonistische Gestalt als Waffe des Bewusstseins und der Revolte dienen könnte.»* (. . .) *Jede Spur von Gewissheit über den nahenden Tod, jede Sozialisierung dieses Todes, jedes erarbeitete System seiner erdachten Negation sind absichtlich aus dem Bereich des Bewusstseins verbannt. Eine unbestimmte und anonyme Angst besteht. Sie lebt in den Praxen der Psychiater wieder auf.* (Und wie leicht manipulierbar ängstliche Leute sind, wissen wir aus anderen Untersuchungen. jh) . . . *ein organisiertes System des Nichtwissens. Der Tod findet einfach nicht mehr statt. Der Warenhedonismus (Konsumismus) nimmt seinen Platz ein. Seiner Endlichkeit beraubt, hört der Mensch gleichzeitig auf, ein Gegenstand jeder Art von Geschichte zu sein. Der Tod tritt den Menschen nunmehr wie den Tieren gegenüber – im Nichtwissen.»*

«Maschinen» für den Tod zuständig

Der Tod wird also verleugnet, weil er dem Typ des funktional-funktionierenden, produzierenden-konsumierenden Robotermenschen widerspricht, den unsere Gesellschaft erzeugt. Wie der Wahnsinn und das Verbrechen erzeugt der Tod «Chaos», Dysfunktionalität und wird daher ausserhalb des normal funktionierenden Warenuniversums in besonderen Apparaten administriert.

Im 2. und 3. Kapitel des ersten Teiles analysiert Ziegler ein umfangreiches Material über das konkrete Funktionieren dieser Maschinen, die für den Tod zuständig sind: das Altersheim, und vor allem das Krankenhaus. Er analysiert das Verhältnis der beteiligten Gruppen: das Spitalmanagement, das sich mit der dominierenden Gruppe identifiziert, mit den Thanatokraten, den Herren über Tod und Leben (den Medizinexperten), die den Tod im Namen der Gesellschaft verwalten, den Repräsentanten des diskursiven, technischen Wissens über den Menschen. Die zweite Gruppe: die Krankenschwestern und das Pflegepersonal, die im Gegensatz zur ersten Gruppe Kontakt mit den Sterbenden haben und die Repräsentanten eines existentiellen, menschlichen Wissens über den Tod sind, ein Diskurs, der aber in der Spitalhierarchie vom Diskurs der Thanatokraten dominiert wird. Die dritte Gruppe schliesslich: der Sterbende und seine Angehörigen. Ihre stumme Kritik an ihrem Ausgeschlossensein vom Wissen: über den Zustand, den Tod, vom Sterbenden, ihre Fremdbestimmtheit und Hilflosigkeit.

Der zweite Teil des Buches ist dem afrikanischen Tod in Brasilien gewidmet. Ziegler zeigt, wie hier der Tod nicht aus dem Bewusstsein beseitigt wird. Er lebt unter den Lebenden, in den Kulten für die Götter und die Toten. Ziegler rekonstruiert dieses Symbolsystem: die Ideen, Praktiken und Institutionen, anhand eigener Beobachtungen und einer umfangreichen ethnologischen Literatur. Da das ganze Denksystem uns fremd ist, muss man sich mühsam einarbeiten, was nur eine eigene, sorgfältige Lektüre leisten kann. Das letzte Kapitel des 2. Teils, «Die Unsterblichkeit bei den Yorubas», führt in dieses faszinierende Denken ein.

Ideologie eine Lüge?

Das Buch ist auch problematisch. Hier nur zwei Beispiele. Das ganze ideologische System einer Gesellschaft stellt ein System symbolischer Gewalt dar, *«das die herrschende Klasse verwendet . . . als Waffe der Überredung, der Beeinflussung, der Lüge»*. Ich glaube aber nicht, dass Ideologie (symbolische Gewalt) das gleiche wie Lüge ist, dass eine Bourgeoisie, die die «Wahrheit» kennt, den Rest der Gesellschaft belügt. Das theoretische Verhältnis der Ideologie zum Rest der Gesellschaft ist in diesem Buch unklar, wenn auch im Hinblick auf die konkrete Problemstellung, den Tod (wenigstens des abendländischen), genau analysiert. Die zweite Frage betrifft den afrikanischen Tod. Man kann einverstanden sein, wenn Ziegler schreibt: *«Ein richtiges Bewusstsein vom Tod ist die Bedingung für den gemeinsamen Aufstand von Menschen, die entschlossen sind, ihre soziale Existenz nach den Prinzipien von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit neu zu schaffen.»* Aber was heisst «ein richtiges Bewusstsein vom Tod»? Man hat den Eindruck, Ziegler meine damit den afrikanischen Tod. Eine bestimmte Ideologie ist aber nur fortschrittlich oder konservativ durch den klassenkämpferischen Kontext, in dem sie steht und dem in den afrikanischen Beispielen zu wenig Rechnung getragen wird. So wurde die haitianische Variante des afrobrasilianischen Candomble (Götterkult), der Wodu, von Diktator Duvalier zur Staatsreligion erhoben, und die Priester der afrikanischen Kulte dienen, mit ihrer traditionell legitimierten Autorität, dem Legitimationsbedürfnis einer reaktionären Diktatur.

Unsere Kultur von aussen betrachten

Was mich an diesem Buch am meisten fasziniert, ist die Art und Weise, mit der Ziegler institutionalisiertes Denken, Ideologien aufspürt und analysiert. (Er redet davon in seiner Einleitung, die zu den besten gehört, die ich je gelesen habe.) Es ist schwierig, diese Ideologien aufzuspüren, da grosse Teile davon allen Klassen unserer Gesellschaft gemeinsam sind, die Theoretiker inbegriffen __ so, wie es schwierig ist, Dinge zu sehen, auf denen man sitzt. Die einzige Möglichkeit: aufstehen und woanders hingehen, von wo aus man das sieht, worauf man vorher gesessen ist. Die generative Soziologie, zu deren Hauptvertretern Bastide, Balandier, Duvignaud gehören, liefert Ziegler die Begriffe für das so sichtbar Gewordene. Seine anderen Lehrer: die Priester der afrikanischen Kulte Brasiliens, die Babalorixa. Sie haben Ziegler in ihre Welt eingeführt, ihm Dinge beigebracht – andere Dinge und auf eine andere Weise als hier üblich, eine andere Art zu sehen. Gewohnte Dinge, Evidenzen verlieren ihre Selbstverständlichkeit dadurch, dass man sie mit andern Dingen kontrastiert, Differenzen schafft.

«Von nun an betrachte ich meine ursprüngliche Kultur als feindlich: ich habe mich der afrikanischen Kultur wie einer langersehnten Frau verbunden.» Aber kommt dies nicht einem privaten Rückzug ins Exotische gleich, wie H. Loetscher im Zürcher «Tages-Anzeiger» meint? Nein! Denn *«obwohl ich sie ablehne, stellt die Kultur, aus der ich selbst komme, dennoch den wesentlichsten Teil aller meiner geistigen Kategorien.»* Und jeder, der schon einmal versucht hat, in einer fremden Kultur heimisch zu werden, weiss, dass er letztlich immer ein Fremder bleiben wird. So bleibt einem nur ein Ort an der Grenze zwischen hier und dort, ein Ort ohne jede Ausdehnung zwar, aber ein Produktionsort radikaler Erkenntnis, eine Möglichkeit, Ideologien ans Licht zu ziehen. Dieses Denken: analytisch, philosophisch, persönlich und revolutionär zugleich, lässt sich kaum mehr in den herrschenden positivistischen, technokratischen und formalistischen Diskurs der Universitätssoziologie integrieren. Das ist der Grund, weshalb die aufgescheuchte CH-Hühner-und-Mäuse-Intelligenzia gegen Ziegler den Bannspruch der «Unwissenschaftlichkeit» schleudert und den einzigen Schweizer Sozialwissenschafter von internationalem Ansehen als Nestbeschmutzer bezeichnet. Sollen sie!

«Ein leidenschaftlicher Gedanke allerdings beseelt mich. Er ist die letzte Zuflucht einer Würde, die bisher nur schlecht in einer kollektiven Praxis Gestalt annehmen konnte. Die Würde des Wortes: zu sagen, was ist, zu sagen, dass das, was ist, falsch ist.»

Jean Ziegler: Die Lebenden und der Tod. Luchterhand 1977 (du Seuil 1975).

Spots

Der niedersächsische Justizminister Puvogel hat seinen Hut nehmen müssen. Ein findiger Journalist hatte in seiner Dissertation nazistisches Denken aufgespürt: «Ihr (der Nazi, die Red.) Endziel ist, durch geeignete Massnahmen die wertvollen Erbströme unseres Volkes immer stärker fliessen zu lassen, die minderwertigen hingegen nach und nach zum Versiegen zu bringen. Ein grosses Werk . . . Und die vorgeschlagene Massnahme: «Unschädlichmachung für immer.» (Diss. Seite 11).

*

Dass es immer wieder nur der Zufall ist, welcher so berüchtigte Vergangenheit ans Licht der Gegenwart bringt, liegt auch daran, dass das Archiv der Nationalsozialisten noch immer in amerikanischer Hand ist. Die BRD-Regierung lehnt eine Übernahme nach wie vor ab. Aus Schiss wohl, es könnten dann noch andere Vögel fliegen müssen.

Mutmassliche Terroristen menschenunwürdig behandelt

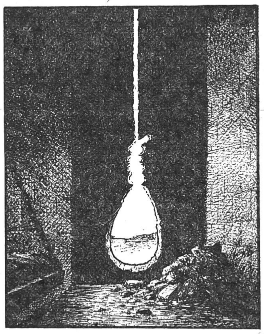
Gefängnis im Gefängnis

fh. Ihre Isolation ist total. Sie sind 23½ Stunden im Tag in Einzelzellen eingeschlossen. Auf der gleichen Etage finden sich keine anderen Gefangenen. Kein Strahl normalen Tageslichts dringt in den engen Raum. Künstliche Beleuchtung ist während 17 Stunden eingeschaltet. Fernsehkameras registrieren während 24 Stunden jede Bewegung. Sie haben weder Zeitungen noch Zeitschriften. Unter diesen Bedingungen leben seit dem 20. Dezember 1977 die beiden mutmasslichen Terroristen Gabriele Kröcher-Tied mann und Christian Möller. «Wird im Berner Amtsgefängnis gefoltert?» fragt das Komitee gegen Isolationshaft, Zürich.

Das Bezirksgefängnis Bern im Amtshaus – es sind dort vorab Untersuchungsgefangene, aber auch Häftlinge zur Verbüssung von Kurzstrafen untergebracht – ist ein Musterbeispiel neuerer Gefängnisarchitektur. Durch die Betonmauern dringt weder frische Luft noch kaum ein Strahl Tageslicht. Die Zellenfenster sind aus Milchglas. Nur ein schmaler Schlitz gibt den Blick auf einen Streifen Himmel frei. In die 113 Zellen (davon 90 Einzelzellen) gelangt nur wenig frische Luft: Die Klimaanlage wälzt im wesentlichen die Zellenluft (angereichert mit wenig Frischluft) mit all ihren Gerüchen um. Die täglichen 20minütigen Spaziergänge finden in einem Raum mit nur kleinen halboffenen Fenstern statt. Höchstens einmal wöchentlich dürfen die Gefangenen besucht werden – in einer winzigen Kabine eingesperrt.

Isolations-Terror

Diese menschenunwürdigen Bedingungen gelten für alle Gefangenen. Noch schlimmer haben es aber die beiden seit beinahe drei Monaten inhaftierten Deutschen Kröcher und Möller. In einer Dokumentation beschreibt das Komitee gegen Isolationshaft die besonderen Haftbedingungen für das Pärchen:



– Einzelzellen im 4. Stock (nicht angrenzend). Alle übrigen Gefangenen sind aus dem Stock entfernt worden. Absolute Geräuscharmut.
– An Werktagen 40 Minuten Spaziergang. Auch hier: Trennung. Kein Kontakt zu anderen Gefangenen.
– Überhaupt kein Tageslicht. Der Normalglasschlitz wurde übermalt.
– In den ersten beiden Monaten der Haft 24 Stunden künstliches, grelles Licht. Nach der Intervention von Ärzten ist das Licht jetzt zwischen 23.00 Uhr und 6.00 Uhr gelöscht. Überwachung mit TV-Kameras (vermutlich auch in der Nacht).
– Verbot von Zeitschriften und Zeitungen. Kein Anschluss ans Radioprogramm der Anstalt.
– Anwaltsbesuche, Schreiben und Empfangen von Post wurden erst nach 30 Tagen zugelassen. Verteidigerbesuche gibt es nur am Dienstag und Donnerstag in einem zirka 2 Quadratmeter kleinen, fensterlosen Raum. Zwischen Anwalt und Mandant eine dicke Glasscheibe.
– Die Anwälte werden vor jedem Besuch peinlichst untersucht und abgetastet. Die Verteidigerpost wird auf Gegenstände wie Büroklammern untersucht.

Nach Ansicht des Komitees gegen Isolationshaft verstösst ein Grossteil der Spezialanordnungen gegen die Menschenrechtskonvention, gegen die Mindestgrundsätze zur Behandlung von Gefangenen und gegen die eidgenössische Verfassung. *«Die Haftbedingungen können in ihrer Gesamtheit nur als Folter bezeichnet werden»*, schreibt das Komitee.

«Hafterleichterungen»

Mit Entscheid vom 22. Februar hat die zuständige Anklagekammer des bernischen Obergerichts einige Erleichterungen der Haftbedingungen beschlossen. Zugestellt wurde der Entscheid allerdings erst am 8. März. Danach wird jetzt den beiden Inhaftierten das Tragen einer Armbanduhr und persönlicher Kleider sowie das Rauchen in der Zelle erlaubt. Der tägliche Spaziergang (unter gleichen verschärften Bedingungen) wurde von 20 auf 40 Minuten verlängert. Auch wurde der Besitz von Büchern erlaubt. Allerdings wurden die abgegebenen Buchbestellungen bis Anfang April nicht ausgeliefert. Nach Meinung der mandatierten Anwälte bedeuten diese neuesten Massnahmen keine grundsätzliche Änderung der Haftbedingungen. Ein Sprecher des Anwaltkollektivs auf Anfrage: «Die Isolation bleibt.»

Mit der Maschinenpistole im Rücken

Berns Polizei wird neuerdings ganz auf bundesrepublikanisch getrimmt. Eine Pressephotographin, welche am 6. März auf öffentlichem Grund ein Bild des Bezirksgefängnisses (Amtshaus) schiessen wollte, wurde kurzerhand zur Terroristenhelferin gemacht. Obwohl ein Presseausweis ihre unbescholtene Identität hinreichend belegte, wurde sie von einem Ordnungshüter mit der Maschinenpistole im Anschlag zum Gang zu ihrem Auto gezwungen – über mehrere Zebrastreifen im Berner Stadtzentrum hinweg! Nach halbstündigem Verhör mit einem mittleren Schock freigelassen, protestierte die im Bundeshaus akkreditierte Pressephotographin über ihren Berufsverband bei den Behörden. Regierungsstatthalter Nyffeler (SVP) musste sich entschuldigen. Für den Sekretär des Verbandes schweizerischer Journalisten (VSJ), Hans Seelhofer, lag allerdings «kein Verstoss gegen die Pressefreiheit» vor.

Eine «konzept»/SSR-Dienstleistung

Gratis-Reisepartnersuche

Wie mach' ich's?

Text sauber mit Schreibmaschine (grosser Abstand, kurze Zeilen) schreiben, maximal 35 Worte. Längere Inserate werden gekürzt. Name, Adresse nicht vergessen! Inserat, mit 40 Rp. frankiert, einsenden an **«das konzept», Reis mit, Weinbergstrasse 31, 8006 Zürich, Einsendeschluss wie Inseratenschluss (vgl. Impressum).**
Kommerzielle Inserate, solche mit andern Zwecken als der Suche nach Reisepartnern sowie Chiffre-Inserate können nicht angenommen werden. (Wir verweisen dafür auf unsere günstigen Kontakt- und Kleinanzeigen in den Rubriken «treffpunkt», «Flohmarkt».)

Welches nette Mädchen kommt mit mir (23/180) im Sommer **mit Escolette nach Spanien** Flugzeug)? Auf Antwort, evtl. mit Photo, freut sich: Fredy Meier, Gumpenwiesenstr. 12, 8157 Dielsdorf.

Mit Pferd und Zelt durchs **schottische Hochland!** Wär das was für Dich? Der Spass kostet ca. 900 Fr. und dauert vom 17. 7. bis 31. 7. Ich freu mich auf Dich. Yvonne Buchs, Unterortstr. 7, 8804 Au, Tel. (01) 780 52 14.

Student, 20/180, sucht liebe Reisepartnerin. Hast Du auch Lust, im Juni 78 **Südfrankreich oder Südspanien** zu durchstreifen? Fahre per eigenem Auto, Zug oder Tramp. Raffael Enderli, c/o Dufour, Hadlaubstr. 40, 8044 Zürich.

Unternehmungslustiger Mediziner (25/175), leptosom, Ästhet, weitgereist, vielseitig, sucht feinfühlige, **attraktive Partnerin, für zu planende Ferienreisen:** Im Einheimischenkreis fremde, altvertraute Lebensart, Sprachen und – Küche! mitgeniessen, reiten, segeln, tauchen. Ausgefallene Ideen mit Erfinder's Photo, Antwort Ehrensache, an Postfach 459, 3600 Thun 7, Länggasse.

Jeune femme, intellectuelle, 28 ans, cherche compagnon sympa pour **randonnées à pieds et voyages.** A.-F. Schmid, 13, rue Saint-Roch, 1004 Lausanne.

18jährige Frohnatur sucht Reisekamerad oder -kameradin für nach **Griechenland** oder sonst wohin. 14 Tage im Juli und/oder August Agistri mit SSR. Gisela Gygax, (031) 34 27 12.

Boy (20) sucht Reisepartner(in) vom 5. bis 19. August zum unkonventionellen **Festival von Tabarka** (Tunesien). Tel. am Tage (01) 215 43 06 und am Abend (052) 25 48 57; Heiner Baer.

Suche liebe(n) Partner(in) für Reisen z. B. **Sizilienrundfahrt, Städteflüge, Fly-and-drive-Ferien** (Juli 1978). Bin 33jährige, schlanke, grosse, sportliche Schnittdirektrice aus Vorarlberg, Nichtraucherin, naturliebend. Irmgard Müller, Tafernstr. 35, A-6804 Feldkirch.

Ich (26) suche Begleiterin für **Australien und Indien.** Abreise in ca. 3–4 Monaten. Vreni Hochreuter, Tièchestr. 65, 8037 Zürich, Tel. (01) 44 74 38 (abends bis 23 h).

Jeune homme (21 ans) sympa, décontracté, cherche pour **voyage en Grèce** (sur terre et sur mer) compagne (18 à 25 ans) gaie, jolie. Date à convenir. Photo s.v.p. Raphaël Codourey, Av. Gén. Guisan 28, 1700 Fribourg.

Suche noch einige Leute, welche mit 2 Rädern (keine Velos und Mofas) im Juli **quer durch Südirland** reisen. Susanne Huber (25), Wanderstr. 17, 4054 Basel, (061) 39 96 30.

Suche reisefreudige Kameradin, die gerne vom 23. 7. bis 13. 8. 78 mit mir eine **Tramperreise nach Dänemark und Schweden** unternehmen möchte. Wer hätte Lust, mit mir zu kommen? Bin ein 18jähriger Schreinerlehrling. Manfred Pripfl, Nonnenweg 72, 4012 Basel.

Für individuelle **Spanien-Rundreise** (evtl. Fly and drive), 3 Wochen im Mai oder Juni, Reisekameradin gesucht. Möchte Land, Leute, Kunst und Musik bes. von Südspanien kennenlernen. Bin 31, vielseitig interessiert. Hasta luego, Regula. Tel. 926 54 48.

Mit Ross und Wagen durch Irland. Suche Begleiter für zweiwöchige Irland-Reise. Datum: Juni 78. Zuschriften an folgende Adresse: Ursula Egli, Balmfluhstr. 329, 4515 Oberdorf.

Welches nette wbl. Wesen kommt mit auf **Interrail-Tour Juli 78 Richtung Balkan,** hauptsächlich Jugoslawien, Rumänien, Griechenland? Bin Stud., 20 J. Schreib einfach mal! Bernhard Scholer, Sundgauallee 42-02-08, D-78 Freiburg, BRD.

Garçon, 17 ans, cherche compagne(s) ou compagnon(s), pour **voyage à Londres** du 10 au 24 juillet, bienvenu(e) si connaissance de l'anglais. Tél. (022) 21 97 42 ou écrire à: M. Santiago Pérez, rue du Rhône 110, **1204 Genève.**

Etudiant, 17 ans, cherche compagne du même âge-étudiante si possible-pour voyage en **Sundecker en France.** Réponse urgente, cause de places. Noël Baechler, Plânche Supérieure 18, 1700 Fribourg.

17jährige Mittelschülerin sucht für 4½ Wochen im Sommer (9. Juli–13. August 78) eine(n) Reisepartner(in). Mein Reiseziel: mit **«Inter-Rail»** Irland/Grossbritannien oder Spanien/Marokko oder ähnlich zu sehen. Agnes Räss, Gerbeweg 3, 9000 St. Gallen.

Afrika, Südamerika oder Asien? Gesucht Reisepartnerin (25–30 J.) mit Freude an unkonv. Reisen und m. Interesse an der Auseinandersetzung mit Neuem. Start: Sommer 78 oder nach Vereinb. für ca. 6 Monate. VW-Bus vorhanden. Bin Sozialarbeiter (30), (01) 47 39 77, 12–13 Uhr, nach 18 Uhr.

Ich suche Partner für **Reise nach Rom** vom 23.–30. Juli oder später. Rom kennenzulernen ist mein grosser Wunsch. Vreni Alioth (22), Weid 121, 9428 Walzenhausen, (071) 44 23 75.

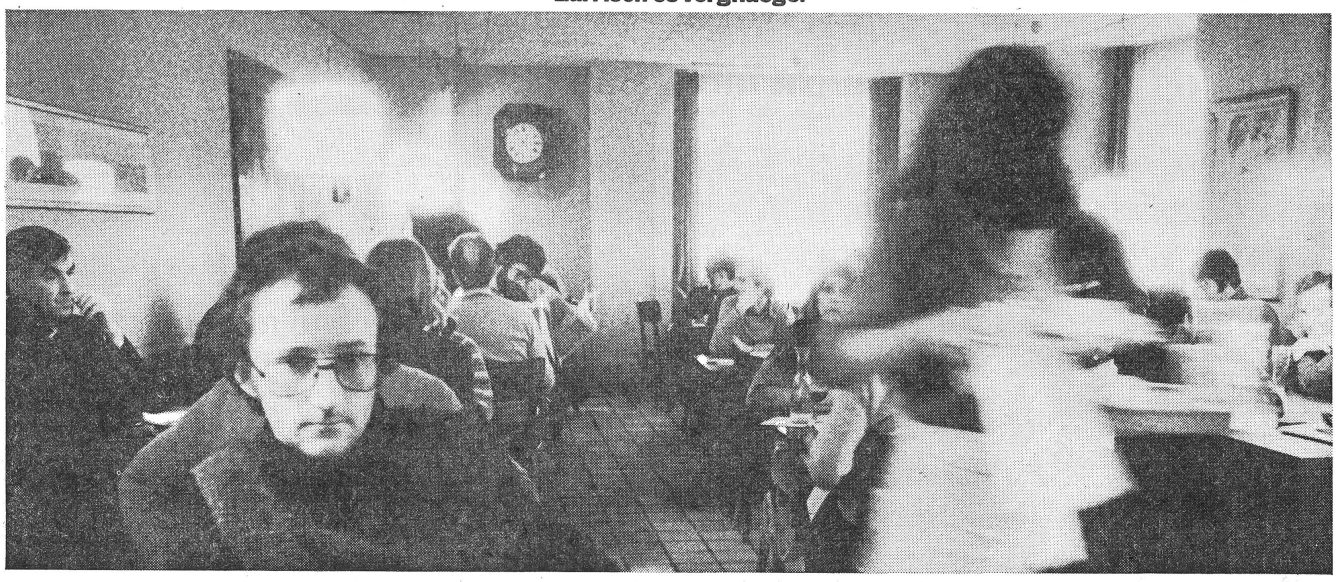
Suche Reisepartner oder Reisepartnerin für **«Osteuropäische Königsstädte»** vom 1. 10.–15. 10. 78. Bin Deutsche, 24 J., Einzelhandelskaufmann. Wenn Du mich kennenlernen willst, schreib bitte an Rosemarie Schäuble, Küssaburgstr. 2, D-7891 Hohentengen-Bergöschingen.

Ich, 25, suche Globetrotter-Partner(in), evtl. auch Gruppe für Trip mit öffentlichen Verkehrsmitteln nach **Indien, Nepal, Südostasien.** Start Sommer 78. Rolf Vögele, Rehalpstr. 51, 8008 Zürich, (01) 55 68 47.

Welches Mädchen kommt im Juli/August für 3 Wochen mit mir (27) in die Ferien? **Frankreich oder . . .** mit Auto und Zelt. Ruf doch mal an! Urs, Tel. (031) 25 66 00.

Ferien-Fest TABARKA
Juli–August
Alternativen Jazz Workshops Meer
Film Musik Sport Fr. 750.--
Sonne 2 Wochen Theater Konfrontation Folklore
SSR-Reisen
Sonderprospekt verlangen!
Tel. 01/ 242 30 30

Züri isch es Vergnüege.



Zürich hat jetzt eine Abendzeitung.

Sie erscheint jeden Freitagmorgen.

Sogenannte «Abendzeitungen» erscheinen normalerweise am Abend, berichten aber über das, was am Morgen geschehen ist.

Bei unserer Abendzeitung ist es umgekehrt: Sie erscheint an einem Morgen und berichtet über das, was am Abend geschieht. Und nicht etwa über das, was am gleichen Abend geschieht, sondern über Dinge, die sich erst an den Abenden der folgenden Woche ereignen. Hellseherei?

Die Zeitung, die so viel über die Zukunft weiss, ist das neue «Wochen-Programm» des Tages-Anzeigers. Gemacht für Leute in und um Zürich, für die der Abend aus etwas anderem besteht, als in die Pantoffeln zu schlüpfen und müde zu sein.

Für Leute wie Sie, die noch Lust zum Ausgehen verspüren. Und die über Filme, Theateraufführungen, Opern, Sinfoniekonzerte, Jazz-Sessions oder Kunstausstellungen mehr wissen wollen, als dass sie stattfinden.

Das einmalige an Zürichs neuer Abendzeitung ist freilich, dass man sie immer zusammen mit einer echten Morgenzeitung, dem Tages-Anzeiger, bekommt. Und den bekommen Sie nicht nur am Freitag, sondern sechsmal in der Woche. Mit Informationen über die grosse und die kleine Politik, die Wirtschaft, die Kultur, den Sport. Und mit seinen Begleitern, dem grossen Stellen-Anzeiger am Dienstag und am Donnerstag und dem anspruchsvollen Magazin am Samstag.

Und noch etwas bekommen Sie, nur Sie: 30% Studentenrabatt.

COUPON

30% Studentenrabatt.

☐ Ich möchte den Tages-Anzeiger, diese Morgen- und Abendzeitung, kennenlernen. Vorerst 2 Wochen lang gratis.

☐ Ich möchte den Tages-Anzeiger abonnieren. Die ersten 2 Wochen sind gratis.

Ich wünsche folgende Zahlungsart:

☐ monatlich Fr. 6.85 ☐ halbjährlich Fr. 38.90

☐ vierteljährlich Fr. 19.65 ☐ jährlich Fr. 77.–

Name

Strasse

PLZ, Ort

Fakultät 7411

Semester

Bitte ausschneiden und senden an: Tages-Anzeiger, Vertrieb, Postfach, 8021 Zürich

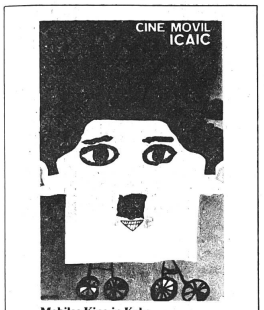
WDW

Filmland Kuba im Vormarsch

Kommunikation mit dem Volk

Von Gabrielle Baur

An den diesjährigen Berliner Filmfestspielen wurden acht Filme aus Kuba gezeigt. Kuba hat sich als einziges lateinamerikanisches Land und als eines der wenigen Dritte-Welt-Länder vom Imperialismus befreit, seine eigenen Kräfte wiederentdeckt und für sich nutzbar gemacht. Trotz immer wiederkehrender Anstrengungen konnte sich vor der Revolution (1959) kein eigenständiges, nationales Kino entwickeln. Nordamerikanische und mexikanische Interessen blockierten die Entstehung einer kontinuierlichen, kubanischen Filmindustrie. Durch die Revolution hat Kuba innerhalb von wenigen Jahren eine eigene, funktionierende Filmindustrie aufgebaut. Unser Bericht gibt einen kurzen Überblick über die Entwicklung und Probleme, die neuen Ansätze und die Ziele des kubanischen Kinos.



Mobiles Kino in Kuba
«Die kubanische Kultur hat sich immer im Kampf entwickelt. Unsere kulturelle Vorgeschichte der Plastik, der Literatur und der Musik hatte schon immer einen antikolonialistischen und antiimperialistischen Charakter. Dieses kulturelle Erbe wurde für das Kino wiederentdeckt und fruchtbar gemacht.» (Nach Gutiérrez Alea)

Das revolutionäre Kino Kubas musste praktisch am Nullpunkt anfangen. Es gab weder eine industrielle Basis noch eine Filmtradition, die als Ausgangspunkt benutzt werden konnte (vor der Revolution kamen 99,6% der Filme aus dem Ausland. 1959, im Jahr der Revolution, hatte das erste kulturelle Gesetz die Gründung des kubanischen Instituts für Filmkunst und Filmindustrie (ICAIC) zum Inhalt. Ein Postulat des Filmgesetzes heisst: *«Film muss an das Bewusstsein appellieren. Er muss helfen, die Unwissenheit zu beseitigen, Probleme zu analysieren, Lösungen anbieten, und er muss die grossen Konflikte der Menschheit auf eine dramatische und aktuelle Weise darstellen.»* Das Kino in Kuba definiert sich durch die Kommunikationsfähigkeit mit dem Volk.

Der Einsatz von Kinomobilen ermöglicht Vorführungen bis in die hintersten Winkel des Landes. Die Filme werden in Schulen und Gewerkschaften gezeigt, und auch diskutiert. Sie werden im Fernsehen ausgestrahlt und besprochen. Um das Verständnis zu vertiefen, gibt es jede Woche Sendungen über Filmgeschichte, Filmproduktion und aktuelle Filme. Manche Filmprojekte entstehen in direkter Zusammenarbeit mit dem Volk. Es ist ein aktives, partizipierendes Kino, das die Konsumgewohnheit durchbrechen will und zu eigener Aktivität herausfordert.

Revolutions-Western

Um so erstaunlicher kommt es einem daher vor, dass ein Film wie *«Rio Negro»* (Manuel Pérez) in Kuba produziert werden konnte. Die Geschichte: ein Revolutionär und ein Konterrevolutionär benutzen die Revolution, um ihren individuellen unversöhnlichen Hass gegeneinander auszuleben. Diese wichtige Problematik ist in die Form eines konventionell gemachten, harten Aktions-Western gekleidet. Die ständige Knallerei endet in der Schlussszene, wo sich die beiden Helden in einem dramatischen Duell gegenüberstehen und nach altbekanntem Muster der tödliche Schuss fällt – der Konterrevolutionär sinkt hin, der Revolutionär steht sinnend da.

Die Umsetzung von Themen in die Form traditioneller Genres wie Western und Kriminalfilme hat auch unter den kubanischen Filmemachern Diskussionen ausgelöst. Die einen argumentieren, dass der Zuschauer sich zwangsläufig mit einem individuellen Helden identifiziere, dass er sehr leicht von Handlung und Spannung überwältigt werde, und all dies widerspreche einem sozialistischen Kino. Andere sagen, der Kriminalfilm z. B. sei nicht wegen seiner manipulativen Spannung für Kuba interessant, sondern wegen seines Mechanismus der Intrige, auf dem er basiert. Und Handlung, Aktion sei vielleicht das nächstliegende, das tragfähigste Vehikel für Inhalte, ein wesentliches Element des Kinos.

Sehgewohnheiten ändern langsam

Noch sind viele ausländische, kommerziell ausgerichtete Filme in Kuba zu sehen und stellen eine ideologische Konkurrenz zu den nationalen Filmen dar. Die Sehgewohnheiten, über Jahrzehnte hinweg vom amerikanischen Kino erzeugt, sind nicht schnell zu ändern, auch wenn diese Änderung angestrebt wird. In erster Linie gilt es, den ausländischen Filmen, wie etwa den Hollywood-Komödien, auf der Leinwand den Kampf anzusagen; das heisst, die nationale Produktion muss ohne Qualitätsverlust ständig erhöht werden. Allerdings erlauben die beschränkten finanziellen Mittel und die (teure) 35-mm-Technik keine grossen Experimente. *«Das Volk hat einen Anspruch darauf, dass wir in seinem Sinne mit den Produktionsmitteln umgehen.»* Der Materialverbrauch wird klein gehalten, Farbfilme gibt es erst seit wenigen Jahren, ebenso Spielfilme, welche mit einem grösseren finanziellen Aufwand verbunden sind. Mit Krediten der revolutionären Regierung Fidel Castros wurden die ersten Dokumentarfilme und fünfzehn Spielfilme pro Jahr produziert. Dabei muss man sich vergegenwärtigen, dass die Mehrzahl der unterentwickelten Länder nicht einmal in der Lage sind, einen einzigen Film pro Jahr herzustellen.

Eine neue Ästhetik

Ein Hauptmerkmal des kubanischen Filmes ist das eigenartige Gemisch aus konventionellen und experimentellen, aus klassischen und folkloristischen Elementen. Ansätze zu einer neuen Ästhetik zeigen sich in den Versuchen, die Trennung zwischen Dokumentarischem und Fiktivem, zwischen Dokumentar- und Spielfilm aufzuheben.

Die grossen sozialen Umwälzungen forderten den Dokumentaristen heraus, ermöglichten ihm, ein vitales, direktes und organisches Kino zu machen. Der Spielfilm beginnt jetzt die Erfahrung des Dokumentarfilms für sich zu nutzen. *«Dieses Aufeinandertreffen von Fiktivem und Dokumentarischem ist ein weiterer Versuch, die Möglichkeiten des Kinos zu erweitern, seine reflektiven Möglichkeiten auszuschöpfen. Wir brauchen ein Kino, dass zum Denken zwingt, das Denkanstösse liefert. Und dazu reicht die Fiktion nicht aus. In ihren traditionellen Strukturen begrenzt sie die Information. Dabei geht es nicht um die Integrierung zweier Genres, sondern um die Herstellung eines grösseren Gleichgewichts zwischen beiden Elementen, zwischen reflektiver und emotionaler Fähigkeit.»* (Garcia Espinosa)

Der Spielfilm *«Los dias del agua»* von Octavio Gómez hat sich die Vitalität des Dokumentarischen zunutze gemacht. Die Geschichte spielt im Jahr 1936. Religion und Kapitalismus prallen in der «heiligen Antonia Izquierda» (vgl. unser Bild), die Kranke heilt, und skrupellosen Politikern aufeinander. Der Film zeigt, wie politische Intrigen mit Hilfe der Religion entstehen. Er ist eine blutige, analytische Abrechnung mit Kapitalismus und Religion, welche in der kubanischen Geschichte jahrzehntelang das Volk überräderte. Das Volk geht als Sieger hervor. Dabei steigern sich Phantasie und Imagination in den immer zügelloser werdenden Geschehnissen: die aus den konventionellen Fugen geratene Kamera fliegt über wogende Volksmassen, streift mystisch getönte, visionsartige Bilder, lässt sie im schneller werdenden Rhythmus auf Bilder harter Realität prallen. In einer ritualähnlichen Explosion vernichten sich «Heilige» und Politiker gegenseitig.

Unsere Geschichte ist die Gegenwart Lateinamerikas

Eine wichtie inhaltliche Tendenz im kubanischen Filmschaffen ist die Auseinandersetzung mit der Geschichte. Kubanische Filmemacher meinen dazu: *«Wir sind ein junges Land, dessen Kultur von den Ausländern, den Imperialisten deformiert wurde. Deshalb ist es für uns so notwendig, unsere wirkliche Tradition, unsere eigentliche Kultur wiederzuentdecken. Und wir glauben, diesen Prozess mit Hilfe dieser Filme vorantreiben zu können. Es sind Filme, die uns dazu dienen sollen, aus unserer Geschichte Elemente für unseren täglichen Kampf zu gewinnen, Elemente unserer Identität.»* (Saul Yelin)

Octavio Gómez formuliert, was in vielen dieser Filme spürbar, sichtbar wird: *«Ich weigere mich, grundsätzliche Unterschiede zwischen einem «historischen» und einem sogenannten «Gegenwartsthema» zu machen, wenn es sich um ein revolutionäres Kino handelt. Ein revolutionäres Kino dringt in die Geschichte ein und sucht darin die Gegenwart und die Zukunft; es stellt sie in einen aktuellen Bezug und zeigt sie als etwas Lebendiges, Gültiges und Kontinuierliches.»*

«El Giradisto», Erstlingsfilm von Octavio Cortazar und ein grosser Erfolg im kubanischen Kino, gehört zu jenen Filmen, die das Volk im Vertrauen auf seine eigenen Möglichkeiten und Kräfte bestärken. Ein junger Lehrer, der an der Alphabetisierungskampagne im Jahr 1961 teilnahm, kommt in ein abgelegenes Dorf in den Bergen. Seine Jugend und seine städtische Herkunft treffen auf die Ablehnung der Bevölkerung, vor allem des Dorfoberhauptes, und erschweren ihm das Einleben und die Arbeit in der Dorfgemeinschaft. Doch der beginnende Einfluss der Revolution und die Zähigkeit des Jungen führen schliesslich zur Überwindung der Schwierigkeiten – der Lehrer überwindet «seine Angst vor allem»; das Dorfoberhaupt und mit ihm die andern überwinden sich zum ernsten Lernen von Lesen und Schreiben. Der Film zeigt, was durch «Lernen, Arbeiten, Kämpfen» möglich wird, und dass sich die Anstrengungen dafür lohnen.

Die Revolution in der Revolution

Obwohl in diesen Filmen Aspekte der Gegenwart enthalten sind, vermisste ich ein tieferes Eingehen auf aktuelle Probleme. Wie ist die Situation der Schwarzen heute? Ist der Rassismus auch im sozialen und emotionellen Bereich verschwunden? Wie hat sich die Revolution auf das Bewusstsein und die Probleme des Alltags ausgewirkt? Was machen die Frauen in Kuba? Die fast aufdringliche Abwesenheit der Frau oder ihre Rolle als Randfigur in vielen kubanischen Filmen spräche zwar für sich. Nach diesen Filmen hat die Revolution in der Revolution noch nicht begonnen.

Der Film *«De cierta manera»*, der in der Schweiz schon zu sehen war (von der verstorbenen, schwarzen Kubanerin *Sara Gómez)*, ist einer der wenigen, der sich mit solchen Problemen auseinandersetzt. Er wird heute als einer der wichtigsten, wenn nicht als der wichtigste Film in Kuba angesehen. *«Der Film beschäftigt sich mit unserer Wirklichkeit, und zwar an jenem Punkt, der das Zentrum unserer revolutionären Sorgen bildet. Das heisst, an der Veränderung unseres Landes, die sich nicht nur in der Ökonomie und in der Administration zeigt, sondern eben auch im Bewusstsein des Menschen.»* (Gutiérrez Alea)

Der Film wurde in einem Quartier des ehemaligen marginalen Sektors der Gesellschaft gedreht. Die traditionellen Denkweisen und Verhaltensnormen sind dort noch sehr stark vorhanden. Der Film beschreibt dokumentarisch und fiktiv die Haltung und die Alltagsprobleme dieser Menschen und analysiert ihre Ursachen. Yolanda, eine junge Lehrerin, findet nicht die richtige Erziehungsmethode für einen Schüler aus zerrütteten Familienverhältnissen. Sie steht in ständigem Konflikt mit ihrem Freund Mario, einem Omnibusmonteur, der als ein typischer «macho» ihre Selbständigkeit nicht akzeptieren kann. Der «machismo» (Männerkult) ist in Kuba sehr stark verwurzelt, sowohl von afrikanischen wie spanischen Kultureinflüssen her.

Fidel Castro sagt zwar: *«Gefragt, was die revolutionärste Errungenschaft unserer Revolution sei, müssten wir genau dies antworten: die Revolution unter den Frauen in diesem Land . . .»* Und offiziell darf auch kein Mann gegen die Emanzipation der Frau sein, ohne als Konterrevolutionär zu gelten. Doch dies heisst noch nicht, dass dieses Bewusstsein wirklich durchgedrungen ist. (Vgl. dazu «das konzept» Nr. 11/75 über das Familienrecht in Kuba.) Gleiche Erziehung und gleicher Lohn sind heute selbstverständlich in Kuba (in der Schweiz z. B. nicht), aber Frauen in leitenden Funktionen sind kaum zu finden. Am wenigsten hat sich im sexuellen Bereich verändert. Die Lust und Initiative gehört immer noch allein dem Mann.

Obwohl Mario sich mancher Probleme bewusst ist, verhält er sich im Alltag ständig wie ein «macho», fordernd und herrschend. Er hat Probleme mit seinem Arbeitskollegen Humberto, der sich vor der Arbeit drückt und den er decken soll. Er ist hin- und hergerissen zwischen seinem Pflichtgefühl für das Arbeitskollektiv und seinem Männerkameradschaftsgefühl, welches einen «Verrat» an seinem Kollegen nicht zulässt. Die Unzulänglichkeiten und Widersprüche im Alltag werden sehr subtil aufgezeigt: das daraus resultierende Konfrontations- und Spannungsfeld wird zu einer neuen, bewusstseinsentwickelnden Basis, zu einer Aufforderung an jeden einzelnen, immer weiter an sich zu arbeiten und nicht aufzugeben.

Sara Gómez schrieb 1970: *«Man wird ein Kino ohne Konzessionen machen müssen, das die Wurzeln der Interessen unserer Zuschauer berührt, ein Kino, das fähig ist, sie in ihren inneren Widersprüchen aufzudecken.»* Dies ist ihr in «De cierta manera» gelungen. Er ist ein richtungsweisendes Beispiel für den kubanischen Film, aber auch für den Film im Westen, für die Schweiz.

Literatur: Kino und Kampf in Lateinamerika, von Peter B. Schuhmann.
Women, Resistance and Revolution, von Sheila Rowbotham.

Die Heilige verkörpert die Religion. Aus dem Film «Los dias del agna» von Gomez.

Film in der Schweiz

«das konzept» hat über die Situation des Schweizer Films sechs Seiten als Extradruck herausgegeben. Die Beilage eignet sich besonders als Grundlage für Diskussionen und für Filmveranstaltungen. Sie ist auf der Redaktion gratis erhältlich (max. 200 Ex.).

Die «freien Produktionszonen»: Wachstumsinseln in der 3. Welt

«Billig sind die Arbeitskräfte»

Von Hilmar Stetter

Immer häufiger taucht in der wirtschaftspolitischen Diskussion die Frage nach der Rentabilität des Produktionsstandorts Schweiz auf. Kann es sich die Exportwirtschaft noch leisten, im eigenen Land zu produzieren? Schmälern die hohen Produktionskosten und der hohe Frankenkurs nicht die Absatzchancen? Wird zudem der Binnenmarkt nicht von Billigimporten aus Entwicklungsländern überschwemmt? Muss die Schweizer Industrie nicht einen Schritt weiter gehen, sich also im eigenen Land vermehrt als Forschungs-, Planungs- und Kontrollzentrum etablieren, während die eigentliche Produktion im Ausland vor sich geht?

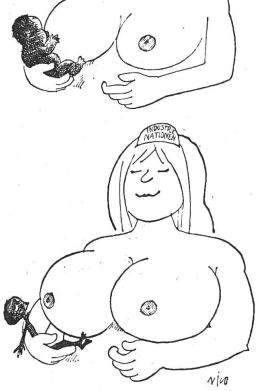
Ins Ausland gehen, das heisst dorthin gehen, wo die Produktionskosten, die *Kosten für die Arbeitskraft* vor allem, billiger, viel billiger sogar, sind. Billig sind die Arbeitskräfte besonders dort, wo Massenarbeitslosigkeit herrscht. Und diese ist ja ein Merkmal praktisch aller Entwicklungsländer.

Man kann die Verlagerung der Industrie zu den billigen Arbeitskräften seit mehreren Jahren beobachten. Verlagert wird eine in ihrer technologischen Entwicklung abgeschlossene, auf Massenproduktion ausgerichtete, *verarbeitende Industrie,* besonders der Textil- und Elektrobranche. Und verlagert wird auch nicht die ganze Produktion, sondern nur jener Teil, der – in kleine, einfache Arbeitsprozesse aufgespalten – verhältnismässig viele Arbeitskräfte benötigt.

Ziel dieser Produktionsverlagerung sind die *«freien Produktionszonen» Asiens, Südamerikas und Afrikas:* jene plötzlichen Wachstumsinseln der dritten Welt also, wo Jeans und Hemden zusammengenäht, Radioapparate gelötet oder Uhren zusammengesetzt werden. Von den Unternehmen in solchen «freien Produktionszonen» wird dann ein bestimmter Teil der im Überfluss vorhandenen Arbeitskräfte ausgelesen. Sie schätzen vor allem jüngere Beschäftigte, welche für die zu verrichtenden Arbeitsvorgänge angelernt werden. Besonders gefragt sind junge, unverheiratete Frauen.

Für die Arbeitskräfte aus der Region um die «freien Produktionszonen» bedeuten die billigen Arbeitskosten *tiefe Löhne, einen langen Arbeitstag* und *hohe Arbeitsintensität* (Werbeslogan: «Für nur 1 US-Dollar arbeitet sie gerne für Sie 8 Stunden, und viele, viele hundert ihrer geschickten Freundinnen warten auf Sie!). Dazu kommen noch weitere schlechte Arbeitsbedingungen und die *Unterdrückung* fast jeder *gewerkschaftlichen Tätigkeit.*

Doch billige Arbeitskosten allein reichen nicht aus, die Firmen und Konzerne der Industrieländer anzulocken. Dazu müssen die sich gegenseitig konkurrenzierenden Entwicklungsländer noch weitere Investitionsvergünstigungen schaffen: eine für die industrielle Exportproduktion geeignete Infrastruktur (Energie, Kommunikationseinrichtungen, Gebäude) und finanzielle Erleichterungen (Zoll- und Steuerermässigungen, freier Gewinntransfer).



Entwicklung durch Wachstum

Dass die «freien Produktionszonen» nicht Einzelfälle sind, sondern in den 70er Jahren von der weltweiten Industrieproduktion gezielt bevorzugt wurden, zeigt sich in ihrer ständig wachsenden Bedeutung. Während es noch 1965 kaum solche Zonen gab, waren es 1975 schon 79 Zonen mit rund 725 000 Beschäftigten. Die noch immer westlichen Industrialisierungs- und Konsummustern vertrauenden Regierungen der dritten Welt glauben mit den «freien Produktionszonen» endlich das Instrument zur Lösung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Probleme gefunden zu haben. Mehr Devisen, neue Arbeitsplätze und Industrialisierung scheinen wieder einmal möglich. So wollen immer mehr Entwicklungsländer solche Zonen errichten, tatkräftig unterstützt von der *UNIDO,* der Organisation für industrielle Entwicklung der Vereinten Nationen.

Dass der proklamierte Nutzen der «freien Produktionszonen» nicht erreicht werden wird, lässt sich heute schon sagen. Die Teilproduktion von Konsumgütern für den Verbraucher in den Industrieländern ist den ökonomischen Bedingungen ihres Standorts in der dritten Welt nicht angepasst, ja sie ist eine eigentliche losgelöste *industrielle Wachstumsinsel.* Dem Standortland bringen die «freien Produktionszonen» kaum Nutzen, gross ist dieser lediglich für das investierende Unternehmen, welches seine Konkurrenzfähigkeit erhalten kann. Zur eigenständigen Industrialisierung der Entwicklungsländer leistet diese rein exportorientierte Teilindustrialisierung keinen Beitrag. Was sie benutzt, sind billige Arbeitskraft und günstige Investitionsbedingungen. Hingegen verstärken die «freien Produktionszonen» die abhängige, ungleiche Entwicklung nach den Bedürfnissen der Industrieländer. Rentiert am Standort der «freien Produktionszonen» die Produktion nicht mehr genug, wird diese stillgelegt und der Standort verlassen. Zurück bleiben Arbeitslosigkeit und Produktionsruinen.

GOTTES DIENSTE

Freitag, 21. April
19 Uhr: **Nicht von dieser Welt – Ostermeditation**
Freitag, 9. Juni
19 Uhr: **Die Überreste des Jüngsten Gerichts**
Freitag, 7. Juli
19 Uhr: Gottesdienst und Fest zum Semesterschluss
Ort: Hirschengraben 7

Diese Gottesdienste werden von drei oder vier Mitgliedern des Semesterteams vorbereitet und gestaltet. Sie sollen eine Gelegenheit sein für Stille und Selbstbesinnung, zu gegenseitigem Austausch und zum ein bisschen Feiern. Die gemeinsame Mahlzeit nachher gehört mit zu diesem Anlass. Das Wort «Gottesdienst» weckt gewisse Erwartungen oder auch Abwehr. Wir bemühen uns um einen Stil, der wieder eine grössere Unbefangenheit ermöglicht.

ÖFFENTLICHE VERANSTALTUNGEN

Dienstag, 25. April,
12.15 Uhr, Uni-Hörsaal 118

DRINNEN, DAS IST WIE DRAUSSEN, NUR ANDERS

Michael Mrakitsch, Deutschland, 1976/77
Der Film versucht zu belegen, dass in psychiatrische Kliniken eingewiesen wird, wer den ständigen Anpassungszwängen nicht mehr gewachsen ist, wer als Arbeitskraft ausfällt und nicht eigentlich der Kranke.

JUGENDRELIGIONEN

8. Mai, 20 Uhr: Children of God
22. Mai, 20 Uhr: Vereinigungskirche/Mun
29. Mai, 20 Uhr: Scientology-Kirche
5. Juni, 20 Uhr: Die Herausforderung der neuen religiösen Gruppen

An den ersten drei Abenden kommen die jeweiligen Vertreter dieser Gruppen zu Wort, der vierte Abend dient der Auswertung.
Leitung: **Dr. A. Ebneter SJ** (Präsident des Informationskreises für Religionen)
Ort: Katholisches Akademikerhaus, Hirschengraben 86

24. Mai, 19.30 Uhr, Uni-Hörsaal

INTERNATIONALE KONZERNE – KANN MAN DIE RIESEN ZÄHMEN?

Vortrag und Gespräch mit **Gerhard Breidenstein,** Dortmund
Der Autor des rororo-Sachbuches «Internationale Konzerne» stellt die Frage, wie die Machtballung dieser Konzerne kontrolliert und eingedämmt werden kann. Die Rolle der Regierungen, der Uno, der Gewerkschaften.

Freitag, 26. Mai, 19 Uhr
Abend mit

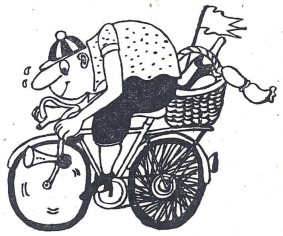
AUSLÄNDISCHEN STUDENTEN

Kaspar Hauser oder
Jeder für sich und Gott gegen alle
Ein Film von Werner Herzog, BRD, 1974
Die freie Version der Geschichte des Findelkindes Kaspar Hauser, der 1828 als 18jähriger in Nürnberg auftauchte, nachdem er sein ganzes Leben in einem dunklen Verliess zugebracht hatte, dient als Anlass für ein Gespräch zwischen Schweizern und Ausländern.
Ort: Hirschengraben 7

Freitag, 23. Juni, 18 Uhr
Hirschengraben 7

EHG-VOLLVERSAMMLUNG

Programmplanung Wintersemester 78/79



4. Mai, Auffahrt

QUERFELDEIN

eine ganztägige Velotour durchs Züribiet
(zwischen 40 und 60 km, je nach Lust und Ausdauer)
Besammlung: 8.30 Uhr, Hirschengraben 7
Wer kein Fahrrad auftreiben kann, mietet sich eines bei den SBB (Miete ca. 10 Fr.)
Anmeldung bis 2. Mai

Samstag/Sonntag, 6./7. Mai

GLAUBENSERFAHRUNGEN ZWISCHEN KATECHISMUS UND ATHEISMUS

zusammen mit der Paulus-Akademie, Zürich, in Zürich-Witikon, Carl-Spitteler-Str. 38
Lebt der Glaube noch in Erfahrungen, die wir einander verständlich machen können? Oder sind die Erfahrungen zu Formeln versteinert, in denen Gott schon längst verlorengegangen ist?
Einleitende Voten, Gruppengespräch, kreatives Gestalten.
Mit **Gonsalv K. Mainberger,** Philosophielehrer
Oskar Pfenninger, Schriftsteller
Hans-Rudolf Rüfenacht, Zentrumsleiter
und andern

Freitagabend/Samstagvormittag, 19./20. Mai

TIEFENPSYCHOLOGIE UND BIBEL

Eine weitere Gesprächsrunde mit dem Analytiker Robert Strubel: Erhellung und Kritik biblischer Motive und Geschichten durch die Tiefenpsychologie.
Ort: Voltastrasse 58

Samstag/Sonntag, 20./21. Mai

MUSIK

Ein Wochenende in der Kulturmühle Lützelflüh (BE), gemeinsam veranstaltet mit der Evang. Universitätsgemeinde Bern.
Wir wollen musizieren drinnen und draussen, unter den Bäumen, in kleinen und grossen Gruppen, ab Blatt, improvisierend oder übend. Wir wollen auch zusammensitzen, gut essen und maibummeln
Kosten: 40 Fr. alles inbegriffen
Anmeldung bis 11. Mai

Freitag/Samstag, 26./27. Mai, auf Boldern

EXPERIMENT MIT UNSERER ZUKUNFT MIT ODER OHNE ATOMENERGIE

Eine Tagung, gemeinsam veranstaltet mit dem Tagungszentrum Boldern.
Die Sicherheit in der Atomindustrie: Welche Experimente machen wir mit unserem Leben?
Der Verzicht auf Atomenergie: Welche Experimente werden mit unserer Volkswirtschaft gemacht?
Gegner und Befürworter befragen sich wechselseitig. Sozialethiker fragen nach Werten und Zielvorstellungen, die dem Atomenergieprogramm resp. der nichtnuklearen Zukunft zugrunde gelegt sind.

Freitag/Samstag, 16./17. Juni

NACHTWANDERUNG AUF DIE RIGI-HOCHFLUE

Ein neues Erlebnis für Stadtmenschen: Im Dunkeln steigen wir durch Wälder und Weiden auf die Hochflue (1700 m), gerade rechtzeitig zum Sonnenaufgang. Je nach Lust und Laune setzen wir die Gratwanderung fort in Richtung Scheidegg, oder wir steigen ab zum nächsten See zum Baden.
Kosten: 15 Fr. für Bahnreise
Anmeldung bis 12. Juni

ATELIER

FRAUEN FINDEN SICH

Selbsterfahrungsgruppe für Frauen mit **Barbara Kunz** und **Heidi Meier,** Psychologinnen
Wir möchten gemeinsam:
- unser Frausein entdecken
- uns selbst mehr spüren und erleben
- uns selbst vertrauen lernen
- mutiger werden
- neues Verhalten ausprobieren

10 Abende, dienstags, 16.30–18.30 Uhr,
Foyer Voltastrasse 58
erstmals am 25. April
12 Teilnehmerinnen – Anmeldung bis 21. April
Kosten: 70 Fr./100 Fr. für Verdienende

28. August bis 9. September

SOMMERUNI 78

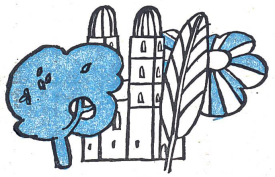
Im Haus Löwenberg in Schleuis, Ilanz, werden sich wiederum Studenten von Bern, Zürich und anderswo 2 Wochen treffen, um etwas Neues auszuprobieren und kennenzulernen.
- die gesunde, umweltfreundliche Küche selber verwalten
- Feste, Palaverabende, Grundsatzdebatten organisieren
- auf einem biol.-dyn. Bauernbetrieb arbeiten
- mit Wolle, Spinnrad, Webrahmen umgehen
- in der Gruppe musizieren und improvisieren
- Gewaltfreiheit einüben

Thematische Gruppen werden sich für jeweils 3 Tage konstituieren.
Kosten: 120 Fr. ohne Reise
Anmeldung bis spätestens 1. Juli

ARBEITSGRUPPEN

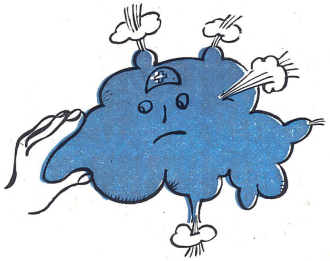
TREFFPUNKT

für Theologiestudenten und an Theologie Interessierte
Arbeit mit biblischen Texten:
Umgang mit klassischen Texten, mit schwierigen Texten, mit der eigenen Person, mit dem zukünftigen Beruf.
Ziel ist, der Aufsplitterung in die Spezialfächer eine Selbstbesinnung gegenüberzustellen.
Dienstags, 12.15-14 Uhr, Hirschengraben 7
Beginn: 25. April



LESEN UND SICH SELBST INS SPIEL BRINGEN: JOHANNESEVANGELIUM

Der Leser muss sich selber in der Lektüre mit einschliessen. Denn Lesen ist etwas anderes als der Transport von Wissen aus einem Buch in einen Kopf. Der Leser deutet den Text von seiner eigenen Situation aus. Und hinter dem Text steht der Verfasser, der seinerseits von seiner Umwelt bestimmt ist.
Wer mehr will als nur ein naives Lesen und mehr als ein distanziertes, antiquarisches Lesen, wird die verschiedenen Schichten in seiner Lektüre unterscheiden. Ist das möglich bei einem mystischen Text wie dem Johannesevangelium? Soweit der Versuch unserer Gruppenlektüre gelingt, gewinnen abgelegene Geschichten und Sätze neue Spannung.
Dienstags, 19.30-21.30 Uhr, Hirschengraben 7
Beginn: 25. April



ÖKOLOGIE UND POLITIK

Spätestens mit dem Einsetzen der Debatte um die Atomfrage hat sich gezeigt, dass Ökologie von Politik nicht zu trennen ist. Unser Arbeitsschwerpunkt ist Öffentlichkeitsarbeit über umwelt- und menschenbedrohende Projekte.
Untergruppen:
- **Seveso:** Schulungskurse in Gewerkschaften zum Thema «Was können wir von Seveso lernen?»
- **Atomkraftwerke:** Informationsvermittlung in Umwelt- und AKW-Gruppen. Organisation von 3 Veranstaltungen im COCO (Forum für Gemeinschaftsaktionen Zürich) zu den Themen:
  - Energie und Arbeitsplätze
  - Atommüll, Wiederaufbereitung
  - wirtschaftliche und politische Verflechtungen in der Atomindustrie
- **Umweltschutzgesetz und Raumplanung:** Phase der Eigeninformation und Meinungsbildung.

Treffen jeweils montags, Foyer Voltastrasse 58
18.30 Uhr Nachtessen, Erfahrungsaustausch und Vollversammlung
20.00 Uhr Arbeit in Untergruppen
erstmals Montag, 24. April
Freitagabend, 28.–30. April, **Gruppenwochenende** auf dem Pfannenstiel

GENMANIPULATION

Diese letzten Winter entstandene Gruppe wird zusammen mit dem VSETH und der GKEW getragen.
Geplant ist die Verarbeitung der wissenschaftlichen, politischen, ethischen und erkenntnistheoretischen Dimensionen dieser umstrittenen Spitzenforschung in eine Broschüre.
Treffen jeweils montags alle 14 Tage von 17 bis 19 Uhr an der Leonhardstrasse 19
erstmals 24. April

DRITTE WELT

72% aller Menschen leben in der dritten Welt. Die Gruppe ermöglicht, sich über die Wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Schweiz und diesen Ländern zu informieren und sich für ein konkretes politisches Problem zu engagieren.
Jeden Mittwoch treffen sich die Untergruppen um 18.30 Uhr zum gemeinsamen Nachtessen und anschliessend zur Arbeit.
Alle 3 Wochen Versammlung mit einem gemeinsamen Thema für alle Gruppen.
- **Äthiopien/Eritrea:** Information über die Situation am Horn von Afrika, humanitäre Hilfe für das Gebiet der Eritreischen Volksbefreiungsfront
- **Lateinamerika:** Lektüre
- **Südliches Afrika:** die Befreiungsbewegungen
- **Welternährung:** Arbeit an einer Ausstellung über Fehlernährung bei uns und unterernährung in der dritten Welt

Neu: **Fluchtkapital in den Schweizer Grossbanken**

PSYCHIATRIE

Wie wir die Welt erfahren, so agieren wir. «Einem in Selbstnot geratenen Menschen die Sicherheit geben, sein Scheitern nicht als Schande zu erleben, das kann nur jemand, der sich selber ungeschützt gibt, wenn der andere sich entblösst.» (M. Mrakitsch)
- Kontakte mit Patienten der Psychiatrischen Universitätsklinik (wöchentliche Besuche auf offenen und geschlossenen Abteilungen: Montag- und Mittwochabend, Samstagvormittag)
- regelmässige Gespräche mit dem Oberarzt Dr. Eberhard Rust
- eine Lektüregruppe (vierzehntäglich, voraussichtlich mittwochs, 12.15–14.00 Uhr)
- Diskussion in der Gesamtgruppe

Orientierung und Einführung in die Arbeit:
Dienstag, 25. April:
12.15 Uhr, Uni-Hörsaal: «Drinnen, das ist wie draussen, nur anders» (siehe öffentliche Veranstaltungen)
18.30 bis ca. 20 Uhr, Hirschengraben 7

Freitag um 12.15 Uhr gibt es während des Semesters in der EHG ein gemütliches Essen. Die Team-Mitglieder kochen entweder betont gesund und leicht alternativ oder chüschtig altschweizerisch oder all'italiana, aber immer angenehm.
Das ist eine gute Gelegenheit, um einmal hineinzuschauen und uns kennenzulernen. Neue sind ebenso willkommen wie alte Bekannte oder die Mitglieder der verschiedenen Gruppen.
Beginn: 28. April

EVANGELISCHE
HOCHSCHULGEMEINDE
Hirschengraben 7
8001 Zürich
T 32 87 55

Skizze eines anarchistischen Gesprächs mit dem Wissenschaftstheoretiker Paul Feyerabend

«Zum Teufel mit den Theorien!»

«Die Wissenschaft ist ein wesentlich anarchistisches Unternehmen», sagt Paul Feyerabend, seit 1958 Philosophieprofessor in Berkeley, Kalifornien. In der Überzeugung, «dass der Anarchismus vielleicht nicht gerade die anziehendste politische Philosophie ist, aber gewiss eine ausgezeichnete Arznei für die Erkenntnistheorie und die Wissenschaftstheorie», hielt er auch seine wissenschaftstheoretischen Vorlesungen an der ETH Zürich im letzten Winter. Vor vollem Hörsaal erzählte Feyerabend, «Enfant terrible» des kritischen Rationalismus, Episoden aus der Wissenschaftsgeschichte. Er dozierte nicht, sondern erzählte eben Geschichten, gestikulierte, wich vom Thema ab und gelegentlich aus. Trotz seinem theoretischen Wahlspruch «Anything goes» (Alles ist zugelassen) liess er es meist nicht zu, dass ihn die Zuhörer kritisch befragten, auf dem Gesagten behafteten. So ist auch das Gespräch: Zwang-los, nach dem Willen der Persönlichkeitsautorität Feyerabends.

konzept: Warum sind Sie in der Wissenschaftstheorie so berühmt?

Feyerabend: Wieso? Ich bin ja gar nicht berühmt!

Natürlich sind Sie berühmt!

Aber davon weiss ich wirklich nichts! Schauen Sie, ich bin in Kalifornien, da halt' ich meine Vorlesungen, und da kümmert sich kein Mensch um mich, was mir sehr gefällt, und jetzt bin ich da nach

Am Gespräch nahmen teil: Paul Feyerabend, Peter Kamber, Ruedi Küng und Liselotte Suter

Europa gekommen, hab' so zwei, drei Vorlesungen gegeben . . .

Welches sind ihre Haupttätigkeiten? Sind es die Vorlesungen, die Publikationen?

Vorlesungen? Ja, ins Kino geh ich ja auch . . . und ins Theater. Und dann hab' ich noch Freunde unter Leuten vom Theater, unter Leuten von Hollywood, unter Screen-Writern, und mit denen tu' ich manchmal zusammenarbeiten, so ein Stück zusammenschreiben . . . Und jetzt: ich habe vor, so in zwei, drei Jahren mit der Philosophie ganz aufzuhören. Das habe ich schon 20 Jahre gemacht, das ist ja lang genug. Ich hab' noch ein paar Verpflichtungen, ein paar Bücher, die werde ich fertigstellen, dann hör' ich mit der Philosophie auf.

Meistens stehen die Wissenschaftler ja unter Publikationszwang, damit sie überhaupt Vorlesungen und Lehraufträge kriegen. Sie sind aber ganz gut in den ganzen Betrieb reingekommen, ohne Veröffentlichungen?

Ja, Freunde haben mir eben geholfen. Den ersten grossen Auftrag, den ich geschrieben hab', das war über Wittgenstein. Ich bin in Wien gesessen und hab' übersetzt, so habe ich mir mein Leben verdient. Dann hab' ich den Wittgenstein kennengelernt, auch seine Schriften, die damals noch nicht publiziert wa-

«Die Macht der Wissenschafter ist die Macht, grosse Geldeinkünfte zu bekommen, grosse Institute zu führen, das Volk zu verblöden.»

ren. Jetzt haben Leute erfahren, dass ich diese Schriften gelesen hab', und haben mich eingeladen: Warum sprichst du nicht zu uns darüber und willst uns ein paar Vorträge halten? Der «Münchner Merkur», der hat sich einen solchen Vortrag angehört, und der hat dann gesagt, wir zahlen soundsoviel, wenn Sie uns darüber schreiben. Ich habe kein Geld gehabt. Ich hab' dann so geschrieben, mit der linken Hand, aber das war denen zu kompliziert, das war ja für Geld geschrieben. Eine Wittgensteinianerin hat es ins Englisch übersetzt. Aufgrund dieses Artikels habe ich eine Stelle in England bekommen. Geld hab' ich keines gekriegt, aber eine Stelle. Ich habe mich beworben, und weil man da so viel schreiben muss zu Bewerbungen, alle diese Formulare, habe ich mir gedacht, ich bewerbe mich für alles, was im Augenblick zur Verfügung steht. Unter Leuten, die mich kannten, waren der Popper, der Schroedinger, der war Nobelpreisträger. Der wusste gar nicht, ob ich etwas weiss in der Wissenschaftstheorie, wir haben einfach zusammengesessen und Wein getrunken. Die haben alle Befürwortungen geschrieben, und so habe ich die Stelle in Brüssel bekommen, auf Grund dieses einen Dings und aufgrund meiner Freunde. Und da hab' ich einen anderen Freund in Berkeley sitzen gehabt, der war mit mir in der Mittelschule, und der hat gesagt: Warum ladet ihr den nicht ein? Während ich in Brüssel war, da hab' ich mit Physikern ein bisschen herumgestritten; und um denen etwas zu erklären, habe ich etwas geschrieben über die Quantentheorie. So hab' ich zwei Artikel gehabt, die durch Zufall zustande gekommen sind. In Berkeley haben die gesagt: Wittgenstein und Quantentheorie, was für ein breites Spektrum des Wissens. Da bin ich in Berkeley steckengeblieben.

Wenn ich jetzt einsteigen müsste, ich weiss nicht, ob ich das könnte. Ich meine, da muss man ja wirklich tonnenweise Sachen publizieren. Und der Druck, der auf einem lastet, ja, diesen Druck hab' ich nie verspürt, und in Berkeley haben die mich fix angestellt, und dort bin ich seit je, seit 58.

Aber Sie würden doch selber nicht behaupten, dass Ihre Anstellung nicht etwas mit Qualität zu tun hat? Sie sind doch nicht einfach deshalb angestellt worden, weil Sie Freunde haben?

Ja ein grosses Maul hab' ich halt ausserdem. Die Sache war aber auch so: Es gibt viele Wittgensteinianer in Amerika, die sagten, ja den wollen wir auch haben. Wie ich in Berkeley war, habe ich Angebote bekommen für andere Universitäten, das hat denen in Berkeley gezeigt, den müssen wir uns halten . . . Sehen Sie so ist das Geschäft.

Sie haben mal geschrieben, dass die Wissenschaftstheorie für Sie so eine Art Scheinfach ist . . .

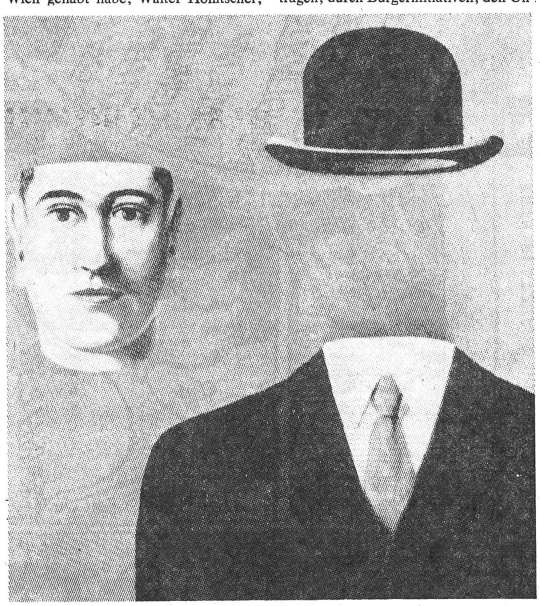
Wissenschaftstheorie ist überhaupt nichts!

. . . und Sie haben sich darüber mokiert, dass das überhaupt finanziert wird. Aber wie ist das jetzt für Sie selber? Das, was Sie machen, wird ja zumindest von den anderen auch als Wissenschaftstheorie bezeichnet.

Nein, ich mein' da hab' ich angefangen, da war ich einmal begeistert dafür, das hat mich fasziniert, ich war ja so ein verrückter Positivist. Studenten der Naturwissenschaften, die haben so einen eingeborenen Positivismus: Wir beschäftigen uns mit den Tatsachen, diese Spintisiererei da, der Aristoteles, das ist ja alles nichts wert, so diese Haltung. Da kann man sagen, das ist kognitiv sinnlos. Das habe ich gemacht! Aristoteles nichts, Plato nichts, alles nichts; ja, Wissenschaft, Tatsachen!

Und so langsam hat sich das dann verändert?

Nicht aufgrund des Popper, sondern aufgrund eines Freundes, den ich in Wien gehabt habe, Walter Hollitscher,



der war Professor in Leipzig. Während des Krieges war er in England, und war dann einer der Kommunisten in Wien, den hab' ich kennengelernt an der Universität. Kommunistische Studenten sind überall gewesen an der Universität, und wenn sie gesehen haben, dass jemand so gegen rückständige Philosophie – rückständig in ihrem Sinn – argumentiert hat, dann sind sie an den herangetreten: Warum kommt ihr nicht zu unseren Diskussionsrunden? Wir sind damals an alle Diskussionsrunden gegangen, über Theologie, über freie Liebe, über alles. Um 5 Uhr bin ich aufgestanden, damit ich um 7 Uhr an einer Diskussionsrunde über die Existenz Gottes teilnehmen konnte, um dort zu schimpfen, dass alles unwissenschaftlich ist usw. Ja, das war eine grosse Lust, so was zu tun. Ich war bekannt bei allen: Da kommt der Feyerabend wieder und redet. Manchmal, wenn ich in die philosophischen Vorlesungen hineingekommen bin, da hat's geheissen: Herr Feyerabend, entweder sie halten das Maul, oder sie gehen hinaus.

Und da hab' ich den Hollitscher kennengelernt. Und mit dem hab' ich lange diskutiert, über zwei Jahre. Da hab ich langsam vom Wissenschaftspositivismus Abschied genommen, nicht aufgrund irgendeines einzelnen Arguments, sondern durch alle die Sachen zusammen. Da hat sich was verändert. Und jetzt bin ich ganz auf der anderen Seite. Jetzt bin ich auch für den Hollitscher zu radikal, denn jetzt sag' ich: Auch die Wissenschaft ist eine von den vielen Weisen, wie man an die Welt herantreten kann. Warum gerade die? Während natürlich der dialektische Materialismus mit der Wissenschaft verheiratet ist. Er will ja wieder so eine Wissenschaftsphilosophie sein.

Ja, die Wissenschaftstheorie ist ein grosser Schwindel. Alle diese Leute, die bezahlt werden, ich denke an das Geld, dass doch viel besser verwendet werden könnte.

Wofür verwendet?

Verwendet? Da gibt's doch so viele Leute, die nichts zu essen haben. Aber nicht nur in der Wissenschaftstheorie, sondern auch in der Wissenschaft wird Geld verschleudert: Elementarteilchenstudium, diese neuen Beschleuniger, die 50 Mio. Dollar, 80 Mio. Dollar – ungeheure Mengen von Geld, das da herausgeschmissen wird. Da gibt es viel wichtigere Dinge. Sagen wir, den Indianern zu helfen, ihre eigenen Traditionen wiederzuentdecken – das hat ihnen ihre Identität gegeben – und richtigen Unterricht einzuführen, nicht dass da so trainiert wird, auf «Vogel friss oder stirb», die wissenschaftliche Weltanschauung.

Das sind doch fromme Wünsche. Dieses Programm müsste man realisieren können. Aber wie?

Da müssen halt die Leute selber was tun. Niemand wird etwas für sie tun. Wenn ich spreche, hab' ich immer die amerikanische Situation vor Augen, wo es verschiedene Kulturgruppen gab, die dann eliminiert worden sind; diese und andere Leute müssen eben dafür Sorge tragen, durch Bürgerinitiativen, den Unterricht an den Hochschulen umzustellen; das ist in Kalifornien teilweise gelungen.

Solche Sachen können gemacht werden. Es ist schon dazu gekommen, dass das Repräsentantenhaus in Amerika die Mittel der National Science Foundation überprüft. Diese National Science Foundation wird durch Steuergelder gespeist, und zwar durch Steuergelder von allen Leuten. Die blödsinnigsten Forschungen werden da betrieben, über völlig uninteressante Sachen. Vor allem in den Sozialwissenschaften, wo die Leute sagen: Wir müssen das Ghetto studieren! So nach 5, 8 Monaten, ein Jahr Arbeit, ungefähr mit 80 000 Dollar, kommen sie dann dar-

«Nicht die Gründe soll man erforschen, sondern die Resultate beseitigen.»

auf: Die Leute in den Ghettos sind unglücklich, objektiv.

Aber was sind die Gründe, dass solche Studien durchgeführt werden? Wieso gibt's denn diese Projekte?

Diese Gründe sind völlig wurscht! Wenn man den Gründen nachforschen will, dann gibt es ein anderes Projekt für diese Gründe, dann hört das nie auf. Nicht die Gründe soll man erforschen, sondern die Resultate beseitigen! Wenn es Möglichkeiten gibt, das Resultat zu beseitigen: mit dem Resultat wird dann der Grund auch aussterben. Wie gesagt, die Frage nach den Gründen hat nie ein Ende, weil ja die Forschung so endlos ist. Aber die Frage, wohin das Geld gehen soll, die muss ein Ende haben, weil die Leute das jetzt brauchen. Natürlich kann man sich auch fragen, wieso ist die Wissenschaft so geworden. Dann wird eine Menge von Geld in die Geschichte der Wissenschaft hineingesteckt. Aber nicht dorthin soll es gehen.

Wie sehen Sie denn Ihre eigene Tätigkeit in diesem Zusammenhang?

Meine eigene? Was heisst meine eigene? Ich gehe an die Universität, ich verdiene mein Einkommen, indem ich Vorlesungen halte, und das ist das, nicht?

Aber warum halten Sie diese Vorlesungen und machen nicht irgend etwas anderes?

Warum? Weil man sich sein Geld verdienen muss, weil ich sonst nichts versteh'. Ich hab' gewisse verkäufliche Talente, die verkaufe ich, weil man sich sein Leben erhalten muss. Ich könnte

«Ich habe gewisse verkäufliche Talente.»

mit viel weniger leben, aber leider habe ich viele Freunde, die einen Haufen Geld brauchen, und wo ich dauernd hör': Paul, schick mir ein paar hundert Dollar! Da muss ich halt Geld verdienen.

Was ist die Macht der Wissenschaftler?

Die Macht der Wissenschafler ist die Macht, grosse Geldeinkünfte zu bekommen, ist die Macht, grosse Institute zu führen, ist die Macht, das Volk zu verblöden. Das ist die Macht der Wissenschaftler heutzutage. Und ich spreche nicht von exzeptionellen Wissenschaftlern, da gibt es ja immer Ausnahmen. Es gibt unter denen Leute, die so eigentlich richtige Philosophen sind, nicht wahr, aber die sind sehr selten. Die grosse Masse, das sind so Beamte; Beamte, mit allen Ängsten der Beamten, mit allen Untugenden der Beamten.

Sie selber sind Lehrer, Hochschullehrer, sehen Sie hier nicht eine Aufgabe, neue Wissenschaftler heranzubilden, andere, eben gegen dieses bürokratische Wissenschaftsbeamtentum anzukämpfen . . .?

Das müssen die Leute selber machen! Da kommt wieder eine Aufgabe, da kommt wieder so ein Erlöser, ein Prophet daher, und dann geht die ganze Misere in eine andere Richtung. Die Leute müssen lernen, selber zu denken. Und darum bin ich dafür, so viel wie möglich, Bürgerinitiativen zu machen, also nicht den Leuten zu sagen: *Ich* hab jetzt eine neue Auffassung von dieser ganzen Sache! Da sitzen sie nur da, und schlucken auch diese Aufgabe hinunter. Man sagt ihnen: Schaut's! Das regt euch auf, warum versucht ihr nicht, das zu beseitigen?

Was die Leute brauchen, sind nicht Philosophen, sondern Gesetzeskundige. Die erzählen ihnen, was sie tun können, und die haben auch die Fähigkeit, durch Kreuzverhöre zu zeigen, dass sie keine Kleider tragen, dass sie nichts wissen. Eine neue Philosophie, das tut wiederum die Leute nur verhunzen in eine andere Richtung. Sie sollen aktiv teilnehmen daran, die Bonzen zum Straucheln zu bringen. Aktiv teilnehmen daran, mit Hilfe von Juristen. Nicht Sozialwissenschaftler, wiederum die führen nur andere Mythen ein. Juristen sind Leute, die eine Theorie kennen und die auch wissen, wie sie praktisch anzuwenden ist.

Es ist bis heute nur einer Bewegung gelungen, nämlich der Anti-Atomkraftwerk-Bewegung, eine grössere Bevölkerung zu mobilisieren. Aber alle anderen Sachen sind immer wieder gescheitert, obwohl das sehr gute Sachen waren.

Bis heute? Aber wann hat das angefangen! Das hat ja erst kürzlich angefangen. Das ist ja etwas ganz Neues . . .

Nein! Wie lange führen zum Beispiel fortschrittliche Parteien hier in der Schweiz ihre Politik . . . Ich meine hier nur die sozialen Forderungen, diese sozialen Forderungen, die werden vom Volk immer wieder desavouiert. Und weshalb? Weil hier Machtverhältnisse dahinterstehen. Diese Vorstellung, die Leute müssen sich selber wehren, das heisst, nur die eine Seite sehen.

Schauen Sie, wenn die Leute durchsetzen können, dass *Autobahnen* an gewissen Stellen *nicht gebaut* werden, dass *Kraftwerke* an gewissen Stellen *nicht hingesetzt* werden, dass der *Lehrplan* von den Elementarschulen *geändert* wird, das ist in vieler Hinsicht sehr erfolgreich gewesen. Wenn die Kommunisten da nirgends hingekommen sind: Vielleicht haben sie eine falsche Weise des Vorgehens, vielleicht befassen sie sich nicht mit den richtigen konkreten Problemen, die die Leute interessieren.

Nehmen wir die Universität. Ihr seid ja Studenten. Da ist so eine Vorlesung: da redet einer so daher, kein Mensch versteht was. Es beklagen sich viele. Aber warum steht denn da niemand auf und sagt: Kein Mensch versteht was! Da steht einer auf und sagt: Kein Mensch versteht was! Setzt sich nieder. Weil er zum ersten Mal redet, verhaspelt er sich und stolpert. Der Professor macht ihn lächerlich. Seine Mitstudenten rücken ab von ihm. Da muss man unter Studenten ein bisschen miteinander sprechen. Der eine steht auf, der andere steht auf: Sie haben ihm nicht richtig geantwortet, wir sollen doch von Ihnen lernen. Noch einer steht auf usw. Früher oder später

gibt der nach, in so ganz kleinen Dingen. Sehr wenige haben das versucht. Ja, wenn sie kein Interesse daran haben, es ist ihr eigener Schaden. Wenn ihr kein Interesse habt, unter den konkreten Umständen, in denen ihr lebt, Handlungen durchzuführen, die zum Erfolg führen können, dann geschieht's euch recht, wenn ihr eins an den Kopf bekommt, nicht? *Warum* haben sie kein Interesse? Das ist eine andere Frage. Ihr seid so, ihr seid verantwortlich für das, was ihr tut, nicht?

So kann man vieles machen, wenn man es richtig macht, und grosse Theorien nützen da überhaupt nichts! Blöd sind die Leute! *Warum* sind sie blöd? *Lernen* müssen sie! Und warum, warum . . . das geht dann eine Ewigkeit weiter!

Und wie lernen sie? Sie würden sagen, wenn da viele Leute zusammenkommen, dann wird sich der richtige Weg schon ergeben, oder wie?

Vielleicht kann man von Angst zu Angst, von Mensch zu Mensch . . ., ja, wer weiss das? Zuerst einmal versuchen, und nicht schon von vornherein eine Theorie haben, auf Grund deren nichts herauskommen *kann*. Zum Teufel mit den Theorien!

Aber das sind doch die Erfahrungen . . .

Erfahrungen! Wessen Erfahrungen?

Die Schweiz z. B. hat die Erfahrung, dass die Leute selber gegen ihre eigene Mitbestimmung am Arbeitsplatz, was ja ein sehr wichtiger Teil des Lebens ist, gestimmt haben!

Moment mal! Schauen Sie. Jetzt habe ich von etwas ganz anderem gesprochen. Ich habe davon gesprochen, was an der Universität gemacht werden kann. Was sagen Sie mir dazu, dass die Leute gegen ihre Mitbestimmung am Arbeitsplatz gestimmt haben? Wenn sie das getan haben, dann wollen sie das, dann kriegen sie, was sie wollen, sie haben das Recht, das zu wollen . . .

Sie stellen die Forderung an die Leute, dass sie autonom das und das wollen, das und das stimmen, also dass sie von aller Angst um ihren Arbeitsplatz absehen. Es müssen aber nicht alle Leute ihre Existenz aufs Spiel setzen, wenn sie ihre Meinung ausdrücken wollen, sondern eben nur bestimmte Leute.

Aber schauen Sie, die Leute, die an der Macht sind, sind an der Macht, weil die Leute, die nicht an der Macht sind, ihnen die Macht geben, oder weil sie sich so verhalten, dass sie die Macht haben, ansonsten verschwinden sie über Nacht!

Aber jetzt *bestehen* die Machtverhältnisse!

Sie argumentieren abstrakt, ich argumentiere, ich versuche konkret zu argumentieren. Wenn ich sage: Versuchen

«Ich habe einen sehr grossen Verdacht gegen sogenannte allgemeine Gesetze im sozialen Bereich.»

Sie in Ihrem Bereich etwas zu tun, kommen Sie mit einer abstrakten Antwort, oder mit einer konkreten Antwort aus einem anderen Bereich. Das, was da drüben geschieht, hat nichts mit dem zu tun, was hier geschieht. Ich habe einen sehr grossen Verdacht gegen sogenannte allgemeine Gesetze im sozialen Bereich.

Ebendieses allgemeine Gesetz, das würde ich eben als Herrschaft bezeichnen. Ich glaube, wir können nicht davon absehen, dass wir in einer bestimmten Epoche leben mit bestimmten Herrschaftsverhältnissen . . .

Diese Sachen, die sind so eingepackt . . . in diese Herrschaftstheorien eingepackt! Vielleicht tun die Sie missleiten. In dieser Hinsicht, glaub' ich, halt ich's viel mehr mit den Anarchisten, die haben keine so allgemeine Theorien gehabt, die haben gesagt: Wir machen hier das, hier das. Anarchist heisst jetzt nicht Sachen in die Luft sprengen, sondern ein Vielfaches und Unabhängiges von Theorie. Man ändert seine Taktik, sprunghaft, manchmal, wenn's nicht geht, alle möglichen Sachen ausprobieren, die Wendigkeit beibehalten . . .

Aber was *will* man?

Verschiedene Sachen zu verschiedenen Zeiten! Indem man diese Sachen macht, lernt man auch, was man will. Es ist ja genauso wie mit persönlichen Bekanntschaften, wenn man sich so langsam in jemanden verliebt. Am Anfang sagt man: ja, das gefällt mir an ihm, das gefällt mir an ihr. Aber dann: Die hat ja etwas ganz anderes: *das* gefällt mir . . . das ändert sich ja fortwährend. Wenn man aufgeschlossen ist, genauso bei den Handlungen: Was man will, das ändert sich im Verändern, und das muss sich ändern, denn was man will am Anfang, das braucht ja noch nicht das Richtige zu sein!

Paul Feyerabend, geboren 1924 in Wien, studierte Theaterwissenschaft in Weimar; Geschichte, Mathematik und Astronomie in Wien, Philosophie in London und Kopenhagen. Dozent am Wiener Institut für Wissenschaft und Kunst an der Universität Bristol. Seit 1958 Professor der Philosophie in Berkeley, Kalifornien. Gastvorlesungen an verschiedenen europäischen Universitäten, vor allem an der Freien Universität FU Berlin.

~ Gefangener der Freiheit ~

von Jürgmeier U. St. Kauffungen

das konzept – Poster

für 2 Fr. in Briefmarken zu beziehen bei: «das konzept», Weinbergstrasse 31, 8006 Zürich